

# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., März 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

# 3/75

## Aus dem Inhalt:

**Machtvolle Demonstrationen  
gegen Unternehmer-Paragraphen** 2

**Bisherige Lohnabschlüsse 1975:  
Verzicht auf aktive Lohnpolitik** 4

**Interview mit Günter Döding:  
Gegen Vorrang der Gewinne  
zu Lasten der Löhne** 6

**Die heimliche Regierung in Bonn:  
Spitzenverbände der Unternehmer** 9

**10. DGB-Kongreß  
im Mai in Hamburg** 11

**Reden und Beschlüsse:  
DGB-Landesbezirkskonferenzen  
mit wichtigen Beschlüssen  
Gewerkschaftsaktions-Plan  
für die Arbeiterjugend  
Beschlüsse der 8. Angestellten-  
Konferenz der IG Metall  
Gemeinsamer Appell  
der Automobilarbeiter  
Außerordentliche Bürotagung  
des WGB** 13–20

**IG-Metall-Angestellten-  
Konferenz: Gemeinsam mehr  
erreichen** 21

**Weitere DGB-Landesbezirks-  
konferenzen** 22

**9. DGB-Beamtentag  
Streikrecht nicht vorenthalten** 24

**Interview mit Jochen Richert:  
Tausende Jugendliche aus der  
Schule in die Arbeitslosigkeit  
entlassen** 25

**Enttäuschung über Kindergeld  
Teilweise echte Verschlechterung** 28

**Gespräch mit Luis Figueroa:  
Solidarität stärkt die Arbeiter  
und isoliert die Junta Chiles** 29

**D**ie Gewerkschaften Europas haben einen neuen wichtigen Schritt zur Zusammenarbeit im Interesse der werktätigen Menschen getan: Am 28. Februar und 1. März 1975 fand in Genf eine Konferenz der Führungen der Gewerkschaftsbünde europäischer Länder statt, deren Beratungsthema lautete: „Die Humanisierung der Arbeitsumwelt, insbesondere Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Sozialbedingungen der Arbeitnehmer.“ Gemeinsam stellen die 44 beteiligten Gewerkschaftsbünde fest, daß die Verbesserung der Arbeitsumwelt „genauso ein Teil der heutigen gewerkschaftlichen Arbeit wie die Sicherung höherer Löhne und einer volleren, besseren Beschäftigung“ sei.

Die Konferenz erhielt ihr besonderes Gewicht dadurch, daß hier Repräsentanten von Gewerkschaftsbünden, die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) oder dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) bzw. keiner Weltzentrale angehören, zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch zusammenkamen. Sie verwiesen im Kommuniqué ausdrücklich darauf, daß sie in verschiedenen Gesellschaftssystemen wirken und verschiedene Weltanschauungen haben – aber: „Sie bejahten indessen,

daß innerhalb dieses Rahmens die Zusammenarbeit zwischen europäischen Gewerkschaften in gewerkschaftlichen Fragen, besonders im Themenbereich der Konferenz, möglich und notwendig ist.“ Entsprechend diesem Grundsatz war die Durchführung dieser europäischen Gewerkschaftskonferenz schon vor Jahresfrist von einem Treffen der Gewerkschaftsführer Europas – ebenfalls in Genf – beschlossen worden. Wird es in diesem Geiste und auf diesem Wege weitergehen? Die Weichen dafür wurden von der Konferenz selbst gestellt. Es sei „wichtig“, heißt es im

## Ein Schritt in Richtung Zusammenarbeit

Kommuniqué, „daß die europäischen Gewerkschaften prüfen, wie sie Fühlung halten und Informationen austauschen können über die Humanisierung der Arbeitsumwelt und den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer...“ Und weiter: „Die Konferenz beschloß, daß die vier europäischen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat des IAA (Internationales Arbeitsamt – d. V.) von sich aus die Gewerkschaften in Europa ersuchen sollen, im Lichte der Entwicklung zu prüfen, ob eine weitere Konferenz über dieses wichtige Thema – falls möglich, im Laufe des Jahres 1976 – zweckdienlich wäre.“

Auffallend sind die vorsichtigen Formulierungen. Sie verraten die Handschrift des DGB, der sich insbesondere nicht mit dem Gedanken befreunden will, daß solche europäischen Gewerkschaftstreffen zu einer festen Einrichtung werden könnten, und dies möglicherweise außerhalb des organisatorischen Rahmens der Internationalen Arbeitsorganisation. Indessen kann sich heute – das hat die Genfer Beratung gezeigt – keine Gewerkschaftsorganisation von Bedeutung mehr der Notwendigkeit der Zusammenarbeit unter Zurückstellung ideologischer Meinungsverschiedenheiten entziehen. Diese Zusammenarbeit, so erklärte in Genf der Generalsekretär des WGB, Pierre Gensous, gegenüber NACHRICHTEN, findet seitens des Weltgewerkschaftsbundes nachhaltige Zustimmung und Förderung.

gs



# Machtvolle Demonstrationen gegen Unternehmer-Paragrafen

Unter der Losung „Solidarität ist unsere Kraft – gemeinsam für mehr Lehrstellen“ demonstrierten am 19. Februar 1975 in Hamburg 15 000 Jugendliche für bessere Bildung, Berufsausbildung und gegen Unternehmerrpressung. Drei Tage später machten in Frankfurt rund 5000 junge Menschen auf einer vom DGB und der GEW einberufenen Demonstration mit anschließender Kundgebung auf die Misere im Bildungs- und Ausbildungsbereich aufmerksam. Von der Bundes- und Landesregierung forderten sie wirksame Maßnahmen. Inzwischen hat die Gewerkschaftsjugend weitere Aktionen angekündigt.

Als im Jahre 1969 das derzeit geltende Berufsbildungsgesetz verabschiedet war, wurde sogleich die Forderung nach einer Neufassung dieses Gesetzes laut, da es die Mißstände in der Berufsausbildung festschrieb und die Unternehmerralleinherrschaft zementierte. Gewerkschaften und demokratische Jugendorganisationen verliehen ihren Forderungen mit zahlreichen Aktionen Nachdruck. Diesem Druck konnte sich die Bundesregierung nicht entziehen. In der Regierungserklärung, mit der Bundeskanzler Schmidt antrat, wurde eine Reform des Berufsbildungsgesetzes versprochen. Nach langen Querelen liegt jetzt ein Referentenentwurf zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vor.

Bisher ist die Bundesregierung davor zurückgeschreckt, diesen Entwurf einer breiten öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Der Entwurf wird behandelt wie ein Geheimpapier, obwohl er die ureigensten Interessen von 1,4 Millionen Lehrlingen betrifft. Während die Arbeiterjugend von jeder Diskussion ausgeschlossen blieb, hatten die Unternehmerverbände jedoch ausreichend Gelegenheit, dem Referentenentwurf ihren Stempel aufzudrücken. Die Bundesregierung hatte mehrfach Spitzengespräche mit den Unternehmerverbänden und unterwarf sich schließlich völlig deren Diktat.

Die Großkonzerne setzen alles daran, eine Veränderung des Berufsbildungsgesetzes zu unterlaufen, bereits bestehende Vorschriften nach ihrem Gutdünken zu ändern und ihre Alleinherrschaft zu festigen. Dabei scheuen die Unternehmerverbände nicht vor offener Erpressung zurück. In einem Brief an Bundeskanzler Schmidt haben fünf Spitzenverbände der Unternehmer den erpresserischen Kuhhandel vorgeschlagen: Die Bundesregierung verzichtet auf eine grundlegende Reform der Berufsausbildung und die Unternehmer heben dafür teilweise ihren Lehrstellen-Boycott auf.

In einem Geheimgespräch Schmidt/Schleyer wurde vereinbart, daß die

Bundesregierung auf ein öffentliches Zurückweisen dieses Ansinnens verzichtet und den wesentlichsten Forderungen der Unternehmer entspricht. So sollen u. a. die seit 1970/71 erlassenen Ausbildungsordnungen „überprüft“ werden, wie bereits die Ausbilder-Eignungsverordnung weitgehend entschärft wurde. Der vorliegende Referentenentwurf ist bereits von der Handschrift Schleyers gekennzeichnet.

Nach wie vor soll auch die Ausgliederung der betrieblichen Berufsausbildung aus dem öffentlichen Bildungswesen beibehalten werden. Die zu vermittelnden Bildungsinhalte sind eng an den Profitinteressen der Unternehmer orientiert. Die arbeiterjugendfeindliche Stufenausbildung, die die Mehrheit der Lehrlinge zu halbqualifizierten Hilfsarbeitern stempelt, soll als Regel vorge-schrieben werden.

## In eigener Sache

In Frankfurt am Main tagten am 17. Februar 1975 Gesellschafter bzw. Herausgeber des Verlags und der Zeitschrift NACHRICHTEN.

Seinem Wunsch entsprechend, ist Josef Ledwohn als Gesellschafter und Herausgeber ausgeschieden. Die Gesellschafter, Herausgeber und das Redaktionskollegium dankten ihm bei dieser Gelegenheit für seinen aktiven Einsatz und seine Mitarbeit seit Gründung der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Weiter wurde vereinbart, Willi Malkomes, Frankfurt, als Gesellschafter und Herausgeber neu aufzunehmen. Zu den Herausgebern der Zeitschrift NACHRICHTEN gehört ab sofort auch Arthur Böpple, Bremen. In das Redaktionskollegium wurde Dr. Heinz Schäfer, Darmstadt, aufgenommen.

Verlag und Redaktion

Nach wie vor sollen die Unternehmerkammern in der Berufsausbildung den entscheidenden Einfluß haben. Gegenüber dem derzeit geltenden Gesetz wird deren Stellung noch verstärkt. Darüber täuschen auch solche hochgespielten Diskussionspunkte, wie die vielerwähnte „Organisationsfrage“ nicht hinweg. Hier soll im Grunde alles beim alten bleiben. Ein Berufsausbildungsausschuß auf Bundesebene – wie immer er schließlich heißen mag – soll die Bundesregierung „beraten“. In diesem Ausschuß sind Gewerkschaftsvertreter völlig unterrepräsentiert. Sie sollen lediglich eine Feigenblatt-Funktion erfüllen. Von wirksamer Mitbestimmung ist eine solche Regelung meilenweit entfernt.

Völlig unbefriedigend ist die Finanzierungsregelung, die nur für einen sogenannten „Bedarfsfall“ eingeführt werden soll. Dieser Bedarfsfall muß erst durch langwierige und bürokratische Untersuchungen festgestellt werden. Es ist jedoch eine wesentliche Forderung der Gewerkschaften, daß die Unternehmer – entsprechend der Belegschaftsstärke und des Umsatzes ihrer Betriebe – grundsätzlich Abgaben in einen Fonds zur Finanzierung der Berufsausbildung zahlen. Aus diesem Fonds könnten alle mit der Berufsausbildung zusammenhängenden Aufgaben, wie z. B. betriebliche und überbetriebliche Lehrwerkstätten und bessere Ausstattung der Berufsschulen bezahlt werden.

Da keinerlei Regelungen hinsichtlich einer Verpflichtung der Konzerne zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und einer generellen Weiterbeschäftigungsgarantie für auslernende Lehrlinge vorgesehen sind, geht der Entwurf am Problem der Jugendarbeitslosigkeit völlig vorbei. Vor allem hinsichtlich der fehlenden Mitbestimmungsregelung bezeichnete der DGB-Nachrichten-Dienst die Regierungsabsichten zur Reform der beruflichen Bildung als eine „Brückierung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften“, und der Bundesvorstand der SDAJ stellte fest: „Was die Bundesregierung hier vorgelegt hat, sind 144 Paragraphen für Unternehmer.“

## GTB will Tarife kündigen

In der Textil- und Bekleidungsindustrie werden die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum nächstmöglichen Termin, das ist in den meisten Tarifgebieten der 30. April 1975, gekündigt. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) fordert für die rund 680 000 Beschäftigten der beiden Branchen Verbesserungen von insgesamt 9 Prozent, bezogen auf die durchschnittlichen Tariflöhne und -gehälter, sowie eine entsprechende Erhöhung der Ausbildungsvergütungen. Das hat der Beirat der Gewerkschaft am 27. Februar 1975 beschlossen.

## DDR-Besuch

Zu einem Gegenbesuch weilte am 19. und 20. Februar 1975 eine Spitzendelegation der IG Chemie, Glas und Keramik der DDR beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik in der Bundesrepublik. Beide Gewerkschaftsvorsitzende, Werner Oertelt und Karl Hauenschild, sowie die weiteren Delegationsmitglieder sprachen in Hannover über die Fortsetzung der Gewerkschaftskontakte. Die DDR-Gewerkschafter erwiderten mit diesem Besuch den Aufenthalt einer von Karl Hauenschild geführten Delegation Anfang November 1973 in Halle/DDR.

In einer Pressekonferenz am 20. Februar in Hannover erklärte Hauenschild auf eine NACHRICHTEN-Frage, daß solche Gespräche, trotz aller Unterschiedlichkeit in den politischen Auffassungen und über Formen der Gewerkschaftsarbeit, sinnvoll und nützlich für die Mitglieder der Gewerkschaften seien. Die Kontakte sollen fortgesetzt werden. Hauenschild teilte weiter mit, daß als nächstes Jugenddelegationen ausgetauscht würden; außerdem sei geplant, daß Betriebsräte und Gewerkschafter eines großen Gummiwerkes der BRD einen Chemiebetrieb der DDR besuchen.

Werner Oertelt, der Vorsitzende der IG Chemie, Glas und Keramik, bekräftigte in einem Gespräch mit NACHRICHTEN ebenfalls die Nützlichkeit des Meinungsaustausches zwischen Gewerkschaften beider Staaten für das Kennenlernen der konkreten Gewerkschaftsarbeit. Auch der Gedankenaustausch in Sachfragen sei anregend und wertvoll. Es sei jedoch zwecklos und völlig unangebracht, Gesprächspartner ideologisch beeinflussen zu wollen.

G. S.

## 1. Mai – Kampftag

Der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterbewegung, wird in diesem Jahr unter dem vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Motto stehen: „Sichere Arbeitsplätze – Gerechtigkeit – Starke Gewerkschaften – DGB – Internationales Jahr der Frau.“ Gegenwärtig werden in zahlreichen DGB-Kreisen Demonstrationen und Kundgebungen vorbereitet.

Die Vertreter der rheinland-pfälzischen Gewerkschafter betonten auf ihrer Bezirkskonferenz, daß der 1. Mai als Kampftag von unverminderter Bedeutung für die Durchsetzung der Interessen der abhängig Beschäftigten sei.

Hessens Gewerkschafter verlangten, „daß in den Parolen und Rededispositionen des DGB die kämpferische Bedeutung dieses Tages zum Ausdruck kommt. Die 1.-Mai-Veranstaltungen dürfen nicht entpolitisiert werden und zu akademischen Feierstunden „herabsinken“. Die DGB-Landesbezirkskonferenz Nordmark sprach sich in einem Beschluß dafür aus, die traditionellen Kampfformen neu zu beleben. Übereinstimmend wurden der DGB-Bundesvorstand und die Landesbezirksverbände aufgefordert, für Kundgebungen und Demonstrationen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Stärker als in der Vergangenheit soll auf den Kundgebungen auf die notwendige Stärkung der Einheitsgewerkschaften hingewiesen werden, die verteidigt werden sollen gegen alle Gegner, woher sie auch immer kommen mögen.

G. M.

## GLOSSE

### Schlechte Figur

Vor vielen Jahren war er ein hoffnungsvoller Eiskunstläufer, der seinen Doppelaxel und die Pirouette schaffte. Doch als er anfang, eine schlechte Figur zu machen, trat er ab: Werner Maihofer.

Vor wenigen Jahren versuchte er als hoffnungsvoller linker Wissenschaftler, auf dem politischen Parkett eine gute Figur zu machen. Er engagierte sich in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze. Doch bald danach begann er, als Linker eine schlechte Figur zu machen und trat nach rechts ab: Prof. Dr. Werner Maihofer.

So konnte er Bundesinnenminister werden. In dieser Eigenschaft saß er vor wenigen Wochen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am Verhandlungstisch. Und machte schon wieder eine schlechte Figur mit dem 6-Prozent-Zugeständnis.

Vor wenigen Tagen schließlich, auf dem Beamtenstag des DGB in Mainz, trat dieser Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer vor seine Untergebenen und sagte ihnen geradeaus ins Gesicht, daß es für ihn undenkbar sei, den Beamten das Streikrecht zu gewähren. Da gab es Protestrufe und Pfiffe, wozu er die schlechteste Figur seiner Laufbahn machte. Und zur Rechtfertigung seiner Ablehnung des Streikrechts redete er so etwas wie Doppelaxel und Pirouetten. Denn der Minister war aufs Glatteis geraten ... Wann tritt er ab? okulus

## Urteil gegen die Frauen

Was schon vor Wochen durchgesickert war, wurde am 25. Februar empörende Gewißheit: Das Bundesverfassungsgericht beugte sich dem Druck der CDU/CSU und des katholischen Klerus und verurteilte die am 26. April 1974 durch zahlreiche Aktionen erzwungene Reform des aus der Mottenkiste stammenden 100 Jahre alten § 218 als verfassungswidrig. Der DGB-Landes-Frauenausschuß Hessen bezeichnet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als einen „Schlag ins Gesicht und unerhörte Bevormundung der Frauen“. Hauptverantwortlich für eine weitere Kriminalisierung der Abtreibung seien die patriarchalische Justiz, die Kirche, die Ärzteschaft und die CDU/CSU.

Ausgerechnet die Würde des Menschen, sein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit mußten für die Ablehnung der Fristenregelung, die in allen vergleichbaren europäischen Ländern gesetzlich verankert ist, herhalten. Dabei erfordert gerade dieser Grundgesetzartikel eine solche Lösung. Nach der negativen Entscheidung in Karlsruhe werden nun Tausende von Frauen, vor allem Arbeiterinnen und Angestellte, die sich aus finanziellen und sozialen Gründen ein Kind nicht leisten können, in die Hände von Kurfürstern getrieben und viele dafür mit ihrem Leben oder schweren gesundheitlichen Schäden bezahlen müssen.

Die Richter des Bundesverfassungsgerichts und vor allem die CDU/CSU hängen sich jetzt das Mäntelchen der Familien- und Kinderfreundlichkeit um. Das ist nichts anderes als pure Heuchelei. Dafür spricht u. a. die Säuglingssterblichkeit, die mit 2,6 Prozent doppelt so hoch ist als beispielsweise in Holland und Großbritannien. Auch in der Skala der Müttersterblichkeit steht die Bundesrepublik an der Spitze aller vergleichbaren Länder.

Sofort nach Bekanntwerden des skandalösen Urteils fanden in Hamburg, Frankfurt, München, Bonn, Freiburg und Karlsruhe Demonstrationen und Kundgebungen statt. Auf einer DGB-Kundgebung in Karlsruhe forderte DGB-Landesbezirksvorsitzender Erlewein die Gegner des § 218 auf, sich weiterhin für ihre Überzeugung einzusetzen, da das Urteil des Bundesverfassungsgerichts den Reichen helfe und die Armen bestraft. Für die nächsten Tage und Wochen sind bereits zahlreiche große Aktionen angekündigt worden und auch der Internationale Frauentag, der 8. März, stand unter dem Zeichen des Protestes gegen das skandalöse Karlsruher Urteil.

gm

## Bisherige Lohnabschlüsse 1975: Verzicht auf aktive Lohnpolitik

Die Lohnabschlüsse in der Bauindustrie, in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst sowie bei der Bahn und der Post gleichen noch nicht einmal die zu erwartenden Preissteigerungen aus, gar nicht zu reden von der wachsenden Produktivität und den erhöhten Belastungen vor allem durch die erhöhten Arbeitslosen- und Krankenkassenbeiträge. Sie entsprechen daher nicht den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik. In keinem Tarifabschluß wurde erreicht, was der IG Metall seit Jahren als Richtschnur diente, daß ein Tarifabschluß nur dann als gut zu bezeichnen ist, wenn er mindestens 75 Prozent der Ausgangsforderung erreicht.

Bei der Begründung ihrer Lohnforderungen gingen die Gewerkschaften davon aus, daß der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in der gegebenen konjunkturellen Lage die Aufgabe zufalle, die wirtschaftlichen Auftriebskräfte von seiten des privaten Verbrauchs her zu unterstützen. Eine realistische Tarifpolitik mußte berücksichtigen, daß die Preissteigerungsrate 1975 keineswegs geringer sein wird als im Vorjahr, in dem sie 7 Prozent erreichte.

Die Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten des Jahres 1974 rückläufig waren, belegt keinesfalls einen Trendumbruch. Es handelte sich, wie die Gewerkschaften stets hervorhoben, um eine Sonderentwicklung, die darauf beruhte, daß um die Jahreswende 1973/74 die Ölpreise ihren Höchststand erreicht hatten. Gegenwärtig ist ein schneller Anstieg der Agrarpreise festzustellen. Im Frühjahr 1975 wird daher ein weiterer Anstieg der Preiseraten erfolgen.

Die Lohnforderungen, die sich in den Gewerkschaften, unter Einbeziehung der Nebenforderungen, zwischen 10 und 14 Prozent bewegten, waren daher durchaus bescheiden, unter Berücksichtigung eines Anstiegs der Lebenshaltungskosten von 7 Prozent und einem Anwachsen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität von 4 bis 5 Prozent. Die gewerkschaftlichen Forderungen waren verteilungsneutral; sie hatten keinen höheren Anteil am Sozialprodukt zum Ziel. Sie beinhalteten keinen preispolitischen Risikozuschlag.

Vergleichen wir die Ergebnisse der bisherigen Tarifabschlüsse mit dieser Ausgangslage, so ist die Behauptung des Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, nicht nachzuvollziehen, daß der Tarifabschluß „eine Sicherung des Realeinkommens und einen Anteil am sicherlichen bescheidenen Wachstum für die Arbeitnehmer“ bringen werde.

Wenn die Gewerkschaften davon ausgehen, daß die Steigerung der Massen-

kaufkraft ein wesentliches Antriebsmoment der Konjunktur ist, dann bleibt es unverstänlich, wenn der Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker, den Abschluß im öffentlichen Dienst als vernünftig hinstellen konnte, der angeblich den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten Rechnung trage und der Solidarität mit den Arbeitslosen und Kurzarbeitern entspreche. Auch Hubert Vomberg vom Hauptvorstand der GdED bezeichnete die Vereinbarung als einen Beitrag der Eisenbahner zu dem Bemühen um eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Solidarität mit den Kurzarbeitern und Arbeitslosen sowie ein Beitrag für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung hätten jedoch weitaus höhere Abschlässe erfordert, damit von ihnen Wachstumsimpulse ausgegangen wären.

Bei allem kritischen Beiwerk sind die Unternehmer deshalb mit den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen höchst zufrieden. Die „Frankfurter Allgemeine“ lobt das Einlenken der Gewerkschaften als „Muster der Vernunft“. Minister Maihofer habe bei seinen Verhandlungen den Bundeskanzler hinter sich gehabt, der gefordert hatte, daß der Abschluß im öffentlichen Dienst deutlich unter dem der IG Metall liegen müsse. Als einen ganz wesentlichen Erfolg der Metallindustriellen bezeichnet das „Handelsblatt“ das Ergebnis von Krefeld, in dem es gelungen sei, die Gewerkschaftsseite zu vergattern, die 6,8 Prozent bei den noch ausstehenden regionalen Lohn- und Gehaltsvereinbarungen nirgends zu überschreiten. Der Abschluß sei ein passabler Ausklang und das größte Plus der Krefelder Übereinkunft besteht nach Meinung des nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbandes darin, daß „der soziale Friede gewahrt werden konnte“.

Der Vorstand der IG Metall, der den regionalen Tarifkommissionen empfohlen hatte, das nordrhein-westfälische Ergebnis auch in den übrigen Tarifgebieten zu vereinbaren, meinte, daß er mit seiner Empfehlung den besonderen Gegebenheiten der aktuellen tarif- und

wirtschaftspolitischen Situation Rechnung getragen habe. Er unterließ es allerdings, diese besonderen Gegebenheiten näher darzustellen. Auf der 8. Angestellten-Konferenz der IG Metall wurde diese Empfehlung von mehreren Delegierten kritisiert, weil sie die verschiedenartige Situation in den einzelnen Tarifbezirken ungenügend berücksichtigte. Rolf Mahn stellte fest, daß die Saat der Unternehmer mit den 6,8 Prozent aufgegangen sei. Gerhard Lillienfeld forderte, der Strategie der Unternehmer eine Gesamtstrategie der IG Metall entgegenzusetzen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Bezirk oder das Tarifgebiet, welches zuerst in eine Tarifrunde geht und zuerst ein Ergebnis erzielt, damit auch Daten für die anderen Bezirke setzt. Kurt Seiberlich meinte, daß es für die Höhe des Ergebnisses besser gewesen wäre, ein Tarifgebiet die Auseinandersetzung eröffnen zu lassen, das nur eine nackte Forderung, ohne Nebenforderungen, gestellt habe. Künftig sei eine bessere Tarifkonzeption nötig, da sonst der Moment kommen wird, „wo wir den Arbeitgebern nicht nur als Gewerkschaften, sondern auch politisch ins offene Messer laufen“.

Die Tarifabschlüsse werden auch damit gerechtfertigt, daß auf den eingeeengten Aktionsspielraum verwiesen wird, der sich aus der relativ hohen Arbeitslosigkeit ergäbe. Hans Mayr, das für Tarifpolitik verantwortliche Vorstandsmitglied der IG Metall warf seinen Kritikern vor („mich juckt es buchstäblich noch etwas anderes zu sagen“), daß sich in den Tarifgebieten zu wenig geregelt hätte. Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, hatte jedoch zuvor ausdrücklich betont, daß die Aktionen in Nordrhein-Westfalen klargemacht hätten, „daß die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer auch unter den Bedingungen größerer Arbeitslosigkeit nicht zu unterschätzen ist“. Mayr hatte selbst darauf verwiesen, daß diese Arbeitsniederlegungen die Unternehmer gezwungen hätten, von ihrem Sechsen-Prozent-Diktat abzurücken.

Für die Verwirklichung einer aktiven Lohnpolitik stellt sich in jeder Lohnbewegung erneut die Frage, wie und unter welchen Umständen die Arbeiter und Angestellten mobilisiert werden können. Es dürfte unstrittig sein, daß unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise und einer größeren Arbeitslosigkeit die Mobilisierung schwieriger ist als unter den Bedingungen der Hochkonjunktur. Die Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung zeigen aber, daß dies möglich ist, wenn die Berechtigung der Forderung und ihre Realisierbarkeit bewiesen ist.

Die Kampfkraft ist jedoch niemals ein von vornherein feststehendes. Diese muß stets neu geweckt und organisiert werden. Hier kommt den Vorständen eine besondere Aufgabe zu. Sie kön-

## 6,8 Prozent in Metallindustrie Diskriminierung der Frau bleibt

Die diesjährige Lohnrunde für die über 4 Millionen in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist gelaufen. Nach langwierigen Verhandlungen, die von Warnstreiks Zehntausender Metaller begleitet waren, gab die Tarifkommission in Nordrhein-Westfalen dem Druck der Unternehmer nach. Sie begnügte sich mit dem 6,8-Prozent-Kompromiß. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages beträgt 13 Monate, was die 6,8 Prozent noch in einem anderen Licht erscheinen läßt.

Bekanntlich lagen die Forderungen in den einzelnen Bezirken unterschiedlich zwischen 11 und 14 Prozent. Hinzu kam das Verlangen nach Streichung der getarnten Leichtlohngruppe 2. Es gehe darum, so hatten IG-Metall-Funktionäre immer wieder betont, die vorhandenen diskriminierenden Lohngruppen zu beseitigen. Das sei ein Beitrag zum Internationalen Jahr der Frau. Mit dem, was erreicht wurde, werden die Frauen sicherlich nicht zufrieden

sein. Sie bleiben weiterhin Arbeiterinnen zweiter Klasse.

Der neue Tarifvertrag sieht vor, daß der Lohnschlüssel der Lohngruppe 2 erst am 1. Januar des nächsten Jahres von 80 auf 82 Prozent des Ecklohnes angehoben wird. Trotz dieser geringfügigen Verbesserung, die in keiner Weise den Forderungen entspricht, gibt es erst am 30. Juni 1978 eine Kündigungsmöglichkeit dieser Bestimmung. Neben Verbes-

nen nicht warten, bis sich spontan etwas von unten regt, sondern müssen rechtzeitig die Weichen für Aktivitäten stellen und den Mitgliedern und Funktionären an der Basis grünes Licht für Aktionen geben. Wenn jedoch aus politischer Rücksichtnahme ein Hauptgegner der gewerkschaftlichen Forderung, die Bundesregierung, aus dem Feuer der Kritik herausgenommen wird, dann wird dadurch die Mobilisierung erschwert.

In der IG Metall wurde im Zusammenhang mit den „zentralregionalen Abschlüssen“ darüber diskutiert, ob es besser sei, Abschlüsse zentral oder regional vorzunehmen. Nach dem Verständnis der IG Metall ist dies kein Dogma. Entscheidend ist, daß höchstmögliche Ergebnisse erzielt werden. Bisher konnten noch keine überzeugenden Argumente vorgebracht werden, daß die 6,8 Prozent von Krefeld das höchstmögliche Ergebnis gewesen ist und daher den anderen Bezirken unbedingt zu empfehlen gewesen sei.

Wenn Hans Mayr darauf verwies, daß nicht zum ersten Mal ein regionales Ergebnis übernommen wurde, schon früher sei ein Abschluß Nord-Württembergs/Nord-Badens im ganzen Bundesgebiet akzeptiert und als ein großer Erfolg in allen Tarifkommissionen gewür-

digt worden, so ist hierzu zu bemerken, daß in beiden Fällen wesentliche Unterschiede bestehen. Das damalige Ergebnis entsprach weitgehend dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden. Es wurde, wie Mayr verwies, erzielt „nach über drei Wochen dauerndem Streik“. Die Kritiker des jetzigen Tarifabschlusses werfen der Führung der IG Metall gerade vor, daß die mögliche Kraftentfaltung nicht herbeigeführt wurde.

Der Verlauf der bisherigen Lohnbewegung zeigt, daß eine aktive Lohnpolitik und ihr entsprechende Ergebnisse nur durchgesetzt werden können, wenn die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten bereit ist, die von ihr als richtig angesehenen Forderungen auch mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchzusetzen. Das erfordert, die Gewerkschaftsmitglieder in allen Phasen der Lohnbewegung aktiv einzubeziehen und in einer umfassenden Aufklärung immer wieder nachzuweisen, daß die gewerkschaftlichen Forderungen berechtigt und erfüllbar sind. Das bedingt aber auch, allen Bestrebungen der Unternehmer und der Bundesregierung entschieden Widerstand entgegenzusetzen, unter dem Vorwand einer angeblichen Versachlichung, die Lohnpolitik der Gewerkschaften an die Leine zu legen.

Heinz Schäfer

serungen der Leistungszulage zwischen 1 und 3 Prozent erhalten mit Wirkung ab 1. Januar 1976 erstmals Angestellte eine tarifliche Leistungszulage, die bis zu 8 Prozent des jeweiligen Tarifgehaltes beträgt.

Nach dem Abschluß der Tarifverhandlungen in Nordrhein-Westfalen hatte der IG-Metall-Vorstand den regionalen Tarifkommissionen in den anderen IG-Metall-Bezirken empfohlen, ebenfalls einem 6,8-Prozent-Kompromiß zuzustimmen, da den „Gegebenheiten der aktuellen tarif- und wirtschaftspolitischen Situation“ Rechnung getragen werden müsse. Ausdrücklich wurde vom IG-Metall-Vorstand betont, daß damit keineswegs eine Zentralisierung der Tarifverhandlungen angestrebt würde.

IG-Metall-Vorsitzender Loderer selbst bezeichnete den Tarifabschluß als „keinesfalls berauschender Erfolg auf dem Schlachtfeld der Umverteilung“. Es ist jedoch unschwer nachzurechnen, daß bei den bereits angekündigten und in den letzten Wochen wirksam gewordenen Preissteigerungen für die Güter des täglichen Bedarfs die 6,8 Prozent keine Sicherung des Realeinkommens bedeuten.

Bei vielen Metallarbeitern hat dieser Tarifabschluß, der noch nicht einmal einen Ausgleich für die Preissteigerungen bietet, Enttäuschung ausgelöst. Gegen die Annahme der 6,8prozentigen Tarifierhöhung hatten sich beispielsweise die 830 Vertrauensleute von Opel in Rüsselsheim in einer Vollversammlung gewandt. Sie kritisierten insbesondere, daß die Erhöhung nicht ausreichend und besonders ihre Forderung nach einem Sockelbetrag von 75 DM monatlich nicht berücksichtigt worden sei. Auf der 8. Angestelltenkonferenz der IGM am 20./21. Februar in Hamburg erklärte der Delegierte Klaus-Dieter Kremp: „Wenn wir uns ansehen, wie es zur Zeit hier in Norddeutschland aussieht und hören, was unsere Kollegen von den Werften berichten, wie sie zu malochen haben... werdet ihr verstehen, daß wir die 6,8 Prozent hier in Norddeutschland überhaupt nicht verstehen können.“ G. M.

## Entscheidung gegen coop

Das Stuttgarter Arbeitsgericht entschied jetzt in einem Rechtsstreit gegen coop Schwaben, daß an alle Beschäftigten das 13. Monatsgehalt bzw. ein 13. Monatslohn gezahlt werden muß, unabhängig davon, ob der einzelne gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht. Diese Entscheidung wird damit begründet, daß der Manteltarifvertrag für alle Beschäftigten gilt.

## Gegen Vorrang der Gewinne zu Lasten der Löhne

Interview mit Günter Döding, 2. NGG-Vorsitzender

Seit vielen Monaten versuchen die Unternehmerfunktionäre, aber auch Regierungsvertreter, mit zunehmender Härte, die Gewerkschaften tarifpolitisch auf ein „Maßhalte“-Niveau herabzudrücken, das zwangsläufig zur Senkung der Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen würde. Dagegen setzen sich die DGB-Gewerkschaften zur Wehr. Zu aktuellen Fragen gewerkschaftlicher Tarifpolitik interviewte unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert den 2. Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günter Döding.

**NACHRICHTEN:** Wie nie zuvor sind seit Monaten die tarifpolitischen Forderungen der Gewerkschaften den Angriffen der Unternehmerverbände und auch der Kritik durch manchen Politiker ausgesetzt. Ist denn die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften — wie man das der Öffentlichkeit glauben machen will — wirklich der wesentliche Faktor, ob es in der Wirtschaft auf- oder abwärts geht, ob Preise steigen oder fallen, Arbeitsplätze sicher sind oder nicht?

**Günter Döding:** Wir wissen, daß die scharfe Bremspolitik der Bundesbank bis in den Winter 1974 hinein die konjunkturelle Stagnation und die zunehmende Arbeitslosigkeit mit zu verantworten hat. Daß aber den Gewerkschaften die Schuld für diese Arbeitslosigkeit als Folge einer überzogenen Lohnpolitik in die Schuhe geschoben wird, ist ein starkes Stück. Es ist die Neuauflage einer Lohnpolitik der Angst, die für Lohnverzichte angeblich sichere Arbeitsplätze anbietet. Die Lohnpolitik zum alleinigen Drehpunkt der Wirtschaftspolitik zu machen oder ihr eine Schlüsselrolle anzudichten, heißt, die Unternehmer, den Staat und die Bundesbank aus ihrer Verantwortung für Preise und Beschäftigung zu entlassen.

Es müssen einmal die Verantwortlichkeiten deutlich gemacht werden, wer hier für was einzustehen hat. Hier können wir uns auf den gegenüber den Gewerkschaften unverdächtigen Sachverständigenrat berufen. Dieser erklärte beispielsweise in seinem Gutachten 1970 wörtlich: „Einkommenspolitik der Sozialpartner kann nicht Konjunkturpolitik sein. Die Verantwortung für eine Rückkehr auf den Gleichgewichtspfad, das heißt für den Erfolg einer mittelfristigen Verstätigungsstrategie liegt bei der Wirtschaftspolitik, nicht aber bei den Sozialpartnern.“

**NACHRICHTEN:** Die Arbeitgeber argumentieren, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen, wie die Gewerkschaften sie

fordern, die Produktionskosten hochtreiben, was nicht nur zu weiteren Preiserhöhungen führe, sondern auch Arbeitsplätze gefährde. Welchen Stellenwert messen Sie in der Rezession — wie der gegenwärtigen — dem Nachfrageeffekt bei, der durch Lohn- und Gehaltsverbesserungen entsteht?

**Günter Döding:** Es ist sicherlich richtig, daß der Lohn als Kostenfaktor im „richtigen Verhältnis“ zu den anderen Kosten stehen muß; aber genauso richtig ist, daß er von seiner Sozialfunktion her in der Rangfolge der Kosten einen bevorzugten Stellenwert hat. Eine Kostensteigerung durch Löhne muß nicht zu Preissteigerungen führen, wenn andere Kostenfaktoren, z. B. durch Rationalisierung oder Einengung der Gewinnspanne verringert werden. In den Tarifverhandlungen übersieht die Arbeitgeberseite nur zu oft, daß die Lohnerhöhungen von heute die größere Nachfrage von morgen sind. Indem der Lohn als Nachfrage den Konsum sichert und damit zu erneuter und verstärkter Produktion beiträgt, hilft er die Vollbeschäftigung fördern.

**NACHRICHTEN:** Die Unternehmerfunktionäre verlangen fast täglich Vorrang für die Gewinne vor den Löhnen, weil angeblich in dieser schwachen Konjunkturlage erst wieder bei höheren Gewinnen stärker investiert werde, als Voraussetzung für Konjunkturbelebung und Überwindung von Arbeitslosigkeit. Führen verstärkte Investitionen automatisch zur größeren Sicherheit des Arbeitsplatzes?

**Günter Döding:** Man hört oft, die mögliche Verringerung der Gewinne schwäche die Neigung der Unternehmer, neue Investitionen vorzunehmen. Es ist falsch, zu unterstellen, eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit kann nur durch eine überdurchschnittliche Steigerung der Gewinne zu Lasten der Löhne in Gang gesetzt werden. Darüber kann es keinen Zweifel geben, daß die Investitionen in erster Linie

von den Absatzchancen abhängig sind. Welchen Sinn haben Investitionen, wenn die hergestellten Produkte nicht gekauft werden können, welchen politischen Wert hat eine stabile Mark, wenn sie von einem Arbeitslosen nicht mehr verdient werden kann?

Größere Kapazitäten bei steigenden Preisen, das kann ohne Lohnerhöhungen nicht gehen. Ohne zusätzliche Nachfrage ist eine — auch von Investitionszulagen begünstigte — Investitionstätigkeit nur die Hälfte wert. Stärker wird die Nachfrage nur, wenn Löhne und Gehälter steigen, dann gibt eine größere Kapazitätsauslastung auch eine größere Arbeitsplatzsicherheit.

**NACHRICHTEN:** Was müssen nach Ihrer Ansicht in der gegenwärtigen Situation, bei der massiven Verketzerung der Gewerkschaften durch die Unternehmerverbände, die abhängig Beschäftigten tun, um ihre berechtigten materiellen Interessen zu wahren und durchzusetzen?

**Günter Döding:** Die Gewerkschaften können mit Überzeugung darlegen, daß die bisherige gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht nur eine Steigerung der Arbeitnehmerinkommen bewirkt, sondern die gewaltige Leistung unserer Volkswirtschaft im Vergleich zu anderen Industrieländern positiv beeinflusst. Das kann den Gewerkschaften auch nicht durch eine Verketzerungskampagne der Arbeitgeber streitig gemacht werden. Arbeiter und Angestellte müssen in diesen Tagen, da zu viele Arbeitnehmer arbeitslos sind oder kurzarbeiten müssen, in großer Solidarität die Forderung nach Verbesserung ihrer Einkommenssituation und einer Sicherung ihrer Arbeitsplätze vertreten. Wir hoffen, daß die Konjunkturlagen der Bundesregierung bald zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation beitragen.

## HBV fordert 9,6 Prozent

Für die rund 300 000 Bankangestellten im Bundesgebiet und Westberlin fordert die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) eine differenzierte Erhöhung der gekündigten Gehaltstarife. Danach sollten die Endgehälter zwischen 8 Prozent in der (höchsten) Tarifgruppe 9 und 9,6 Prozent in der Tarifgruppe 2 angehoben werden. Die Tarifgruppe 1 soll ganz entfallen und die Auszubildendenvergütungen einheitlich um 60 DM im Monat erhöht werden.

## Abschluß im öffentlichen Dienst Kein Sockelbetrag und Urlaubsgeld

Rückwirkend ab 1. Januar erhalten die Arbeiter bei Bund, Ländern und Gemeinden 6 Prozent mehr Lohn bzw. Gehalt sowie einen einmaligen Betrag von 100 DM. Die Vergütung der Auszubildenden erhöht sich im 1. bis 4. Ausbildungsjahr auf 340 DM, 393 DM, 446 DM und 504 DM. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres bekommen Auszubildende zusätzlich 50 DM. Praktikanten, Lernschwestern und Krankenpflegeschüler erhalten statt der 100 DM einmaliger Zulage nur 40 DM und Auszubildende 30 DM.

Diesem Verhandlungsergebnis stimmte die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV nach der fünften Verhandlungsrunde am 17. Februar 1975 zu. Gleichzeitig wurde eine Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge von 12 auf 13 Monate vereinbart. Die bereits im November ausgehandelten Tarifverträge über verbesserte Eingruppierungen, die nach dem Ergebnis der 4. Verhandlungsrunde noch zum 1. Oktober 1975 in Kraft treten sollten, werden nunmehr erst zum 1. Dezember 1975 wirksam.

Zwischen den Tarifparteien bei Bundesbahn und -post bestand bereits eine Einigung über die gleichen Einkommenserhöhungen wie im öffentlichen Dienst, als dort die Verhandlungen nochmals ins Stocken gerieten. Während der Bahn-Vorstand den 1. April 1976 als den frühesten Termin für die Neueingruppierungen der Beschäftigten ansah und das Postministerium erklärte, die Berücksichtigung der Strukturverbesserungen sei nur möglich, soweit die besonderen Verhältnisse bei der Post es gestatteten, verlangten die zuständigen Gewerkschaften ein Inkrafttreten der Tarifverträge zur Strukturverbesserung bis spätestens zum 1. Januar 1976.

Nach langwierigen Verhandlungen kam Ende Februar ein Kompromiß zustande. Bei der Bahn sollen die Verbesserungen der Lohngruppeneinteilung in zwei Stufen vom 1. Januar und vom 1. März 1976 an wirksam werden. Ein ähnliches Ergebnis wurde auch für die Postbeschäftigten erzielt.

Noch einige Tage vor dem Abschluß der diesjährigen Tarifrunde hatte ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker „ausgesprochen sauer“ auf das Angebot der öffentlichen Arbeitgeber reagiert. „Die Gewerkschaft ÖTV hat an ihrem Standpunkt festgehalten, daß ein Tarifabschluß ohne eine soziale Komponente für sie nicht in Frage kommt“, so hieß es in der ÖTV-Eilnachricht 3/75. Bereits einige Tage später aber war ein Tarifabschluß zustande gekommen, der sich gegenüber dem vorletzten Angebot von Bund, Ländern und Gemeinden nur durch eine Verbesserung von 0,25 Prozent unterschied. Die geforderten

Strukturverbesserungen dagegen treten statt am 1. Oktober 1975 nun erst am 1. Dezember 1975 in Kraft. Eine soziale Komponente sucht man vergebens. Weder ein Sockelbetrag, noch ein Einstieg ins Urlaubsgeld wurden erreicht.

Mit den einleitenden Worten „ÖTV sichert den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst den 1974 erreichten Stand“ wurden Funktionäre und Mitglieder über das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde informiert. Es ist verständlich, daß viele Gewerkschafter darüber den Kopf schüttelten. Ihnen vermitteln die Ergebnisse einfacher Kopfrechnungen einen anderen Eindruck. S. E.

## Tarif gekündigt

Zum 31. März 1975 hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) die Gehaltstarife für die rund 200 000 Versicherungsangestellten im Bundesgebiet und Westberlin gekündigt. Der Leiter der Tarifabteilung im HBV-Hauptvorstand, Günter Volkmar, erklärte, die endgültige Höhe ihrer Gehaltsforderungen will die Gewerkschaft HBV aufgrund einer Mitgliederbefragung vornehmen. Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den zuständigen Unternehmerverbänden sind am 12. März in München aufgenommen worden.

## HBV erzielte Rekord

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hatte im vergangenen Jahr ihren größten Mitgliederzuwachs seit Bestehen. Sie wuchs um 26 604 auf 236 642 Mitglieder. Das ist eine Steigerung um 12,67 Prozent. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als aufgrund von Entlassungen und Fluktuation weit über 60 000 Mitglieder aufgenommen werden mußten, um dieses Ergebnis zu erreichen. Im Laufe der nächsten Monate will die HBV die Grenze von 250 000 Mitgliedern überschreiten.

## TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und -bezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

### ■ 30. April

Baugewerbe (1 250 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (200 000), chemische Industrie in Schleswig-Holstein, Bergbau (175 000).

### ■ 31. Mai

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (300 000).

### ■ 30. Juni

Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Essen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

### ■ 31. Juli

Hohlglaserzeugende Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

### ■ 31. August

Glasindustrie (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000), Brauereien in den Bezirken Nordrhein-Westfalen und Hessen (27 000).

### ■ 30. September

Holzverarbeitung — restliche Bezirke (240 000 insgesamt).

### ■ 15. Oktober

Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).

### ■ 31. Dezember

Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

### ■ 31. Januar 1976

Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000).



## Preiskarussell dreht sich weiter Stopp bei Löhnen und Gehältern

In seiner Frühjahrsprognose sagt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) Preiserhöhungen von 7 Prozent für den privaten Verbrauch und das laufende Jahr voraus. Bereits jetzt sind die Industrie- und Handelskonzerne angetreten, kräftig das Preiskarussell zu drehen. Auch die Bundesregierung und selbst die Kommunen stehen dabei nicht abseits. Für Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte ist dagegen mit Abschluß der Tarifrunde für dieses Jahr ein Lohnstopp eingetreten.

Um durchschnittlich 8,9 Prozent hat die Bundesbahn ab Mitte Februar die Tarife im Personenverkehr heraufgesetzt. Von den Erhöhungen besonders stark betroffen ist der Berufsverkehr. Die Zeitkarten für Arbeiter und Angestellte verteuerten sich um 10,5 Prozent und für Schülerwochenkarten sogar um 19,7 Prozent. Bereits Ende Januar hatten führende Energiekonzerne die von der Ruhrkohle AG zu Beginn des Jahres verfügte Kohlepreiserhöhungen durch drastische Stromverteuerungen rigoros auf die Verbraucher abgewälzt.

In welchem Ausmaß Millionen Familien durch die erhöhten Strompreise zusätzlich belastet werden, geht aus einer Übersicht hervor, die der Verband der Energieabnehmer kürzlich in Hannover veröffentlichte. So stiegen in Essen beispielsweise die Strompreise um 5 Prozent, in Dortmund um 6, in Frankfurt und Offenbach um 8 und in Augsburg gar um 11 Prozent. Auch die niedersächsischen Energieversorgungsunternehmen haben ab 1. April eine Erhöhung der Strompreise um durchschnittlich 7 Prozent angekündigt. Kleinabnehmer, das sind die Haushalte, müssen bis zu 10 Prozent mehr bezahlen. In ähnlichem Umfang haben sich auch die Gaspreise erhöht. Hinzu kommen in zahlreichen Gemeinden gestiegene Grundgebühren, die den Energieverbrauch noch weiter verteuern. Daneben sind im sozialen Wohnungsbau bereits Mieterhöhungen in Kraft getreten oder angekündigt. NACHRICHTEN haben darüber schon mehrfach berichtet.

Infolge der Brüsseler EG-Abmachungen werden auch die Lebensmittelpreise in einem nicht unerheblichen Umfang in die Höhe klettern. So erwartet die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände Steigerungen, die nahe der 7-Prozent-Grenze liegen. Das gilt besonders für Milch-, Fleisch- und Zuckerpreise. Wie der Geschäftsführer der Verbraucherverbände, Jaschick, erklärte, bewegen sich die Steigerungen der Zucker- und Milchprodukte in der Größenordnung zwischen 3 bis 8 Prozent. Auch die Preiserhöhungen für Getreide würden die Bäcker ihrerseits zu höheren Preisen ermuntern. Es könne auch, so meint Jaschick, eine Situation ein-

treten, in der die Fleischpreise enorm in die Höhe schnellen könnten.

Neben anderen Krankenkassen hat die Deutsche Angestellten-Krankenkasse die größte Beitragserhöhung seit ihrem Bestehen beschlossen. Die 3,5 Millionen Mitglieder werden ab 1. April statt bisher 9,8 Prozent 11,2 Prozent ihres Bruttoverdienstes als Beitrag entrichten müssen. In Mark und Pfennig ausgedrückt bedeutet das z. B. für die Versicherten mit Bruttomonatsverdiensten über 2100 DM eine Mehrbelastung von 53 DM im Monat. Der Aufschlag ist damit genauso hoch wie vor 10 Jahren der höchste Beitragssatz überhaupt. Bereits zum 1. Januar hatte auch die Barmer Ersatzkasse ihren Beitragssatz von 9,9 auf 10,6 Prozent heraufgesetzt. Die Kassen prognostizieren, daß die Mitglieder 1978 allein ein Stichtel ihres Lohnes oder Gehalts für Krankenversicherung aufbringen müssen.

Auf der 54. Internationalen Messe in Frankfurt/Main Ende Februar kündigten die Aussteller für das laufende Jahr für Haushaltswaren und Kunstgewerbeartikel Preisaufschläge bis zu 15 Prozent an. Auch auf der zur gleichen Zeit in Offenbach stattgefundenen Lederwarenmesse setzte sich der Preisauftrieb fort. Erhöhungen um die 10 Prozent waren die Regel und für modische Handtaschen sogar um 20 Prozent. Nach enormen Preissteigerungen im vergangenen Jahr werden auch 1975 die Textilwaren erneut teurer. Die Aussteller auf der Kölner Messe für Herren- und Knaben-Oberbekleidung, die vor wenigen Tagen zu Ende ging, erhöhten ihre Preise um durchschnittlich 5 Prozent. Weitere Preissteigerungen für das laufende Jahr werden „nicht ausgeschlossen“.

Das sind nur einige Meldungen der letzten Tage, die aber zeigen, was auf die Bevölkerung zukommt. Die erreichten Lohn- und Einkommensverbesserungen werden noch nicht einmal ausreichen, um die bereits in Kraft getretenen und angekündigten Preiserhöhungen auszugleichen. Hinzu kommt, daß trotz mehrfacher Bonner Dementis, die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch nicht vom Tisch ist. G. M.

## Falschmünzerei

Die bürgerlichen Massenmedien predigen unaufhörlich: Die Bundesrepublik steht am Schluß des kapitalistischen Inflationsgeleitzyklus. Begründet werden diese Aussagen mit dem Hinweis auf viel höhere Inflationsraten in anderen kapitalistischen Ländern. Doch was bei solchen statistischen Aussagen mit einem Gleichheitszeichen versehen wird, ist nicht exakt vergleichbar. So liegt die Berechnung der Inflationsrate (Preisindex) in der Bundesrepublik einerseits ein „statistisch ausgewählter“ Warenkorb mit bestimmten Gewichtungen für Waren und Dienstleistungen zugrunde, andererseits ein willkürlich festgelegtes Bezugsjahr (Basisjahr).

Allein schon Veränderungen im Warenkorb oder im Bezugsjahr ergeben unterschiedliche statistische Inflationsraten für jedes beliebig angenommene Jahr. Zu den unterschiedlichen Bezugsjahren als Ausgangspunkt der Berechnungen des Preisindex in den einzelnen kapitalistischen Ländern kommt ein unterschiedlich gewichteter Warenkorb hinzu. So hat z. B. in einem statistischen Warenkorb in der Bundesrepublik die Hauptgruppe Elektrizität, Gas und Brennstoffe eine andere Gewichtung als in den warmen Ländern des sonnigen Südens.

Die Warenkörbe zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, USA usw. können und dürfen nicht gleichgesetzt werden, weil sie unterschiedlich „gefüllt“ sind. Deshalb sind auch die darauf berechneten Inflationsraten nicht exakt vergleichbar. Die Schlußlichtpropaganda dient der Bundesregierung vielfach zum Zweckoptimismus.

Zum Jahresbeginn 1975 hat das Statistische Amt des Saarlandes den Warenkorb aus dem Jahre 1962 auf die „neue“ Originalbasis 1970 umgestellt. Allein aus dieser Umstellung ergibt sich im Nachhinein eine statistische Senkung der Inflationsraten in 1970 = 0,3 Prozent; 1971 = 0,3 Prozent; 1972 = 0,5 Prozent; 1973 = 1,1 Prozent (Quelle: Statistische Berichte des Saarlandes vom 7. Januar 1975).

Deshalb sollte sich kein Arbeiter und Angestellter durch „amtliche Zahlen“ täuschen lassen. Die unbestechlichsten und genauesten Ermittlungen über Preissteigerungen werden nicht von den statistischen Ämtern, sondern von unseren Hausfrauen selbst gemacht.

—ses

## Die heimliche Regierung in Bonn: Spitzenverbände der Unternehmer

Das Eingehen der Bundesregierung auf die erpresserische Forderung der Spitzenverbände der Wirtschaft nach Aufgabe aller Pläne zu einer Reform des Berufsbildungswesens hat erneut mit aller Deutlichkeit gezeigt, welche dominierende Rolle die Unternehmerverbände in der Politik der Bundesrepublik spielen: der Staat ist nicht einfach Sachwalter der Unternehmerinteressen, sondern die Unternehmer nehmen direkten Einfluß auf die Regierungspolitik.

Es ist nicht neu, daß die Politik in Bonn von BDA, BDI, BDB (Bundesverband Deutscher Banken), DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) und anderen Verbänden gemacht wird. Der ehemalige Präsident des BDI, Fritz Berg, rühmte sich, er brauche nur zu Adenauer zu gehen, um Pläne des Wirtschaftsministeriums vom Tisch zu fegen. Und Willy Brandt erklärte zu seiner Zeit als Bundeskanzler: „Wir brauchen einen fortlaufenden und möglichst fruchtbaren Dialog. Wir brauchen ihn, weil Regierung und Wirtschaft objektiv mehr denn je aufeinander angewiesen sind.“

Schon vor längerer Zeit befaßte sich das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) in einer Untersuchung mit der Einflußnahme der Unternehmerverbände auf die Bundesregierung und kam zu dem Ergebnis: Diese Verbände „treten bei geplanten legislativen und/oder exekutiven Maßnahmen in der Regel mit den staatlichen Stellen zu einem Zeitpunkt in Kontakt, in welchem der Inhalt der staatlichen Maßnahmen noch weitgehend offen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich diese Einflußnahme weitgehend außerhalb des öffentlichen Diskussionsraumes vollzieht. Neben diesen indirekten Formen der Einflußnahme haben Vertreter von kapitalorientierten Interessengruppen in der BRD wesentliche Funktionen innerhalb der öffentlichen Verwaltung bzw. innerhalb der entscheidenden parlamentarischen Ausschüsse.“

Die Beeinflussung erfolgt im wesentlichen auf drei Wegen: durch die Einwirkung auf die Personalpolitik, durch Entsendung von Vertretern in Ausschüsse, Fachkreise und Beiräte sowie durch direkte „Ausgespräche“ mit Regierungsmitgliedern und Ministerialbeamten. Daß viele ihrer Bundestagsmitglieder Beraterverträge mit Unternehmen abgeschlossen haben, wird heute von keiner Partei mehr geleugnet. Staatssekretäre, die vordem wichtige Konzernfunktionen innehatten und schließlich auch wieder in die „Privatwirtschaft“ zurückkehren, sind keine Seltenheit (Mommson, Rohwedder, von Dohnanyi). Und — weniger bekannt in

der Öffentlichkeit — in den Arbeitskreisen, Beiräten usw. bei den einzelnen Ministerien sitzen zahlreiche Verbandsvertreter (den „Arbeitskreis Rüstungswirtschaft“ beim Verteidigungsministerium charakterisierte Wolfgang Pohle als „Beraterkreis derjenigen Firmen, die in erster Linie für die Bundeswehrbeschaffung in Frage kommen“). Vertreten sind die Führungsspitzen des Ministeriums, der Bundeswehr und der Rüstungskonzerne.) Die personelle Verflechtung in den zahlreichen Beiräten

**Besser informiert  
durch  
NACHRICHTEN**

usw. ist unterschiedlich stark ausgeprägt, aber überall nachweisbar.

Im wesentlichen haben sich die Konzerne drei Verbände geschaffen: BDA, BDI und BDB; die Bedeutung des DIHT weist große Schwankungen auf und liegt zu einem großen Teil in dem Versuch, den „gehobenen“ Mittelstand als Bündnispartner der Konzerne zu bewahren. In den drei großen Verbänden sind alle Industrie- und Bankmonopole vertreten. BDI und BDA zeichnen sich zudem noch durch die Möglichkeit der Mehrfachmitgliedschaft aus, die natürlich nur den Konzernen gegeben ist.

Daimler-Benz ist Mitglied des Verbandes der Automobilindustrie, des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten, des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitender Industrie und des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, die alle dem BDI als Fachverbände angehören. AEG-Telefunken ist in mindestens drei BDI-Fachverbänden Mitglied: im Zentralverband der elektronischen Industrie, im Verein Deutscher Maschinenbau-An-

stalten und im Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie.

Ökonomische Macht und Mehrfachmitgliedschaften sichern den Konzernen die führende Rolle in den Unternehmerverbänden. Das findet seinen Niederschlag auch in der Besetzung der Führungspositionen des BDI: Hans-Günther Sohl: Thyssen, Allianz Versicherung, Dresdner Bank, RWE, Ruhrkohle; F. A. Prentzel: Auto-Union, Metallgesellschaft, Hoechst; Hugo Rupf: DEMAG, Commerzbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau; Joachim Zahn: Daimler-Benz, Krupp; sowie der BDA: Rolf Rodenstock (zugleich Spitzenfunktionär des BDI); Gerling, Kodak, ESSO, Industriekreditbank; Hanns Martin Schleyer: Flick.

In keinem der Unternehmerverbände haben kleine und mittlere Unternehmer noch eine nennenswerte Einflußmöglichkeit. Die gesamte Strategie dieser Verbände läuft auf eine Stärkung der Konzerne und die Ausschaltung des Mittelstandes hinaus. Besonders deutlich wurde dies erneut mit der Veröffentlichung eines Entwurfs einer „Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu gesellschaftlichen Grundsatzfragen“, der von der DKP als der „totale Machtanspruch des Großkapitals“ charakterisiert wurde (vgl. auch NACHRICHTEN 9/74). Von vielen Gewerkschaftern wurde und wird dieser Entwurf als Regierungserklärung der Konzerne bezeichnet, womit sie den Kern getroffen haben.

Dieses Programm des Sozialabbaus und des Reformverzichts wird von der Bundesregierung Zug um Zug erfüllt. Der Verzicht auf eine wirkliche Reform der Berufsausbildung ist der nur vorerst letzte Schritt auf dem Wege der Realisierung dieses Programms; weitere Maßnahmen zur Profitmaximierung sind bereits im Gespräch (Steuererleichterungen wie Verlustrücktrag, Investitionshilfen noch größeren Ausmaßes).

Es hätte der Aufforderung Wirtschaftsministers Friderichs: „Sie sollten zum Angriff übergehen“ nicht bedurft; die Konzernverbände sind bereits die heimliche Regierung, denn dort wird über die wesentlichen Züge der Bonner Regierung entschieden. Darüber können auch keine Meinungsverschiedenheiten mit der SPD hinwegtäuschen, denn es geht immer nur um taktische Fragen der Herrschaftssicherung dieses Systems.

Angesichts dieses Zustandes wird es dringender denn je erforderlich, daß die Gewerkschaften ihre auf Gewerkschaftskongressen beschlossenen Vorschläge für eine demokratische Neuordnung der hiesigen Verhältnisse zur Richtschnur ihres tagtäglichen Handelns machen und sich nicht nur mit Worten, sondern vielmehr mit Taten für ihre Verwirklichung einsetzen.

—ka



## Investitionskontrolle hilft Arbeitsplätze sicherer machen

In der Nr. 2/75 der NACHRICHTEN hatten wir unsere Leser zur Diskussion über das Problem der Investitionskontrolle aufgerufen, das auf dem kommenden 10. ordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 25. bis 31. Mai 1975 in Hamburg eine zentrale Rolle spielen wird. Nachfolgend die wesentlichsten Aussagen aus einem Beitrag unseres Lesers Heinz Pahlke:

Gelänge es nicht, die Investitionstätigkeit in der Industrie in allernächster Zeit wieder anzukurbeln, seien weitere Zehntausende Arbeitsplätze in der BRD in Gefahr, wird von den Unternehmern im Verein mit der Bundesregierung geklagt und mit der Forderung nach noch höheren Gewinnen verbunden. Indes — betrachtet man die vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichten Zahlen — zeigt sich ein anderes und für viele Arbeiter und Angestellte nur schwer durchschaubares Bild. Während einerseits die Kapazitätsauslastung abnimmt, werden andererseits trotzdem noch weiter neue Kapazitäten geschaffen.

Da eine Kapazitätsausweitung angesichts der Nichtauslastung eine Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen bedeutet, könnte man zum Schluß gelangen, keine neuen Kapazitäten zu schaffen, dann seien Rationalisierungsinvestitionen gleichfalls abzulehnen, da sie Zehntausenden Arbeitern den Arbeitsplatz kosten und mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosenzahl verbunden sind. Es bleiben nur die Ersatzbeschaffungen. Also hilft die Investitionskontrolle nicht, die gegenwärtigen Probleme im Sinne der Arbeiterklasse zu bewältigen?

Wird die Investitionskontrolle isoliert von den übrigen Forderungen der Gewerkschaften genommen, ist sie dazu in der Tat kaum geeignet. Es kann nicht nur um die Frage gehen: Ersatz, Rationalisierung oder Produktionsausweitung? — sondern vielmehr muß nach Zweck und Ziel der jeweiligen Investitionsmaßnahme gefragt werden. Und vor allen Dingen — es muß die Frage gestellt werden, ob tatsächlich Überkapazitäten bestehen.

Hinter den Überkapazitäten verbirgt sich sehr oft nichts weiter als die mangelnde Massenkauflkraft oder das Desinteresse der Unternehmer an einer vollen Auslastung, weil die Produktion in Niedriglohnländern profitabler ist. Die Frage nach Überkapazitäten ist also vom Standpunkt der Arbeiter und Angestellten nicht die Frage nach deren Auslastung, sondern die des tatsächlichen Bedarfs, der allein Richtschnur sein kann.

Die Investitionskontrolle muß unbedingt im Zusammenhang mit der Durchsetzung einer aktiven Lohnpolitik und vor allen Dingen einer qualifizierten Mitbestimmung gesehen werden. Eine aktive Lohnpolitik in Verbindung mit wirksamen Maßnahmen gegen den Preis- und Mietwucher offenbarte schnell, daß auch unserer Volkswirtschaft noch lange nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung zu befriedigen. Investiert werden muß ausschließlich ausgehend von diesen Bedürfnissen und nicht von Profiterwartungen. An diesem Punkt muß eine Investitionskontrolle ansetzen.

### NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Die Arbeiter und Angestellten müssen nicht nur über Art und Höhe der Investitionen mitbestimmen, sondern sie müssen umfangreiche Mitbestimmungs- und Kontrollrechte erhalten, damit die Investitionen sowohl mit den Interessen aller Beschäftigten als auch mit der Belegschaft des jeweiligen Betriebes übereinstimmen, damit Investitionen nicht Entlassungen und Kurzarbeit nach sich ziehen, damit Gewinne nicht auf mehr oder weniger legale Weise ins Ausland verschoben werden und dort zu Investitionen genutzt werden.

Bei der Investitionskontrolle geht es also um einen ganzen Fragenkomplex, der in seiner gegenseitigen Abhängigkeit gesehen werden muß, wenn die Investitionskontrolle nicht darauf hinauslaufen soll, daß die arbeitenden Menschen nur wählen dürfen, ob sie aufgrund von Überkapazitäten kurzarbeiten oder aufgrund von Rationalisierungen auf die Straße fliegen wollen.

## Problem Nr. 1: Arbeitslose

Nach dem Bericht der Brüsseler Kommission über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit in der EG liegen die Bundesrepublik und Italien mit 1,154 Millionen (5,1 Prozent) und 1,020 Millionen (5,3 Prozent) Arbeitslosen an der Spitze. Nicht enthalten in dieser Zahl sind die Teilzeitbeschäftigten, die unter 20 Stunden in der Woche gearbeitet haben und aufgrund dieser Tatsache keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Hinzu kommen in unserem Land rund 1 Million Kurzarbeiter. Von den offiziell ausgewiesenen 1,154 Millionen Arbeitslosen, 208 000 mehr als Ende Dezember 1974, sind 201 500 (18 Prozent) Bauarbeiter.

132 072 Jugendliche unter 20 Jahren sind ohne Arbeit, das entspricht einem prozentualen Anteil von 10,6 Prozent. Nach abgeschlossener Berufsausbildung wurden 34 700 Jugendliche nicht weiterbeschäftigt. Allein im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen warten 40 000 Jugendliche, das sind 15 Prozent aller Arbeitslosen in NRW, auf eine Stelle.

Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Jugendlichen in den Arbeitsamtbezirken Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Krefeld und Wesel. Die Arbeitslosigkeit trifft in Niedersachsen 13 688, in Rheinland-Pfalz 11 000 und in Hessen 10 500 junge Menschen. Allein in München sind 1616 Jugendliche ohne Arbeit, die Hälfte von ihnen hat keinen Schulabschluß und nahezu 70 Prozent keine Berufsausbildung.

In Niedersachsen/Bremen gibt es 162 141 Arbeitslose. Den höchsten Anteil daran hat Duderstadt mit 17 Prozent. Es folgt Aurich mit 16 Prozent, Leer mit 11,8 Prozent und Osterode am Harz mit 10 Prozent. 148 000 Arbeiter und Angestellte sind in Baden-Württemberg als Arbeitslose registriert, besonders betroffen sind davon Elektro-, Metall- und Bauberufe.

6,7 Prozent beträgt die Arbeitslosenquote in Bayern. Besonders hoch ist die Arbeitslosenquote in Passau mit 19,7 Prozent, in der Außenstelle Waldkirchen mit 30 Prozent und in Deggen-dorf mit 17 Prozent. In Nordbayern beträgt die Arbeitslosenzahl 120 727. Regensburg mit 7,9 Prozent und Hof mit 6,9 Prozent bilden die Spitze. Noch ungleich höher ist die Arbeitslosenquote in den ländlichen Gebieten, so z. B. in Kötzing 36,3 Prozent, in Furth im Wald 26 Prozent und in Obervechta 24 Prozent. In Schleswig-Holstein beträgt die Arbeitslosenzahl 54 179. In Heide sind 10 Prozent und in Flensburg 7 Prozent als arbeitslos registriert. H. P.

## 10. DGB-Kongreß im Mai 1975 in Hamburg

In einer Situation, die gekennzeichnet ist von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern, wachsender Sorge um den Arbeitsplatz und Reallohneinbußen sowie verstärkter Angriffe des Großkapitals auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften, tritt vom 25. bis 31. Mai 1975 im Hamburger Congress-Centrum der 10. ordentliche Bundeskongreß des DGB zusammen. Angesichts dieser Lage tragen die vorgesehenen 478 Delegierten für die Zukunft der Gewerkschaften in der Bundesrepublik eine große Verantwortung.

Schon im vergangenen Jahr hatte der wieder zum Wahl stehende DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter mehrfach angekündigt, der Kongreß werde sich mit der gewerkschaftlichen Forderung nach Investitionskontrolle als einem wesentlichen Schwerpunkt beschäftigen. Damit sollten Krisenerscheinungen, wie sie heute zum Nachteil von Millionen Arbeitern und Angestellten auftreten, künftig eingeschränkt und zugleich erreicht werden, daß die Investitionen der großen Konzerne nicht mehr ausschließlich von Profit- und Machtstreben diktiert werden.

Für die Konzeption einer demokratischen Investitionskontrolle der Großunternehmer hat die DGB-Landesdelegiertenkonferenz Hessen Ende Januar des Jahres gefordert, daß ein enger Zusammenhang mit der Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum hergestellt wird. Das gilt ebenso für die gewerkschaftliche Grundsatzforderung nach Mitbestimmung. Die Delegierten wären sicher gut beraten, wenn sie in Hamburg an ihrer ablehnenden Haltung zum Regierungsentwurf zur Mitbestimmung festhalten und den klaren Standpunkt des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall bekräftigen: Dieser Entwurf ist für die Gewerkschaften unannehmbar.

Wie auf den DGB-Landesbezirkskonferenzen, wird im Zusammenhang mit der katastrophalen Jugendarbeitslosigkeit und der Lehrstellenverknappung die Reform der beruflichen Bildung sicher auch in Hamburg eine beachtliche Rolle spielen. Auch in dieser Frage sollte es kein Zurückweichen geben. Insbesondere erwarten Millionen von Arbeitern und Angestellten, daß das neue Berufsbildungsgesetz ihren Forderungen entspricht. Vor allem sollte sichergestellt werden: Für alle Jugendlichen müssen genügend qualifizierte betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen; die berufliche Bildung muß aus der Zuständigkeit der Unternehmerkammern herausgelöst und zu einer öffentlichen Aufgabe unter Mitbestimmung der Ge-

werkschaften werden; zur Finanzierung der Berufsbildung ist ein zentraler Fonds zu schaffen, dessen Mittel allein von den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden müssen.

Zugleich sollte der Kongreß die von der Gewerkschaftsjugend beschlossenen Aktionen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen voll unterstützen. Nur das einheitliche entschlossene Handeln der Gewerkschaften schafft die Garantie, daß die Unternehmer die bisher betriebene Politik der Erpressung zur Zementierung ihrer Privilegien in der Berufsbildung aufgeben. Mit Sicherheit werden zu dieser Problematik, wie zu allen anderen wichtigen Fragen, den Delegierten in Hamburg Anträge zur Entscheidung vorliegen.

Ohne hier auf weitere Einzelheiten einzugehen, scheint für die Zukunft der Gewerkschaften in der heutigen Situation besonders angebracht zu sein, daß die Delegierten alle Versuche, vom Prinzip der Einheitsgewerkschaft abzugehen, ebenso zurückweisen wie die Einschränkung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Unternehmern, Parteien und Regierungen. Massive Bestrebungen, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit in Frage zu stellen, sind vor allem bei den jüngsten Tarifrunden sichtbar geworden.

Jedoch auch innerhalb der Gewerkschaften zeigten sich Gefahren für die Einheitsgewerkschaft. So lassen z. B. die Attacken des GEW-Vorsitzenden Frister gegen Mitglieder der DKP und andere Gewerkschafter, die das DGB-Grundsatzprogramm als Richtschnur ihres Handelns ansehen, den Schluß zu, daß Frister aus den Einheitsgewerkschaften antikommunistische Richtungsgewerkschaften machen will. Der DGB steht heute vor einer ersten Bewährungsprobe. Wenn sich in Hamburg die Delegierten ausschließlich von den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, von denjenigen, deren Schicksal durch die gleiche Klassenlage bestimmt ist, leiten lassen, wird diese Bewährungsprobe sicher gemeistert werden. W. Petschick

## PERSONALIEN

Walter Böhm, ehemaliger Leiter der parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB in Bonn, der wegen Spionageverdacht vorübergehend festgenommen wurde, wird vom DGB nicht weiterbeschäftigt. Böhm hatte bis 1958 für das Ostbüro der SPD in der DDR spioniert und ging, als ihm dort der Boden zu heiß wurde, als „politischer Flüchtling“ in die BRD.

Heinz Kluncker, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), vollendete am 20. Februar 1975 sein 50. Lebensjahr. Kluncker ist Mitglied des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des DGB, Vorstandsmitglied der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und seit Oktober 1973 Präsident der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD). Sein Ziel ist ein für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einheitliches Personalrecht auf arbeitsrechtlicher Grundlage.

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, hat auf Beschluß des Hauptvorstandes seiner Gewerkschaft die beratende Funktion im Aufsichtsrat der SPD-eigenen Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) niedergelegt. Mahlein brachte damit seinen Protest gegen die Pressepolitik der SPD zum Ausdruck. Er habe im Aufsichtsrat der DDVG immer vor vollendeten Tatsachen gestanden.

Ulrich Preussner, Journalist, u. a. Chefredakteur der AZ Mannheim, wurde mit Wirkung ab 1. Februar 1975 Leiter der Bundespressestelle des DGB. Er löst damit Walter Fritze ab, der nach dem 10. ordentlichen DGB-Bundeskongreß (25. bis 31. Mai 1975) aus der hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit ausscheidet.

Philipp Seibert, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), vollendet am 20. März sein 60. Lebensjahr. Seit 1959 Vorsitzender dieser Gewerkschaft, richtete Seibert sein Augenmerk darauf, die Folgen von Automatisierung und Technisierung auf die Eisenbahner abzuwenden. Diesem Zweck dienten auch zwei internationale Eisenbahnerseminare mit Teilnehmern aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern, an deren Zustandekommen der GdED-Vorsitzende maßgeblichen Anteil hatte.



## Orientierungsrahmen '85 Richtungsgewerkschaft angepeilt

Im „Zweiten Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985“ werden in einem Abschnitt „Forderungen für die Sozialdemokratische Partei und ihre Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen, vor allem mit den Gewerkschaften“, gezogen. Daraus geht hervor, daß die SPD beabsichtigt, die Gewerkschaften als Transmissionsriemen zur Durchsetzung ihrer Politik zu benutzen.

Die einheitliche Strategie des „demokratischen Sozialismus“ könne nicht allein von der Partei getragen werden. Dazu reiche die im Verhältnis zur Anhängerschaft immer noch zu geringe Mitgliedschaft der SPD nicht aus. Dazu komme, daß nicht alle Schichten der Anhängerschaft gleichmäßig an der politischen Arbeit der SPD teilnahmen. „Schon deshalb kommt den befreundeten Organisationen, in erster Linie den Gewerkschaften, ein besonderer Stellenwert zu. Die Zusammenarbeit mit ihnen muß deshalb noch enger werden.“

Die SPD sucht die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht, um ihnen zu helfen, die von diesen selbst festgelegten Ziele durchzusetzen. Im Gegenteil. Die Gewerkschaften sollen dazu dienen, die Ziele der SPD zu verwirklichen. Der Versuch, sie auf einen sozialdemokratischen Kurs zu bringen, ist ein schwerer Angriff auf die Einheitsgewerkschaft. Wenn der DGB diesen Weg beschreiten würde, müßte er nicht nur die bisher im gewerkschaftlichen Selbstverständnis vorhandene parteipolitische Unabhängigkeit aufgeben, sondern sich zu einer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft entwickeln.

In der Präambel des DGB-Grundsatzprogramms von 1963 hat der DGB festgelegt, daß er und seine Gewerkschaften unabhängig von Parteien sind und bleiben. Die Parteien werden aufgerufen, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Also genau umgekehrt soll es sein. Nicht die Einheitsgewerkschaft soll helfen, die Ziele einer Partei zu verwirklichen, sondern die Parteien sollen mit dazu beitragen, die gewerkschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen.

In dem Dokument der SPD findet man keinerlei Bekenntnis zu den wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen, vor allem keine ausdrückliche Unterstützung einer aktiven Lohn- und Tarifpolitik, die das Ziel verfolgt, den Arbeitern, Angestellten und Beamten einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Es ist auch kein Hinweis zu finden, ob und wie die SPD die Einheitsgewerkschaft zu unterstützen gedenkt.

Aus all dem läßt sich schließen, daß die SPD nur so lange für eine Einheitsgewerkschaft ist, wie diese ihrem Kurs folgt. H. Sch.

## Fristers Richtungsgewerkschaft

Zum 8. März 1975 hat der GEW-Hauptausschuß eine außerordentliche Vertreterversammlung nach Köln einberufen. NACHRICHTEN werden in der April-Ausgabe ausführlich darüber berichten. Politische Grundlage soll nach Auffassung des Hauptvorstandes und des Hauptausschusses der GEW die „Erklärung zur Lage der GEW“ sein, die Erich Frister am 1. Februar zu Beginn der Sondersitzung des Hauptausschusses abgab.

Eine eingehende Analyse der drei Druckseiten umfassenden Äußerung zeigt, daß Frister wichtige Prinzipien

der Einheitsgewerkschaft in Frage stellen will. Wie schon in seinem Artikel „Von der Grenze der Toleranz“ („Erziehung und Wissenschaft“ 4/1974), greift Frister, ohne sich selbst eindeutig zum DGB-Grundsatzprogramm zu bekennen, das bekanntlich „eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft“ einleiten will, Gewerkschaftsmitglieder an, die eine Systemveränderung wollen.

Frister erklärt, daß das Ziel der GEW darin bestehe, die freiheitliche und soziale Gesellschaftsordnung zu sichern und auszubauen, „wie sie in der Bun-

desrepublik Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus aufgebaut und entwickelt wurde“. Im DGB-Grundsatzprogramm wird hingegen über diese Gesellschaftsordnung gesagt: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmer sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort.“

Unter dem Vorwand, die Einheitsgewerkschaft erhalten zu wollen, wirft Frister denen, die die Gewerkschaften als Organisation der Arbeiterklasse betrachten, d. h. den Arbeitern, Angestellten und Beamten, vor, sie wollten eine Richtungsgewerkschaft. Die Verwirrung ist hier total. Frister stellt die Dinge auf den Kopf. In der Satzung des DGB steht klar und unmißverständlich, daß die Gewerkschaften „die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer“, d. h. der Arbeiterklasse, vertreten.

Auf der 8. Angestelltenkonferenz der IG Metall sagte deren zweiter Vorsitzender, Hans Mayr, „daß alle Gruppen und Schichten der Arbeitnehmer, Arbeiter wie Angestellte, zu einer Klasse gehören. Deshalb kann es nur eine gemeinsame Politik für die Arbeitnehmer geben“. H. Sch.

## Rücktritt aus Protest

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Helmut Lohmann, legte aus Protest gegen die gegenwärtig vom Hauptvorstand und Hauptausschuß verfolgte Politik sein Amt nieder. Eine Reformkommission, deren Vorsitzender Lohmann war, hatte vor einiger Zeit dem Vorstand Grundsätze vorgelegt, die den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Bevormundung und Privilegien zur Aufgabe aller Mitglieder machen. Diese selbstgesteckten Ziele und Aufgaben würden jetzt aufgegeben.

Der GEW-Kongreß in Mainz (Juni 1974) stellte fest, daß in der Bundesrepublik Totengräber der Demokratie am Werke sind, die unter dem Deckmantel der Jagd auf Kommunisten ein „Abrutschen aus der Demokratie“ betreiben. Lohmann meint, daß die GEW sich ebenfalls vor einem solchen Abrutschen hüten müsse. Der Rücktritt Lohmanns offenbart, wie Erich Frister und seine Anhänger die GEW zu deren Nachteil in eine Zerreißprobe drängen.

H. Sch.

## DGB-Landesbezirkskonferenzen mit wichtigen Beschlüssen

Auch im Monat Februar fanden zur Vorbereitung des 10. ordentlichen Bundeskongresses des DGB (25. bis 31. Mai 1975 in Hamburg) DGB-Landesbezirkskonferenzen statt. Wie schon in der vorigen Ausgabe von NACHRICHTEN begonnen, nachfolgend wesentliche Aussagen der Konferenzen des DGB Nordmark, Bayerns und des Saarlandes:

### Bayern

#### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (E 2)

Infolge der wirtschaftlichen Situation und dem angespannten Arbeitsmarkt in der BRD gewinnt die „Lohnfrage“ wieder an Bedeutung. Dem jahrzehntelangen Kampf der Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß die „traditionellen Frauenlöhne“ abgebaut wurden. Um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ zu erreichen, bedarf es jedoch weiterer Anstrengungen.

Deshalb ersuchen wir alle Industrie- und Gewerkschaften bei den kommenden Tarifverhandlungen um ihre Unterstützung, damit die Tätigkeiten, die nur überwiegend von Frauen verrichtet werden, nach dem tatsächlichen Arbeitswert eingestuft werden. Geschicklichkeit und Nervenkraft sind beim heutigen Stand der Technik der Körperkraft gleichzusetzen. Der Grundsatz der Lohnleichheit soll auch in der betrieblichen Lohngestaltung nicht durch Gewährung besonderer Zulagen umgangen werden. Darum appellieren wir an die Solidarität aller Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften, unsere Forderungen mit zu vertreten.

### Bayern

#### Gegen Lohnleitlinien (A 41)

Die Delegierten der 10. ordentlichen DGB-Landesbezirkskonferenz Bayern fordern die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften auf, ihre aktive Tarifpolitik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie zur Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt fortzusetzen und erklären sich für ihre konsequente Durchsetzung.

**Begründung:** ...Wenn auch die Gewerkschaften mit Sorge den Verlauf der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung beobachten, so besteht doch kein Anlaß zur generellen Schwarzmalerei. Die Delegierten lehnen deshalb einen „Waffenstillstand“ oder einen sogenannten Stabilitätspakt, wie ihn die Arbeitgeberverbände vor kurzem vorschlugen, ab. Sie erteilen auch allen Versuchen, mit Orientierungsdaten oder Lohnleitlinien die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen, eine klare Absage. Sie sehen darin einen Angriff auf die Tarifautonomie. (Auszug)

### Bayern

#### Erhöhung des Arbeitslosengeldes (A 22)

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß durch eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes die Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit spürbar erhöht werden.

**Begründung:** Die Arbeitnehmer, die unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren haben, erhalten heute nach dem Arbeitsförderungsgesetz Leistungen, die nicht annähernd den bisherigen Lebensstandard gewähren. Es ist eines sozialen Rechtsstaates nicht würdig, diesen Personenkreis besonders zu benachteiligen. Aufgabe muß es sein, sie den Beschäftigten annähernd gleichzustellen.

### Nordmark

#### Mitbestimmung (A 44)

Der DGB lehnt den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf zur Mitbestimmung ab. In ihm sind wesentliche Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes unberücksichtigt geblieben.

der DGB erwartet von der Bundesregierung, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, vom Bundesrat und den Parteien, daß sie den im Namen von über 7 Millionen Arbeitnehmern vom DGB aufgestellten Grundsätzen zur Mitbestimmung endlich die ihnen zukommende Bedeutung beimessen und bei der Verabschiedung des Gesetzes einbeziehen.

Es wird gefordert:

1. Das Mitbestimmungsgesetz ist auch anzuwenden auf Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 150 Millionen oder mit einer Bilanzsumme von 75 Millionen.

2. Die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte ist zu gewährleisten. Parität verträgt keine Manipulation. Leitende Angestellte üben nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes Arbeitgeberfunktionen aus und gehören nicht auf die Arbeitnehmerbank.

3. Die Funktion des Arbeitsdirektors muß als wesentliches Organ der Mitbestimmung erhalten bleiben.

4. Keine Ausnahmebestimmung für sogenannte Tendenzbetriebe und Tendenzunternehmen. In diesem Zusammenhang ist auch der § 81 des BetrVG 1952 ersatzlos zu streichen.

5. Keine Ausnahmebestimmung für Personalgesellschaften, gegebenenfalls ist das Unternehmensrecht entsprechend abzuändern.

6. Festlegung einer Höchstgrenze für die Zahlung von Aufsichtsratsentlohnungen.

7. Arbeitsrechtliche Absicherung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat entsprechend der Regelung für Betriebsräte.

8. Festlegung einer Rechenschaftspflicht der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat gegenüber den Arbeitnehmern und Betriebsräten des Unternehmens.

9. Festlegung eines Katalogs der zustimmungspflichtigen Maßnahmen des Vorstandes durch den Aufsichtsrat.

10. Möglichkeit der Abwahl von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat durch die absolute Mehrheit der Stimmen des Wahlmännergremiums.

Der DGB erwartet von allen gewerkschaftlich organisierten Bundestagsab-



geordneten, daß sie sich bei der Beratung des Gesetzes für die legitimen Anliegen der größten Arbeitnehmerorganisation einsetzen und entscheiden. Der Kampagne der Unternehmer, die sich nicht nur gegen die Mitbestimmungsforderung des DGB, sondern auch gegen den arbeitgeberfreundlichen Gesetzentwurf der Bundesregierung richtet, wird entschlossener Widerstand entgegengesetzt.

Saar

## Verwirklichung der Mitbestimmung (A G 1)

Die V. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB Saar unterstreicht die Forderungen des DGB zur Mitbestimmung auf Unternehmensebene. In diesem Zusammenhang begrüßt die Konferenz die Beschlüsse des DGB-Bundesausschusses und des Beirates der IG Metall, die diese zu dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kompromiß zur Regelung der Mitbestimmung gefaßt haben: Die V. ordentliche Landesbezirkskonferenz erwartet von den Mitgliedern des Bundestages, daß sie nur einer Regelung der betrieblichen Mitbestimmung zustimmen, die die nachfolgenden Forderungen erfüllt. Gleichzeitig wird der Landesbezirksvorstand aufgefordert, durch öffentliche Aktionen auf die Erfüllung dieser Forderungen hinzuwirken:

— Strikte Parität zwischen Arbeitnehmer- und Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat.

— Gleichberechtigte und gleichgewichtige Beteiligung betrieblicher und außerbetrieblicher Arbeitnehmervertreter innerhalb der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat.

— Beibehaltung geltender Mitbestimmungsregelungen im Bereich des Mitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes.

— Ablehnung aller Sonderrechte für einzelne Beschäftigungsgruppen bei der Bestellung der Arbeitnehmervertreter.

— Entsendung außerbetrieblicher Arbeitnehmervertreter durch die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen muß im Benehmen mit den betrieblichen Arbeitnehmervertretungen erfolgen.

— Einführung einer qualifizierten Mitbestimmung in solchen Großunternehmen, die zwei der nachstehenden

Merkmale erfüllen: mindestens 2000 Arbeitnehmer, 75 Millionen DM Bilanzsumme, 150 Millionen DM Jahresumsatz.

Insbesondere von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften des DGB angehören, erwartet die V. ordentliche Landesbezirkskonferenz, daß sie sich eindeutig für die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen einsetzen. Sollte die Verwirklichung der Forderungen an der sozialreaktionären Haltung der FDP scheitern, so ist der bestehende Zustand immer noch besser als ein fauler Kompromiß, der uns dem Ziel der paritätischen Mitbestimmung nicht näherbringt, sondern den Weg dahin verbaut. Gleichzeitig schaffen wir damit bessere Voraussetzungen, um durch Aktionen auf die von den Arbeitnehmern daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen aufmerksam zu machen.

Saar

## Verbriefte Rechte nicht einengen! (E K 16)

Im öffentlichen Dienst werden seit dem Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 über „Grundsätze über die Behandlung von öffentlichen Bediensteten, die verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen“, in einigen Bundesländern politisch aktive Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gemäßregelt oder Bewerber für den öffentlichen Dienst trotz nachgewiesener Qualifikation und ohne Beweis für verfassungsfeindliche Tätigkeiten nicht eingestellt. Dies zeigt, wie Rechte, die vom Grundgesetz garantiert sind, aufgehoben werden können.

Nordmark

## Aktivitäten zum 1. Mai (A 38)

Der DGB-Landesbezirksvorstand wird aufgefordert, in den Kreisen des Landesbezirks zum 1. Mai die traditionellen Kampfformen, Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel, zu unterstützen.

**Begründung:** Der 1. Mai ist als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung von größter Bedeutung. Er ist ein jährlicher Höhepunkt der Auseinander-

setzungen zwischen Arbeit und Kapital, an dem die Arbeiter für ihre aktuellen und grundlegenden Interessen kämpfen. Angesichts der inflationären Preissteigerungen, des Angriffs der Unternehmer auf die Reallohn, der steigenden Steuerbelastungen, der wachsenden Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitshetze steigt die Bereitschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Durchsetzung ihrer Interessen, die traditionellen Kampfformen neu zu beleben. Das beweisen die Aktivitäten zum 1. Mai 1974 in den Kreisen, wo Veranstaltungen mit Demonstration und Kundgebung durchgeführt wurden. In der Öffentlichkeit fand der 1. Mai große Beachtung.

Saar

## Gegen politische Verfolgung in Chile (E K 9)

Der DGB-Landesbezirk Saar beobachtet mit Empörung die Fortsetzung polizeistatistischer und faschistischer Verfolgung Andersdenkender, insbesondere partei- und gewerkschaftspolitischer aktiver Bürger in Chile. Nach wie vor werden die Interessenvertreter der organisierten Arbeitnehmerschaft in Verhören vor Militärgerichten durch Folterung zu Geständnissen gezwungen. Ebenso wird die Freilassung aller politischen Gefangenen unabhängig von ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit verweigert und die Ausreise politisch Verfolgter behindert.

Mit dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung Allende, die sozialistische Reformen und parlamentarische Demokratie miteinander verbinden wollte, reihte sich die Militärjunta in die Reihe der Diktaturen ein, die in vielen Entwicklungsländern gemeinsame Sache mit dem nationalen und internationalen Großkapital machen.

Die Delegierten der V. ordentlichen Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Saar fordern die Bundesregierung auf, in Anbetracht der besonderen Notsituation alles zu unternehmen, um auf

— die Wiederherstellung der Menschenrechte,

— die freie Betätigung freier Gewerkschaften,

— die Wiederezulassung politischer Parteien,

— den Verzicht auf verlogene politische Prozesse

hinzuwirken.

Verstärkt ist darauf hinzuwirken, daß internationale Gewerkschaftsdelegationen sich ständig ein Bild von den Verhältnissen in Chile machen können, um auch so den Druck der Weltöffentlichkeit gegen das Militärregime zu unterstützen. Jeder noch so geringe Beitrag zur Linderung der menschlichen Nöte in Chile rechtfertigt diesen Einsatz.

Die Delegierten fordern die Bundesregierung auf, angesichts der Leiden der chilenischen Bevölkerung und unserer eigenen leidvollen Erfahrungen mit dem Faschismus, jegliche Hilfe — politischer, moralischer oder wirtschaftlicher Art — für die Junta einzustellen. Wir fordern den DGB und seine Gliederungen auf, die politische und materielle Solidarität mit dem chilenischen Volk, insbesondere mit den verfolgten Gewerkschaften weiter zu verstärken.

Bayern

## Abrüstung (A 86)

Die Delegierten der 10. ordentlichen Landesbezirkskonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand auf, die Bundesregierung zu ersuchen, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, damit die internationalen Abrüstungskonferenzen baldmöglichst zu einem Erfolg im Sinne allgemeiner Rüstungseinschränkungen kommen. Die durch die Rüstungseinschränkungen freiwerdenden Mittel sollen für soziale Aufgaben, Struktur- und Reformmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Niedersachsen—Bremen

## Gegen Spalter-Listen (E 3)

Die DGB-Landesbezirkskonferenz verurteilt die durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Katzer ausgesprochene Drohung, die Gewerkschaftsmitglieder des Arbeitnehmerflügels der CDU, organisatorisch zusammengeschlossen in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), würden bei den Betriebsratswahlen 1975 möglicherweise mit eigenen Listen antreten, wenn sie nicht ausreichend auf DGB-Listen berücksichtigt werden.

Die Erfahrungen nach 1945 haben gezeigt, daß eine erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeitnehmer nur durch die Einheitsgewerkschaften und solidarisches Handeln durch einheitliche Vertretungen der Arbeitnehmer in den Unternehmungen möglich ist. Wer an diesen Grundsätzen rüttelt, schadet den Arbeitnehmern.

# Gewerkschafts-Aktionsplan für die Arbeiterjugend

- Die Gruppen der DGB-Jugend greifen ab sofort örtlich verstärkt die Problematik der Lehrstellenverknappung, der Jugendarbeitslosigkeit und der Reform der beruflichen Bildung auf oder entwickeln ihre Aktivitäten weiter.
- Der Kreisjugendausschuß und die Ortsjugendausschüsse organisieren Arbeitstagen und Wochenendlehrgänge, um anhand des Papiers „Schwerpunkt Berufsbildung“ die Problematik aufzuarbeiten.
- Es wird eine Aktionsgruppe möglichst mit Betriebsfunktionären gebildet.
- In Kreisvorständen und Ortsvorständen werden die Vorhaben der DGB-Jugend diskutiert, u. U. unter Hinzuziehung von Kollegen der Abteilung Jugend oder der Bezirksleitungen.
- Nach Möglichkeit Aktionen in Betriebsversammlungen und Betriebsjugendversammlungen erläutern.
- Eventuell auch Erläuterung der Aktionen in Betriebsratssitzungen und Vertrauensleute-Versammlungen.
- Behandlung des Themas bei allen Ortsjugendkonferenzen und Kreisjugendkonferenzen.
- Gespräch mit anderen Jugendverbänden am Ort, besonders mit den Stadt- und Kreisjugendringen über mögliche Unterstützung der Aktionen der DGB-Jugend. Dabei muß klargestellt werden, daß die DGB-Jugend die Aktionen allein trägt und der DGB dafür verantwortlich ist. Auf der Ebene der Jugendringe können dann in einer weiteren Phase der Aktionen nach Abstimmung mit dem Kreisvorstand gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden.

Konkrete Aktionen:

- Durchführung von Lehrlingswochen.
- Filmabende mit Filmen wie „Stifte mit Köpfen“, u. a.
- Lehrlingsfeten auch mit politischen Liedern und Songgruppen (z. B. Lehrstellenverlosung).
- Podiumsdiskussionen: mit Parteien, Schulträgern (Magistrat, Kreisausschüssen), Kammern, DGB, Arbeitslose, Arbeitsamt, Jugendpfleger usw.
- Zusammenarbeit mit Schüler-Vertretungen an den berufsbildenden Schulen.
- Info-Stände an den Berufsschulen.
- Benutzung der SV-Verfügungsstunden zur Information und zur Erläuterung der Aktionen der DGB-Jugend.
- Örtliche Flugblattaktionen.
- Unterschriftensammlungen.
- Informationsstände immer in Verbindung mit:
- Straßentheater.
- Symbolische Straßensammlungen für die „notleidende Industrie“, damit die Reform der Berufsbildung finanziert werden kann.
- Überreichung eines „Schecks“ an die örtliche Industrie.
- Öffentliche Übergabe einer Urkunde an die Betriebe und Persönlichkeiten, die sich „besonders um die Lehrstellenverknappung und um die Jugendarbeitslosigkeit verdient gemacht haben“.
- Songgruppen-Auftritte bei Info-Ständen, Megaphon-Einsätze.
- Sandwich-Männer, z. B. arbeitslose Jugendliche mit Lebenslauf.
- Fragebogenaktionen bei Arbeitslosen.
- Lehrgänge mit arbeitslosen Jugendlichen (Argumentationshilfen zur Jugendarbeitslosigkeit und einen Erfahrungsbericht von einem DGB-Lehrgang mit Arbeitslosen werden umgehend nachgereicht).
- Hausbesuche bei Eltern von arbeitslosen Jugendlichen.
- Zusammenarbeit mit Jugendpflegern.
- Maiveranstaltungen zur Vorbereitung der Problematik und unserer Forderungen nutzen.
- Wo möglich, örtliche Demonstrationen und Kundgebungen über die Maiveranstaltungen hinaus oder vorher.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Hessen, DGB-Jugend.



## Beschlüsse der Angestellten-Konferenz

Am 21./22. Februar 1975 fand in Hamburg die 8. Angestelltenkonferenz der IG Metall statt. 51 Anträge und 7 Entschließungen lagen den Delegierten zur Beschlussfassung vor. Nachfolgend veröffentlichten NACHRICHTEN eine Auswahl der angenommenen Beschlüsse im Wortlaut:

### Rationalisierung und Automation in der Verwaltung (E 5)

Die 8. Angestelltenkonferenz stellt mit großer Besorgnis fest, daß die Rationalisierungsmaßnahmen in Verbindung mit der derzeitigen wirtschaftlichen Situation bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Durch die auch weltwirtschaftlich bedingten Schwierigkeiten, die als Folge ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum haben, stieg die Zahl der Arbeitslosen — darunter die der Angestellten — überproportional an. Dieser Abbau menschlicher Arbeitskraft ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern auch ein Ergebnis intensiver Rationalisierungsmaßnahmen in allen Bereichen der Verwaltung.

Die Unternehmer rationalisierten früher vorwiegend in der Produktion, weil sie dort den größten Vorteil erzielten. Mechanisierung und Automatisierung der Produktion führten zu Arbeitsteilung sowie Funktions- und Aufgabenverlagerungen in den Betrieben und Büros. Der damit verbundene Anstieg der Zahl der beschäftigten Angestellten hat zur Folge, daß jetzt besonders drastisch im Angestelltenbereich rationalisiert wird. Zudem nahm in den letzten Jahren der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung beträchtlich zu. Dadurch wurde die Organisation der Verwaltungen von Grund auf verändert. Konventionelle berufliche und betriebliche Erfahrungen, früher eine Voraussetzung für den sozialen Aufstieg, verloren an Bedeutung. „Spezialisierung“ — zum Teil hochqualifiziert — stand vorübergehend hoch im Kurs.

Die IG Metall hat auf die Folgen einer solchen Entwicklung bereits bei der 3. internationalen Automatisierungstagung im Jahre 1968 „Computer und Angestellte“ hingewiesen. Ein Teil der sozialen Folgen wurde durch die teilweise überhitzte Konjunktur verdeckt. Sichtbar und für viele Angestellte mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. des bisherigen sozialen Status verbunden, werden diese Rationalisierungsmaßnahmen erst in der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage. Die Auswirkungen dieser verstärkten Rationalisierung im Angestelltenbereich sind noch nicht abzusehen. Unternehmen und betriebsfremde Berater versprechen sich

- durch den Einsatz von mehr Technik
- durch die Gestaltung einer effektiveren Büroorganisation
- durch Erhöhung der persönlichen Leistung durch Verakkordisierung

zu den gesetzten Zielen zu kommen. Das Schwergewicht der Rationalisierung wird sich zweifellos auf die Textverarbeitung konzentrieren, weil hier angeblich nach Berechnung der Unternehmensberater 50 Prozent und mehr des angestellten Schreibpersonals eingespart werden können. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Die 8. Angestelltenkonferenz fordert daher:

- das seit 1968 gültige Rationalisierungsschutzabkommen ist zu kündigen und wesentlich, besonders in seinem materiellen Teil, zu verbessern,

— der Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmer ist auf alle Tarifgebiete auszudehnen und, unabhängig von der Betriebszugehörigkeit, zu vereinbaren.

— höhere Leistungsanforderungen müssen durch Tarifvertrag geregelt und materiell ausgeglichen werden,

— die Personalplanung muß integrierter Bestandteil der Entscheidungs- und Planungsprozesse im Betrieb werden; die Mitbestimmung der Betriebsräte in diesem Bereich ist wesentlich zu erweitern,

— Maßnahmen zum Umschulung, Fort- und Weiterbildung sind langfristig zu planen und den Bedürfnissen, Fähigkeiten und Neigungen der betroffenen Arbeitnehmer anzupassen,

— die Information über Art und Umfang der Rationalisierungsmaßnahmen muß so frühzeitig erfolgen, daß auch eine langfristige individuelle Anpassung erfolgen kann,

— die Auswirkungen der Rationalisierung in der Verwaltung sind sozialwissenschaftlich zu erforschen; die Bundesregierung sollte dafür umfangreiche Mittel zur Verfügung stellen,

— das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur „Humanisierung der Arbeit“ muß auf die Angestelltentätigkeit ausgedehnt werden.

### Verdienst- und Arbeitsplatzsicherung (A 21)

Die Tarifkommissionen aller Tarifgebiete werden aufgefordert, sich für folgende Regelungen einzusetzen:

1. Ältere Angestellte sind gegen Verdienstminderung und Arbeitsplatzverlust abzusichern.

2. Diese Regelung muß den gleichen Grundsätzen entsprechen wie den für die gewerblichen Arbeitnehmer.

3. Die Absicherung darf ausschließlich nur von einem bestimmten Lebensalter und von einer bestimmten Beschäftigungsdauer abhängig sein.

4. Alle diskriminierenden Regelungen, wie z. B. ärztlicher Nachweis der Leistungsminderung, sind zu vermeiden.

### Urlaub (A 25)

Die Bestimmungen über den Urlaub der Beschäftigten in den Tarifverträgen der Metallindustrie sind zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. Es ist für die Arbeitnehmer der Metallindustrie ein tariflicher Urlaub von 6 Wochen = 30 Arbeitstage festzulegen.

### Bildungsurlaub (A 26)

Die Bemühungen zur Schaffung eines Bildungsurlaubs auf der Grundlage des Tarifvertrages oder durch Gesetz sind verstärkt fortzusetzen.

### Einheitliche Sozialversicherung (A 32)

Die heute noch nach Zugehörigkeit zu bestimmten Arbeitnehmergruppen oder nach Wirtschaftszweigen aufgeteilte Sozialversicherung ist neu zu ordnen. Die 8. Angestelltenkonferenz der IG Metall empfiehlt dem Vorstand, in Verbindung mit dem DGB-Bundesvorstand möglichst bald ein Konzept einer einheitlichen Sozialversicherung vorzulegen. Dieses Konzept soll sowohl eine sinnvolle organisatorische Neugliederung der Renten- als auch der Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung beinhalten.

## Gemeinsamer Appell der Automobilarbeiter

Vom 28. Februar bis 1. März 1975 fand in Düsseldorf eine Beratung von Vertretern der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas statt. Die Teilnehmer berieten über die Krise in der Auto-Industrie, den Kampf der Arbeiterklasse und die Stellung der kommunistischen Parteien. Es wurde beschlossen, in der Zeit vom 13. bis 19. April 1975 eine Aktionswoche gegen die Krisenpolitik der Monopole durchzuführen. Ein gemeinsamer Appell wurde an alle von der Krise betroffenen Beschäftigten der Automobil- und Zuliefererindustrien gerichtet und eine Solidaritätserklärung angenommen. Nachfolgend der gemeinsame Appell im Wortlaut:

Das Leben bestätigt die Feststellung der Brüsseler Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas, daß sich die allgemeine Krise des Imperialismus, die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus verschärft und tiefe Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche im kapitalistischen Europa hat. Es erweist sich, daß das kapitalistische System unfähig ist, die Probleme der Krise zu lösen, sondern sie nur verschärfen kann. Allein der Sozialismus gibt eine grundlegende Antwort auf die großen Probleme, mit denen die arbeitende Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern konfrontiert ist.

Die tiefgreifende Krise, die die Automobilindustrien in allen kapitalistischen Ländern Europas erfaßt hat, ist Teil der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ihre Folgen wirken sich immer stärker auf die Lage der Arbeiterklasse aus. Kurzarbeit, Entlassungen und Lohnverluste bedrohen die Lebensgrundlage von Millionen Beschäftigten und ihren Familien. Diese Entwicklung stößt auf den zunehmenden Widerstand der Arbeiterklasse im kapitalistischen Europa.

Beachtliche Veränderungen haben sich in Westeuropa zugunsten der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts ergeben und eröffnen günstigere Bedingungen für tiefgreifende demokratische Veränderungen. Die Automobilkonzerne und die Regierungen der kapitalistischen Länder versuchen, die Krise im Interesse des Großkapitals zu überwinden und die Krisenlasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen.

Die Automobilindustrie, die ein sehr bedeutender Industriezweig der kapitalistischen Länder Europas ist, wird von wenigen großen Monopolgruppen beherrscht. Ihre Politik, die ausschließlich vom Streben nach höchsten Profiten bestimmt wird, ist durch eine zunehmende Machtkonzentration der Monopole, durch die Ausplünderung der öffentlichen Finanzen und durch eine verschärfte Ausbeutung der Werktätigen gekennzeichnet. Sie heizt die Inflation an. Der kapitalistische Handelskrieg führt zu einer ungeheuren Verschwendung volkswirtschaftlicher Mittel. Im Interesse der Profite werden Arbeitsplätze vernichtet, Fabriken stillgelegt und Produktionsanlagen ins Ausland verlagert.

Die multinationalen Konzerne, von denen viele vom US-Großkapital beherrscht werden, bedrohen die Unabhängigkeit unserer Länder und versuchen, die Krisenfolgen über ihre Tochtergesellschaften abzuwälzen. Die kommunistischen Parteien rufen die arbeitende Bevölkerung auf, entschieden die auf Mahalten und Einschränkung gerichtete Politik des Großkapitals zurückzuweisen, eine Politik, die versucht, die Krisenlasten auf den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Es ist möglich, die schädlichsten Auswirkungen der Krise sofort abzuwenden.

Heute kommt es darauf an, den Kampf zu verstärken:

— Für eine Erhöhung der Massenkaukraft durch Lohn- und Gehaltserhöhungen, eine Senkung der Steuerlasten und den Kampf gegen die Inflation;

— Für die Verteidigung und Entwicklung der Arbeitsplätze, gegen Kurzarbeit und Entlassungen;

— Für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitslosen;

— Gegen jede Form der Diskriminierung ausländischer Arbeiter;

— Für bessere Arbeitsbedingungen in den Automobilbetrieben, z. B. durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Herabsetzung des Rentenalters;

— Für eine Angleichung der sozialen Bedingungen an das günstigste Niveau innerhalb der kapitalistischen Länder Europas;

— Für die Verringerung des gesundheitsgefährdenden Arbeitstempas, für die Verbesserung des Arbeitsinhalts und Änderung der Arbeitsorganisation im Interesse der Beschäftigten, für die Sicherung von Qualifizierungsmöglichkeiten und die Verbesserung der Berufsausbildung;

— Gegen die skandalöse Profitpolitik der multinationalen Ölgesellschaften;

— Gegen die Preistreiberei der Automobilkonzerne.

Eine solche Politik erfordert die Einschränkung der Macht des Großkapitals, erfordert die Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Sie setzt voraus eine öffentliche demokratische Kontrolle und, in bestimmten Ländern, die Nationalisierung. Sie erfordert eine wirksame Beteiligung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, eine Stärkung der Rechte und des Einflusses der Arbeiter und Angestellten im Betrieb sowie ihre Beteiligung an der Leitung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten.

In diesem Rahmen setzen sich die kommunistischen Parteien für eine demokratische Verkehrspolitik ein. Eine solche Politik, die vom Vorrang der öffentlichen Verkehrsmittel ausgeht und eine abgestimmte Entwicklung zwischen öffentlichen und individuellen Transportmitteln gewährleistet, muß allen Benutzern die für sie günstigsten Verkehrsmittel zur Verfügung stellen. Sie würde gleichzeitig sichern, langfristig das Produktionsprofil dieses wichtigen Industriezweiges nach den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen auszurichten und eine neue Konzeption der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere mit den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern unterstützen.

Die Interessen der arbeitenden Bevölkerung erfordern die Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse innerhalb der verschiedenen Länder sowie die weitere Entwicklung der internationalen solidarischen Zusammenarbeit gegen die nationalen und multinationalen Automobilkonzerne. Es gilt, der Konzeption eines Europas der Monopole den Kampf für ein Europa der arbeitenden Bevölkerung entgegenzusetzen.

Die Parteien werden ihre Zusammenarbeit auf der Ebene der Monopolgruppen und im Bereich der multinationalen Konzerne verstärken. Die Vertreter kommunistischer Parteien kapitalistischer Länder Europas wenden sich von ihrer Düsseldorfer Begegnung aus an die arbeitende Bevölkerung und alle demokratischen Kräfte und schlagen vor, vom 13. bis 19. April 1975 eine internationale Aktions-Woche durchzuführen, um die Verantwortung des Großkapitals für die Krise anzuprangern, um zum Kampf für einen Ausweg aus der Krise und für die Durchsetzung tiefgreifender demokratischer Veränderungen aufzurufen.



# „In sozialistischen Ländern haben Multis nichts zu sagen“

Vom 28. bis 30. Januar 1975 führte der Weltgewerkschaftsbund (WGB) in Berlin/DDR eine außerordentliche Bürotagung durch (siehe auch NACHRICHTEN Nr. 2/75). In den Beratungen über eine Analyse der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern kamen auch die Rolle und der Stellenwert des Handels zwischen den Ländern des sozialistischen und kapitalistischen Systems zur Sprache. Dazu machten insbesondere der WGB-Generalsekretär, Pierre Gensous, und der Vorsitzende des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, Alexander N. Schelepin, grundlegende Ausführungen. Sie ergriffen die Gelegenheit, um auf die bürgerliche Propaganda zu antworten, die auch in Gewerkschaftskreisen der Bundesrepublik kolportiert wird, wonach die multinationalen Konzerne ihre Aktivitäten zunehmend in die sozialistischen Länder verlagern, um sich der Kontrolle zu entziehen. Die Tatsache, daß mit diesen „Multis“ Geschäfte abgewickelt werden, wird zu antikommunistischen Ausfällen benutzt. Nachstehend Auszüge aus den diesbezüglichen Ausführungen von Gensous und Schelepin.

## Schelepin: Unsere Aufträge helfen Arbeitsplätze im Westen sichern

Wir gehen auf die Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern nicht deswegen ein, weil ohne sie die Sowjetunion Schwierigkeiten in der Entwicklung ihrer Wirtschaft haben würde. Jahrzehntlang gewährten uns die imperialistischen Staaten keine Anleihen und Kredite; sie weigerten sich, mit uns zu handeln und führten im eigentlichen Sinne eine Wirtschaftsblockade gegen uns durch. Das hinderte uns nicht daran, ein wirtschaftliches, wissenschaftlich-technisches und Verteidigungspotential zu schaffen, dessen Stärke allgemein anerkannt ist. Selbstverständlich werden wir auch weiterhin mit Erfolg den Kommunismus aufbauen.

Die Ideologen aus dem anderen für uns feindlichen Lager behaupten, daß wir durch unsere Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten angeblich den Kapitalismus und seine Monopole unterstützen. Sie erklären auch, daß die Inbetriebsetzung von Produktionseinrichtungen in sozialistischen Ländern, die in kapitalistischen Ländern erzeugt wurden, angeblich die Stilllegung entsprechender Betriebe in kapitalistischen Ländern und zunehmende Arbeitslosigkeit im Westen herbeiführen werde. Zwar werden keine Beweise dafür angeführt. Sie sind — wie die Tatsachen beweisen — einfach nicht vorhanden.

In der Tat verhält sich alles umgekehrt. Der Ausbau des gegenseitig vorteilhaften Handels, die Aufträge der sozialistischen Länder ermöglichen es, westlichen Ländern Arbeitsstellen zu schaffen und bewahren Hunderttausende Werktätige vor der Gefahr einer Arbeitslosigkeit. Schon heute empfinden das die Werktätigen in vielen Industriezweigen und Betrieben in den USA, Frankreich, der BRD, Italien, Japan und einer Reihe anderer Länder. Hier sollen nur einige Beispiele dafür genannt werden.

Wie die Leitung der größten Bank in den USA, der „Chase Manhattan Bank“, eingesteht, beliefen sich Ende 1974 die Aufträge für Ausrüstungslieferungen an unser Autowerk „Kamas“ auf 385 Millionen Dollar und wurden an etwa 100 amerikanische Firmen erteilt. Dank der sowjetischen Aufträge vermieden viele Firmen die Stilllegung der Produktion und erhöhten sogar die Anzahl der Arbeitsplätze. Der Vorsitzende der

Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft der USA, Leonard Woodcock, erklärte, daß der Handel mit der UdSSR für die Werktätigen der USA zweifellos vorteilhaft sei und sie ihn unbedingt unterstützen, denn es gehe um 160 000 Arbeitsplätze. Es liege im Interesse des Landes, diese Verträge zu schließen und den Menschen Arbeitsmöglichkeit zu bieten.

Schon jetzt sind in Frankreich etwa 10 Prozent der Arbeitskräfte in führenden Branchen des Maschinenbaus mit sowjetischen Aufträgen beschäftigt. Die unlängst geschlossenen wirtschaftlichen Abkommen mit Frankreich erteilen der französischen Industrie Aufträge für 10 Milliarden Dollar, das ist das Dreifache des Jahres 1974.

Nehmen wir die BRD. Herbert Knapp, Vorsitzender des Betriebsrates des metallurgischen Werkes „Mannesmann“ erklärte, daß die Firma, in der er tätig ist, im Ergebnis eines großen, mit der UdSSR unterzeichneten Abkommens bis zum Jahre 1976 mit Aufträgen versehen sei. „Klöckner-Humboldt-Deutz“ garantierte dank der UdSSR-Aufträge nicht nur die Arbeit für alle 10 000 Arbeiter, sondern stellte noch 1000 Arbeiter zusätzlich ein.

Der Bau des Autowerkes in der Stadt Togliatti ermöglichte es, an Betriebe von mehr als 180 italienischen Firmen Aufträge zu vergeben.

Dank der sowjetisch-finnischen Zusammenarbeit wurde in Finnland der Schiffsbau eigentlich neu geschaffen, in dem ca. 15 000 Arbeiter tätig sind; darüber hinaus sind noch ebenso viele in den bei- und nebengeordneten Betrieben beschäftigt. Der Schiffsbau Finnlands ist mit sowjetischen Aufträgen für einige Jahre ausgelastet. Tausende finnische Bauarbeiter errichten Bauobjekte auf dem Territorium der UdSSR.

Man könnte Dutzende ähnliche Tatsachen anführen. Daraus ergibt sich, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung die Arbeitslosigkeit im Westen nicht verstärkt, sondern abschwächt.

Bürgerliche Propagandisten behaupten, daß die Monopole die Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern dazu ausnützen, um ihre Produktion nach Osten zu verlagern. Dadurch würden sich angeblich Betriebe, die in sozialistischen Ländern unter Beteiligung der ausländischen Firmen gebaut werden, automatisch in Zweigstellen der Westkonzerne verwandeln.

Eine grobere Entstellung der Wirklichkeit könnte man sich beim besten Willen nicht ausdenken. Betriebe, die bei uns mit Hilfe der in Betrieben der kapitalistischen Länder vergebenen Aufträge gebaut sind, sind vollständiges und uneingeschränktes sozialistisches Eigentum des Sowjetstaates und unseres Volkes. In diesen Betrieben sind nur sowjetische Gesetze und Vorschriften in Kraft. Die Firmen der kapitalistischen Länder haben in der UdSSR kein Recht auf Kontrolle in den mit ihrer Hilfe errichteten Werken. Es erlaubt ihnen niemand, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen.

Dadurch unterscheiden sich grundlegend unsere Wechselbeziehungen mit ausländischen Firmen von den Kapitalanlagen, wie sie in kapitalistischen Ländern üblich sind. Folglich kommt keine „Verlagerung“ der Produktion von Westen nach Osten in Frage. Darum sind auch die Behauptungen über die angebliche „automatische“ Verwandlung dieser Betriebe in Zweigstellen der Westkonzerne völlig absurd...

Schließlich ist es paradox, aber eine Tatsache, daß in der letzten Zeit bürgerliche Propagandisten von den Geschicken der sowjetischen Werktätigen „bewegt“ werden. Sie behaupten, die Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen biete angeblich den letzteren die Möglichkeit, sowjetische Arbeiter auszubeuten. Zusammen mit dem westlichen technologischen Verfahren führten wir angeblich auch das System der kapitalistischen Ausbeutung ein. Die Tatsache, daß nicht die Technologie die Ausbeutung ins Leben ruft, wird selbstverständlich absichtlich verschwiegen. Die Hauptsache dabei ist, daß sie versuchen,

die unbestreitbare Tatsache zu verhehlen, daß die sogenannte westliche Technologie der von uns importierten Verfahren von uns unter Berücksichtigung der Interessen der sowjetischen Werktätigen, der Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeitsgesetzgebung der UdSSR grundlegend umgewandelt wird.

Nehmen wir den Bau des Autowerkes in der Stadt Togliatti unter Beteiligung der italienischen Firmen. Schon beim Projektieren des Werkes wurde den italienischen Firmen vorgeschlagen, die in der UdSSR geltenden Arbeitsschutzvorschriften und -normen zu berücksichtigen. In Betrieben der Fiat-Firma ist der Gasgehalt in der Luft zu hoch, die Beleuchtung der Abteilungen nicht genügend, und die sozialen Räume sind schlecht. Obwohl das die Baukosten verringern würde, war es für uns unannehmbar, denn all das verschlechterte die Arbeitsbedingungen der Werktätigen.

Die Italiener schlugen vor, die anderthalb Kilometer lange Taktstraße zickzackförmig zu gestalten. Das würde zur Gedrängtheit der Belegschaft und Verschlechterung der Beleuchtung der Arbeitsplätze führen. Im Ergebnis ist die Taktstraße um mehr als 30 Prozent verlängert worden; sie wurde gerade gebaut und ihre Geschwindigkeit wurde bedeutend verlangsamt. Wir lehnten kategorisch den uns angebotenen Umfang der Produktionsräume ab und ließen die Abteilungen höher und heller bauen. Über den Entwurf hinaus sind im Werk etwa 200 Belüftungssysteme und fast zwei Dutzend Klimaanlage installiert. Die Leistung der Belüftung erhöhte sich in einigen Räumen auf das Drei- bis Fünffache.

Weder Klubräume noch Kantinen und gemütliche Räume für Erholung der Arbeiter sah der Entwurf vor. Sie wurden aber gebaut. Insgesamt wurden während der Bauarbeiten und Inbetriebnahme des Werkes mehr als 500 grundlegende Veränderungen eingebracht, die uns erlaubten, gute Arbeitsbedingungen im Betrieb zu schaffen. Viele davon beruhen auf Rationalisierungsvorschlägen der Arbeiter selbst.

Das Problem der Eintönigkeit der Arbeit in der Taktstraße wurde von uns auch nicht außer acht gelassen. Die darin beschäftigten Arbeiter werden regelmäßig durch extra zugeteilte Ersatzarbeiter abgelöst, während der Arbeit werden von Zeit zu Zeit Gymnastikpausen eingelegt; es ist eine Reihe von wichtigen Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen.

Alle meine Ausführungen widerlegen vollständig die Erdichtungen über den sogenannten „Import“ der Ausbeutung in unser Land. Der WGB sollte dringend ein Buch über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Ländern, über die Prinzipien dieser Beziehungen und ähnliches mehr, herausgeben. Wir unsererseits sind bereit, dem WGB dabei eine allseitige Hilfe zu gewähren.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit der sozialistischen und kapitalistischen Länder — den erlogenen Erdichtungen zuwider —

in politischer Hinsicht zur Errichtung eines dauerhaften und festen Friedens, zur friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung beiträgt und günstige Voraussetzungen für die Reduzierung des Wettbewerbs schafft;

in wirtschaftlicher Hinsicht den sozialistischen Ländern die Möglichkeit bietet, die Vorteile der Weltarbeitsteilung weitergehend auszunützen und immer mehr den Weltmonopolen auf dem Weltmarkt entgegenzuwirken. Die Zusammenarbeit mit uns bietet der Wirtschaft der kapitalistischen Länder einen umfangreichen Markt für Export und Import der Maschinen, Ausrüstungen und Import der Defizitrohstoffe u. ä. m.;

in sozialer Hinsicht entspricht sie den Lebensinteressen der Werktätigen der sozialistischen und der gesamten nichtsozialistischen Welt, denn sie hilft der Sowjetunion, die Produktion für die Hebung des Volkswohlstandes noch mehr zu vergrößern und schafft Voraussetzungen für kapitalistische Länder, das Niveau der Beschäftigung der Werktätigen zu heben.

Diese Zusammenarbeit entspricht ganz und gar den Klasseninteressen der internationalen Arbeiterklasse, der Weltgewerkschaftsbewegung, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der brüderlichen Solidarität der Arbeiterklasse und der Werktätigen der sozialistischen und kapitalistischen Länder und stellt eine der wirksamen Formen der Verwirklichung dieser Prinzipien dar. Darin kommt anschaulich die praktische Hilfe der Arbeiterklasse und der Werktätigen der sozialistischen Länder an ihre Klassenbrüder in der kapitalistischen Welt im Kampf gegen Not und Entbehrungen zum Ausdruck, die sich besonders in der neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus verschärfen. Wir haben immer die proletarische Solidarität mit unseren Klassenbrüdern in der kapitalistischen Welt und in den Entwicklungsländern geübt und werden das auch künftig tun!

## Gensous: Will man Handel oder „eisernen Vorhang“?

Zunächst muß denjenigen eine Frage gestellt werden, die die sozialistischen Länder bezichtigen, aufgrund der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern für alle möglichen Mißstände verantwortlich zu sein. Eine Frage, die eine eindeutige Antwort verlangt: Ist man, ja oder nein, für die Herstellung und Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen sowie von Beziehungen auf bestimmten anderen Gebieten zwischen den Ländern der beiden Systeme? Oder will man bei dem stehenbleiben bzw. auf das zurückkommen, was unsere Gegner den „eisernen Vorhang“ genannt haben, also auf die Periode des kalten Krieges, die Periode der Wirtschaftsblockade, die die kapitalistischen Länder angeblich gegen die sozialistischen Länder anwenden mußten, um, wie sie meinten, ihre Entwicklung abzuwürgen?

Selbstverständlich gibt es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung noch immer Anhänger des kalten Krieges und Verfechter der Blockade. Doch sie stellen sich außerhalb unserer Zeit.

Wenn man aber meint, daß solche Beziehungen erstrebenswert, ja, notwendig sind, muß man diese Logik konsequent beibehalten. Mit wem sollen denn die sozialistischen Länder die Betriebe der sozialistischen Länder in den kapitalistischen Ländern verhandeln? Die multinationalen Gesellschaften können aus der gegenwärtigen kapitalistischen Realität nicht ausgeklammert werden.

Wie Georges Séguy (Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes CGT — d. Red.) auf der Konferenz der IVG der Werktätigen der Metallindustrie sagte: „Es hängt nicht von den sozialistischen Ländern ab, daß ihre Partner im Wirtschaftsaustausch aufhören, kapitalistische Giganten zu sein, das hängt vom Kampf der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ab.“

Es hängt vor allem von den Werktätigen der kapitalistischen Länder ab, wobei sie selbstverständlich von der gesamten Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden müssen, der ökonomischen und politischen Herrschaft der Monopole in ihrem Land ein Ende zu setzen. Daher muß die Aktualität der auf dem 8. Kongreß angenommenen Charta, die insbesondere die Nationalisierung der Betriebe im Besitz der multinationalen Gesellschaften vorsieht, erneut hervorgehoben werden.

## Lohnrekord — ein Wintermärchen

Die Arbeitgeber inszenieren in diesen Tagen wieder ein lohnpolitisches Wintermärchen. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik, behaupten sie, sei der Anteil der Arbeitnehmerereinkommen am gesamten Volkseinkommen auf über 70 Prozent gestiegen. Im Vergleich dazu habe dieser Anteil vor 25 Jahren noch bei 58,6 Prozent gelegen. Daran zeige sich, wie sehr die wachsende Lohnkostenbelastung die Rentabilität der Unternehmen gefährde.

Untersucht man diese Zahlen näher, dann stellt sich der angebliche „Lohnrekord“ schnell als eine Seifenblase heraus. Seit 25 Jahren ist nämlich der Anteil der Arbeitnehmer an der Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik von 68 auf 84 Prozent gestiegen. Der Anteil des Arbeitnehmerereinkommens am Volkseinkommen ist — bezogen auf den einzelnen Beschäftigten — sogar zurückgegangen.

Noch deutlicher tritt der Rückstand in Erscheinung, wenn man der Berechnung statt der Bruttolöhne die Nettolöhne zugrunde legt. Ihr Anteil am Volkseinkommen ist wesentlich stärker gesunken, da ein immer größerer Teil des Steueraufkommens von den Arbeitnehmern aufgebracht wird. Während der Arbeitnehmer 1950 noch 79 Prozent seines Lohnes nach Hause brachte, sind es jetzt nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben im Durchschnitt nicht einmal 70 Prozent.

„Deutsche Post“, Nr. 3, 5. Februar 1975, Seite 11 — Organ der Deutschen Postgewerkschaft.

## Jahr der Unternehmer

Zugegeben, die Vereinten Nationen waren etwas großzügiger in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, um das „Jahr der Frau“ unter die Leute zu bringen. Aber 1975 wird — zumindest was die Bundesrepublik betrifft — zum „Jahr der Unternehmer“ werden. Daran haben Regierung und Parteien, Bundesbank und Presse ihren redlichen Anteil. Ob aus einem solchen Beginn jedoch Gewinn entspringt, der sich in politische Münze für die sozial-liberale Koalition auszahlt, ist zu bezweifeln: „Der Kavalier genießt und geht.“

Über allem steht — CDU-Köppler und FDP-Riemer sagten es unisono — die Maxime, keine andere Wirtschaftsordnung als die soziale Marktwirtschaft sei mit dem Grundgesetz vereinbar. Und dem widerspricht, außer einigen wenigen „Nörglern“ in den Gewerkschaften, kaum noch einer. Das bedeutet aber nichts anderes, die unternehmerische Profitwirtschaft wird zur Richtlinie des politischen Handelns in der Bundesrepublik erhoben. Das bedeutet aber auch — und dafür gibt es Beispiele —, daß alles, was nicht die Billigung der Kreise findet, die sich selbstgefällig „die Wirtschaft“ nennen, in dieser Republik „nicht geht“.



Hier erweist sich die Unvollkommenheit der politischen Demokratie. Sie läßt es zu — auf Eingriffe wird ja so wieso verzichtet —, daß demokratische Willensentscheidungen von der privaten Wirtschaft hintertrieben werden. Eine Minderheit von Kapitalinteressen kann eine politische Mehrheit überwinden...

In der Lohnpolitik haben sich die Gewerkschaften trotz verfassungsrechtlich abgesicherter Tarifautonomie mit Lohnleitlinien herumzuschlagen, die von Sachverständigen und Wirtschaftsinstituten erstellt werden, die dieser Wirtschaftsordnung verpflichtet sind. In den Tarifverhandlungen kommt es dann zu Angeboten — hier machen die Arbeitgeber der Holzwirtschaft keine Ausnahme, wie denn auch —, die einfach lächerlich sind. Aber die Kalkulation der Unternehmer geht auf. Jedes Prozent eingesparter Lohn bedeutet wenigstens 3,5 Milliarden DM mehr in der eigenen Tasche. Und die Maßhaltappelle aus Bonn bringen die Absegnung dieser Praxis.

Das „Jahr der Unternehmer“ wird den Gewerkschaften kaum zur Freude gereichen.

„Holzarbeiter-Zeitung“, Nr. 2, Februar 1975, Seite 3 — Monatszeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

## Echte Parität herstellen!

Soziale Demokratie bedeutet gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die gesetzliche Verwirklichung dieser seit Jahrzehnten erhobenen gewerkschaftlichen Forderung ist daher von entscheidender Bedeutung für den Fortbestand unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Das scheinen alle diejenigen noch immer nicht begriffen zu haben, die mit allen Mitteln und immer neuen Einwänden die Mitbestimmung zu verhindern suchen. Zu diesen Quertreibern hat sich auch der FDP-Generalsekretär Bangemann gesellt, der jetzt plötzlich verlangt, daß die Arbeitnehmervertreter für den Aufsichtsrat durch Urwahl zu wählen sind.

Nun ist Bangemanns Begründung, das bisher vorgesehene Wahlmännerverfahren sei undemokratisch, absurd und ein Selbsttor. Denn er und der gesamte Vorstand seiner Partei sind bekanntlich auch nicht durch eine Ur-

wahl der FDP-Mitglieder, sondern durch die Abstimmung von Delegierten in ihre Ämter gelangt. Die repräsentative Demokratie ist in unserem komplizierten politischen und gesellschaftlichen Leben einfach notwendig und zweckmäßig und stellt selbstverständlich ein demokratisches Verfahren dar.

Es ist auch niemals in der ganzen Praxis der Montanmitbestimmung behauptet worden, daß die Wahl der Arbeitnehmervertreter durch die Betriebsräte etwa undemokratisch wäre. Haben doch die Betriebsräte selbst durch die Urwahl der Belegschaft ihr Amt und ihre Legitimation erhalten. Der Vorstoß des FDP-Generalsekretärs kann also nur als ein Versuch zur Schwächung der gewerkschaftlichen Position oder gar als ein Manöver zur Verhinderung der Mitbestimmung angesehen werden...

Wichtiger als der Wahlmodus ist die Herstellung einer echten Parität zwischen Arbeitnehmer- und Kapitalvertretung im Aufsichtsrat sowie die Ausschaltung der von der FDP gewünschten Sonderprivilegien für die leitenden Angestellten. Das sind nach wie vor Kardinalpunkte, die nicht dadurch verdeckt werden dürfen, daß ein weniger bedeutsames Problem sensationell in den Vordergrund geschoben wird.

Heinz Oskar Vetter in „Welt der Arbeit“, Nr. 5, 31. Januar 1975, Seite 1 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Zynismus der Bosse

Mit ihrem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt haben sich die Vorsitzenden der fünf Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft — und sicherlich nicht nur sie als Person — endgültig demaskiert.

Sie wollen nicht, daß das Berufsgrundbildungsjahr auf die Ausbildungszeit angerechnet wird — wir halten das für unverzichtbar. Sie wollen keine Verbesserung der Ausbildungsordnungen — wir meinen, daß das gerade die notwendige Voraussetzung für eine umfassende Ausbildung und eine größere Mobilität der Arbeitnehmer ist.

Sie wollen nicht mehr überbetriebliche Ausbildungsstätten — wir sind der Meinung, daß nur auf diese Weise, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten, den Jugendlichen die Möglichkeit zur Erlernung eines Berufes geschaffen wird. Sie wehren sich gegen die Errichtung der paritätisch besetzten Ausschüsse und die Einflußnahme der Auszubildenden und ihrer Gewerkschaften auf Inhalt und Programm der Ausbildung — wir sind überzeugt davon, daß nur die Brechung des Monopols der Kammern eine in die Zukunft gerichtete Ausbildung gewährleistet.

Karl Schwab in „Solidarität“, Nr. 1/2, Januar/Februar 1975, Seite 2 — Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit.

# IG-Metall-Angestelltenkonferenz: Gemeinsam mehr erreichen!

Am 20. und 21. Februar 1975 fand in Hamburg die 8. Angestelltenkonferenz der IG Metall statt. Sie stand unter dem Motto: „Gemeinsam mehr erreichen.“ Auf dieser Konferenz wurde von 220 Delegierter Politik behandelt. Es reichte von der beruflichen Bildung über die Tarifpolitik, die Sozialpolitik, die Mitbestimmung bis hin zu den Problemen der Auswirkungen des technischen Fortschritts. Des Weiteren wurde über Fragen der Organisation, der Werbung, der Information sowie über die Zielgruppen gewerkschaftlicher Angestelltenarbeit diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefaßt. (Siehe auch Seite 16.)

In seiner Begrüßungsrede verwies das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Günter Stephan, darauf, daß das Gespenst des Gewerkschaftsstaates beschworen werde, um die Gewerkschaften „mit Schlägen unter die Gürtellinie“ zu diffamieren, sie in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen „und damit gleichzeitig die Voraussetzungen für weitere Disziplinierungsmaßnahmen zu schaffen“.

Breiten Raum nahm die Diskussion über die Berufsbildung ein. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, versuchte mit wenig konkreten Aussagen zu den gewerkschaftlichen Forderungen, wie sie sich in der Entschließung 1, „Reform der Berufsausbildung“, niederschlugen, Sympathien für die sozialliberale Koalition zu gewinnen.

Hans Preiss meinte, daß es den Unternehmern allein um die Verteidigung ihrer politischen Macht gehe. Er sagte: „Wir geben uns keinen Illusionen hin. Solange unser Leben von einem menschenfeindlichen Rentabilitätsdenken geprägt ist, solange wird auch die Ausbildung unter diesem Gesetz stehen.“ Die Unternehmer seien eventuell bereit, die neuesten Erkenntnisse der Elektronik auch im letzten Berufsbild unterzubringen. Sie seien aber nicht bereit, der Mehrheit der Bevölkerung eine breite Bildung zuzugestehen. Diese sei aber unabdingbare Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

In der Diskussion wurde die Bundesregierung kritisiert, daß sie ihren ursprünglichen Vorschlag, eine Bundesanstalt für Berufsbildung zu schaffen, fallenließ. Sie wolle lediglich den Bundesausschuß für Berufsausbildung und den Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung zusammenlegen. Dadurch sei die Mitbestimmung der Gewerkschaften nicht gesichert. Der Westberliner Delegierte

Wagner meinte: „Ob das, was Kollege Rohde vorgetragen hat, noch den Begriff Reform verdient, daran habe ich echten Zweifel.“ Die Straßung der Organisation der beruflichen Bildung sehe nur die Mitwirkung der Gewerkschaften vor. „Die Kammern bleiben als die Kammern der Unternehmer die allein zuständigen Stellen.“

Zum Thema „Angestellte — Betrieb — Gewerkschaft“ stellte Georg Benz fest, daß die wirtschaftliche Machtposition der Unternehmer und ihre skrupellose politische Ausnutzung heute mehr denn je in allen gesellschaftlichen Bereichen ihre für die Arbeiter und Angestellten negativen, ja, bedrohlichen Auswirkungen zeigen. Die Unternehmer handelten rigoros ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung und ohne Rücksicht auf gesamtwirtschaftliche Schäden. Die bisherigen Erfahrungen mit dem BetrVG '72 lehrten, daß die Verteidigung der Rechte der Arbeiter und Angestellten und der soziale Fortschritt nur von Betriebsräten gesichert werden können, „die sich nicht als ‚Harmoniemacher‘, sondern als soziale Gegenspieler begreifen“.

Karl Ludwig Dieckerhoff, der die Rolle und Aufgaben der Vertrauensleute bei den Betriebsratswahlen hervorhob, erklärte: „Wir leben in einem Unternehmerstaat. Sie, die Unternehmer, produzieren Arbeitslosigkeit, verhindern durch erpresserische Aktionen notwendige gesellschaftspolitische Reformen, wie die der beruflichen Bildung und der paritätischen Mitbestimmung.“ Sie würden dabei unterstützt von einflussreichen restaurativen politischen Kräften, an deren Spitze Strauß, Dregger und Springer stünden.

In einer Podiumsdiskussion stellte Rudolf Judith fest, daß der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht akzeptabel sei und ohne grundlegende Verbesserungen auch nicht die

Zustimmung der IG Metall finden könne.

Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, hielt ein Referat, das ein Abgehen von bisher in der IG Metall bewährten Positionen andeutet. Er lobte den Kapitalismus in der Bundesrepublik und erklärte: „Richtig ist, daß die zweieinhalb Jahrzehnte seit Bestehen der Bundesrepublik die größten materiellen und immateriellen Erfolge in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gebracht haben, daß sie Hand in Hand gegangen sind mit einer Entwicklung zum sozialen Fortschritt und zur sozialen Gerechtigkeit, was sich noch unsere Väter kaum hätten träumen lassen... Es soll uns nur niemand kommen und behaupten, wir hätten dem kapitalistischen System nicht schon gewaltige Änderungen aufgezogen, Änderungen, die die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in dieser Ordnung fundamental verbessert haben.“ Loderer meinte, daß die IG Metall „am weitesten Fortbestand von gesellschaftspolitischen Bedingungen interessiert“ sei, „die freie und unabhängige Gewerkschaften verkraften können“.

So nimmt es nicht wunder, daß der IGM-Vorsitzende nicht die geringste Kritik an der Bundesregierung übe und die Arbeitslosigkeit kaum eine, die negativen Ergebnisse der Steuerreform keine Rolle spielten und die großen Konzerne nur am Rande behandelt wurden.

Aus der Tatsache, daß die Schlagkraft der Gewerkschaften in erster Linie im nationalen Rahmen besteht, leitet Loderer ab, daß Mobilisierungsfunktionen nicht auf internationale Gewerkschaftsorganisationen übertragbar seien. Er setzt folglich entgegen, wo ein Ergänzen angezeigt ist. Er beharrt auf der Abgrenzung zum Weltgewerkschaftsbund und will keine Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Gewerkschaften, die dem WGB angehören.

Schuld an der negativen Beschäftigungsentwicklung ist nach Loderer nicht das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Er lastet sie vor allem „dem stabilitätspolitischen Ehrgeiz der Deutschen Bundesbank“ an. Zur Tarifpolitik äußerte er sich nur ganz kurz und meinte, daß die IG Metall aus der Situation „das Bestmögliche gemacht“ habe. Das Ergebnis sei kein berauschender Erfolg auf dem Schlachtfeld der Umverteilung. Die IG Metall habe im Rahmen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung „mit Augenmaß abgewogen“. In der Diskussion wurde die Lohn- und Tarifpolitik kritisch untersucht (siehe Seite 4/5). Heinz Schäfer



# Im Mittelpunkt: Sozialpolitik, 1. Mai, Berufsbildung, Berufsverbote

Die Reihe der DGB-Landesbezirkskonferenzen zur Vorbereitung des 10. ordentlichen DGB-Kongresses (25. bis 31. Mai 1975) wurde im Februar fortgesetzt und abgeschlossen. Auf fast allen Tagungen standen die wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Mittelpunkt der Referate. Übereinstimmend wurde die Unternehmererpressung mit den zurückgehaltenen Ausbildungsplätzen abgelehnt und die Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung verlangt. Der 1. Mai als Kampftag und die Berufsverbote im öffentlichen Dienst waren weitere Diskussionspunkte.

## Baden-Württemberg:

### „Skandal erster Ordnung“

Vom 31. Januar bis 1. Februar 1975 beriet in Karlsruhe die 10. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg die Schwerpunkte gewerkschaftlicher Arbeit für mehr als eine Million Arbeiter, Angestellte und Beamte für die nächsten drei Jahre. Vor den 100 Delegierten wandte sich DGB-Landesbezirksvorsitzender Günter Erlewein gegen die auf der Konferenz von CDU-Ministerpräsident Filbinger geäußerte Absicht, die ausländischen Kollegen abzuschleichen. Er forderte die Durchsetzung der vollen Mitbestimmung. Auch dem Druck der Unternehmer in der Reform der Berufsbildung dürfe nicht nachgegeben werden.

In der Diskussion wandte sich der Delegierte August Zimmermann (IG Metall) gegen die „mageren Aussagen zur Wirtschaftspolitik im Geschäftsbericht“ und erklärte unter dem Beifall der Delegierten: „Müssen die jungen Menschen nicht an dieser Gesellschaftsordnung zweifeln? Ein klärendes Wort zur Funktion und Situation der ‚freien Marktwirtschaft‘ wäre im Geschäftsbericht notwendig gewesen... Diese Gesellschaftsordnung ist krank an Leib und Gliedern!“

In seinem Referat kritisierte der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, die Maßnahmen der Bundesregierung zur Konjunkturbelebung. Die Angriffe der Unternehmer auf die Reform der beruflichen Bildung bezeichnete er als einen „Skandal erster Ordnung“, als „Manöver von Erpressung, wie es selbstentlarvender und rücksichtsloser nicht hätte sein können“.

Zum Abschluß der Konferenz berieten die Delegierten die rund 50 Anträge und Entschlüsse, die vor allem Fragen der Sozialpolitik und der beruflichen Bildung behandelten. Ein Antrag auf Austritt aus der konzentrierten Ak-

tion wurde nur knapp gegen das Votum der IG-Metall-Delegierten abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurden der bisherige Landesbezirksvorsitzende Erlewein und seine beiden Stellvertreter, Max Künstler und Dr. Matthias Manz, wiedergewählt. K.P.

## Nordmark:

### Am 1. Mai demonstrieren

Die 10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Nordmark am 7. und 8. Februar in Damp/Eckernförde stand unter dem Druck extremen Zeitmangels, so daß praktisch keine Diskussion zustande kam. In seinem Geschäftsbericht lobte der wiedergewählte Landesbezirksvorsitzende, Jan Sierks, die im Berichtszeitraum erheblich angestiegene Aktivität der Gewerkschaftsjugend, die es verstanden habe, mit einer Vielzahl von Aktionen ihre Forderungen nachdrücklich in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Wie sehr diese Gewerkschaftsjugendarbeit belebend auf die Gesamtorganisation des DGB in den nördlichen Bundesländern auszustrahlen vermag, zeigte sich auch bei der Antragsberatung. Obgleich die Antragskommission Ablehnung empfohlen hatte, nahmen die Delegierten folgenden Antrag des Landesbezirksjugendausschusses zum 1. Mai an: „Der DGB-Landesbezirksausschuß wird aufgefordert, in den Kreisen des Landesbezirks zum 1. Mai die traditionellen Kampfmethoden – Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel – zu unterstützen.“

Ein weiteres Mal löckten die Delegierten in der Mitbestimmungsfrage wider den Stachel der Empfehlung. Statt der zur Annahme empfohlenen abgeschwächten Neuformulierung verabschiedeten sie die unveränderte Fassung eines Antrags des DGB-Kreises Stormarn, der den „arbeitgeberfreundlichen Gesetzentwurf der Bundesregie-

lung“ ablehnt. In einem 10-Punkte-Katalog wird ein Mitbestimmungsgesetz gefordert, das u. a. auch die „Rechen-schaftspflicht der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat gegenüber den Arbeitnehmern und Betriebsräten des Unternehmens“ vorsieht sowie die „Möglichkeit der Abwahl von Arbeitnehmervertretern“.

Die Konferenz lehnte auch den Regierungsentwurf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz als „unannehmbar“ ab. Andererseits fand ein Antrag nicht die Zustimmung, der die Beendigung der Mitarbeit des DGB in der konzentrierten Aktion forderte.

Der Vertreter des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Martin Heiß, warnte vor weiteren Angriffen auf die Tarifautonomie, die von den Gewerkschaften entschieden verteidigt werde. Die Preistreiberi und jüngsten Aktien-transaktionen der großen Unternehmen hätten wieder einmal die Notwendigkeit der vom DGB geforderten Mitbestimmung für jedermann sichtbar bewiesen.

G.S.

## Bayern:

### Wirksame Kontrolle der Multis

97 ordentliche Delegierte vertraten auf der Landesbezirksdelegiertenkonferenz des bayerischen DGB am 14./15. Februar 1975 in Augsburg die Belange von über einer Million Mitgliedern. Hauptschwerpunkt in Referaten und Anträgen war die wirtschaftliche und soziale Situation in diesem Bundesland. Nach Angaben des wiedergewählten Landesbezirksvorsitzenden Willi Rothe stellt Bayern bei einem Bevölkerungsanteil von 17,4 Prozent 22,9 Prozent aller Arbeitslosen der Bundesrepublik. In Zahlen ausgedrückt gab es in Bayern Ende Januar 263 817 Arbeitslose. Von der Bundes- und Landesregierung verlangte Rothe geeignete Maßnahmen, um der Probleme Herr zu werden.

In seinem mündlichen Geschäftsbericht setzte sich der DGB-Landesbezirksvorsitzende für eine wirksame nationale und internationale Kontrolle der Multis ein. „Waren 1968 noch 6000 Konzerne notwendig, um einen Weltumsatz von einer Billion Dollar zu erzielen, werden es 1984 nur mehr 60 Konzerne sein. Durchschnittlich werden dann mehr als eine Million Arbeitnehmer direkt von den Entscheidungen des jeweiligen Konzernmanagements abhängen. Das macht deutlich, welche wirtschaftliche, gesellschaftliche und letztlich politische Machtverschiebung diese Entwicklung zur Folge hat.“ Diese unkontrollierte Macht stelle eine

wachsende Gefahr „für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Völker dar“.

Anke Fuchs, vom Vorstand der IG Metall, verlangte in ihrer Rede die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Gesellschaft, Beruf und Familie. Sie kritisierte, daß in dem Regierungskuratorium zum Jahr der Frau Hanns Martin Schleyer, Präsident des BDA berufen worden sei. „Eigentlich könnte er beweisen, ob er nur zur Dekoration im Kuratorium sitzt oder etwas für die Arbeitnehmerinnen zu tun bereit ist.“ Anke Fuchs rief Männer und Frauen zum gemeinsamen Handeln auf, „denn Arbeitnehmerinteressen lassen sich nicht aufspalten in männliche und weibliche“.

Die Delegierten hatten über 86 Anträge, Entschlüsse sowie mehrere Initiativanträge zu befassen. Neben Forderungen nach unverfälschter paritätischer Mitbestimmung wurde die Erhöhung des Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeldes verlangt. Einstimmig sprach sich die Konferenz für eine „aktive Tarifpolitik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ aus. „Allen Versuchen, mit Orientierungsdaten oder Lohnleitlinien die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen“, erteilten die Delegierten eine eindeutige Absage.

gim

## Saar:

### Gegen Berufsverbote

170 000 Arbeitnehmer des Saarlandes, das ist fast die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten, sind gewerkschaftlich organisiert. Auf diese Tatsache wies der wiedergewählte Landesbezirksvorsitzende des DGB Saar, Manfred Wagner, auf der 5. DGB-Landesbezirkskonferenz am 22. Februar in Saarbrücken hin. Probleme der Arbeitsplatzsicherung, der paritätischen Mitbestimmung sowie soziale und bildungspolitische Fragen standen im Mittelpunkt der Beratungen. Aber auch zu wichtigen aktuellen politischen Problemen, beispielsweise der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, bezogen die 49 Delegierten klare progressive Positionen.

Aus den mündlichen Geschäftsberichten und den vorgelegten schriftlichen Unterlagen ging hervor, daß im jüngsten Bundesland die wirtschaftliche Rezession bei einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent im Vergleich zu anderen Teilen der BRD die stärksten Auswirkungen hatte. Dies drückt sich auch in der Zahl der Industriebeschäftigten aus, die von 171 000 im Jahr 1971 auf 163 000 im Jahr 1974 zurückging.

Karl Schwab, geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied des DGB, der das

Hauptreferat hielt, behandelte eingehend die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, die im Bereich Rheinland-Pfalz/Saar mit 15,3 Prozent an der Gesamtzahl besonders hoch liegt. In sieben Punkten präzierte er die Forderungen des DGB, um notwendige Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Notwendig sei eine gesetzliche Grundlage, um das Recht einer qualifizierten Berufsausbildung für alle Jugendlichen zu sichern, da die Wirtschaft nicht in der Lage sei, ein ausreichendes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Die 106 Anträge und Entschlüsse, die zur Beschlußfassung vorlagen, sind nicht nur ein Spiegel für die gewerkschaftliche Aktivität auf der unteren Ebene, sie zeigen in ihrer Aufgliederung auch die Fragen auf, die Arbeiter und Angestellte in diesen Monaten bewegen. An der Spitze lagen das Gebiet Bildung/Berufliche Bildung mit 37, die Sozialpolitik mit 17 und Wirtschafts- und Finanzpolitik mit 11 Anträgen. Einstimmig verurteilten die Delegierten die Berufsverbote im öffentlichen Dienst (siehe Seite 14).

Ebenfalls einmütig forderte die Bezirkskonferenz die Bundesregierung auf, der faschistischen Militärjunta in Chile keine wirtschaftliche, politische und moralische Hilfe zu gewähren. Die Delegierten sprachen sich weiter für eine paritätische Mitbestimmung aus. Alle Sonderrechte für einzelne Beschäftigungsgruppen wurden abgelehnt. In einem Antrag an den saarländischen Landtag wurde verlangt, daß ein Verbot der Aussperrung in die Landesverfassung aufgenommen werden soll. In der Aussprache wurde wiederholt herausgestellt, daß nur eine starke kampfbereite Einheitsgewerkschaft in der Lage sei, die aufgestellten Forderungen auch durchzusetzen. W.B.

## Niedersachsen—Bremen

### Für Investitionskontrollen

Mit der Zahl von gegenwärtig weit über einer Million Arbeitslosen werde jedermann deutlich gemacht, daß die Zeiten des gradlinigen, ungebrochenen wirtschaftlichen Aufstiegs endgültig der Vergangenheit angehören, sagte Heinz Oskar Vetter auf der 10. DGB-Landesbezirkskonferenz Niedersachsen - Bremen in Bremen. Er warnte davor, die Arbeitslosigkeit als ein Mittel der Preispolitik oder als Instrument im Kampf der politischen Parteien um die Gunst der Wähler zu benutzen. Das sei besonders denjenigen „ins Gebetbuch geschrieben“, die Lohn- oder Gewerkschaftskontrollen in dieser Situation wieder einmal für wichtiger hielten.

Vor den 79 Delegierten und Gastdelegierten, die rund 880 000 Mitglieder in Niedersachsen - Bremen vertraten, hob

der wiedergewählte DGB-Landesbezirksvorsitzende Georg Drescher hervor, daß das Land mit seinen unterstrukturierten und einseitig strukturierten Gebieten im Nordwesten und entlang der Grenze zur DDR sich die besorgniserregende Arbeitsmarktsituation und Beschäftigungslage weiter verschärft habe. Im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen - Bremen gab es Ende 1974 162 141 Arbeitslose; die Jugendlichen unter 20 Jahren sind mit 13 688 Arbeitslosen an dieser Zahl beteiligt.

Der Konferenz lagen 41 Anträge und 7 Entschlüsse zur Beschlußfassung vor. Mit einem von den Delegierten akzeptierten wirtschaftspolitischen Schwerpunktprogramm, dem Ostfrieslandprogramm, will der DGB gezielt in die wirtschafts- und strukturpolitische Diskussion eingreifen. Die Delegierten fordern u. a., den Einfluß der multinationalen Unternehmen und Konzerne zurückzudrängen; daß „Fusionskontrollen gesetzlich vorgeschrieben werden“ und daß Investitionskontrollen gesetzlich verankert werden. Entschieden sprachen sich die Delegierten gegen Spaltungsversuche des CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Katzer aus (siehe Seite 14).

## FDGB-Delegationen

Bei der Aufnahme von Beziehungen zwischen den Gewerkschaften des FDGB und des DGB sind weitere Fortschritte zu verzeichnen. Schon im vergangenen Jahr waren auf Einladung der jeweiligen DDR-Gewerkschaft Spitzenorganisationen von mehreren Hauptvorständen zu Gast in der DDR. Nachdem im Herbst 1974 die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff Delegationen aus der DDR zu einem Gegenbesuch empfangen hatten, wollten im Februar Delegationen der Zentralvorstände der IG Chemie, Glas und Keramik (siehe Seite 3) und der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft in der Bundesrepublik.

Dem Vernehmen nach erwarten der Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Ende März und der Vorstand der IG Metall Anfang April Gegenbesuche der entsprechenden Gewerkschaften aus der DDR. Wie aus Kreisen der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt am Main zu erfahren war, soll die vom Vorsitzenden der IG Metall in der DDR, Reinhard Sommer, geleitete Delegation Stuttgart, München, Dortmund und Frankfurt/M. besuchen. FP.

## 9. DGB-Beamtentag Streikrecht nicht vorenthalten!

Am 20. und 21. Februar 1975 fand in Mainz der 9. DGB-Beamtentag statt. 380 Delegierte vertraten die mehr als 675 000 in den DGB-Gewerkschaften organisierten Beamten. Im Mittelpunkt standen Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung. Mit Nachdruck wies die Konferenz die Diffamierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück. Bundesminister Maihofer erntete von den Delegierten Buhrufe, als er sich in seiner Begrüßungsrede gegen das Streikrecht für Beamte aussprach.

DGB-Vorsitzender Vetter prangerte besonders die Erpressung der Unternehmer mit den zurückgehaltenen Ausbildungsplätzen an. Wer seine wirtschaftliche Macht „und noch dazu so aggressiv“ zur Nötigung einsetze, der treibe ein gefährliches Spiel und „muß mit dem entschlossenen Widerstand der Gewerkschaften rechnen“. Manches von dem, was sich heute abspiele, erinnere fatal an längst überwunden geglaubte Zeiten. „In dieselbe Richtung weist auch die blinde Verteufelung der Gewerkschaften.“

„Die Mitbestimmung“, so Vetter, „wird als Weg in den Gewerkschaftsstaat und zur Funktionärsherrschaft gebrandmarkt. Es ist schon paradox, daß ausgerechnet diejenigen solche absurden Vorwürfe erheben, die zur Zeit in einer hochkonzentrierten Wirtschaft das Sagen haben.“ Er stellte die Frage: „Sind etwa die Flicks, Quandts, Gerlings oder die Deutsche Bank die Garanten der freien Marktwirtschaft?“

In scharfer Form wandte sich der DGB-Vorsitzende gegen die Diskriminierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Die Angriffe würden sich besonders bei jeder Lohn- und Gehaltsrunde verschärfen. „Ich habe einfach kein Verständnis dafür, wenn Journalisten und selbst uns nahe stehende Politiker auf gewerkschaftliche Gehaltsforderungen mit dem Argument reagieren: „Dann könnten wir eben weniger Kindergärten bauen.“ Dies alles geschehe nur mit dem Ziel, die soziale Entwicklung zu bremsen und die im Grundgesetz verankerten Rechte der Arbeiter und Angestellten einzuschränken. Im Zusammenhang mit dem Steuergeschenk an Flick erklärte der DGB-Vorsitzende wörtlich: „Dem Vernehmen nach soll bereits die Vorentscheidung darüber gefallen sein, daß den Flick-Erben anlässlich des Verkaufs des Mercedes-Pakets ein Steuergeschenk von 1,2 Milliarden gemacht wird... wenn so etwas möglich ist, so soll man endlich damit aufhören, Ver-

besserungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen soziale Reformen auszuspielen.“

In der Diskussion übten Delegierte Kritik an den im Bundestag vertretenen Parteien. Vor Wahlen und auf Gewerkschaftskongressen würden massenhaft leere Versprechungen gemacht, während die politische Praxis durch die Ablehnung berechtigter gewerkschaftlicher Forderungen gekennzeichnet sei. Als Beispiele dafür wurden die Mitbestimmung und die Gehaltsforderungen der Beamten genannt. Mehrere Diskussionsredner forderten die Durchsetzung des vollen Streikrechts auch für Beamte.

Die Delegierten erörterten in drei Arbeitsgemeinschaften die Probleme des öffentlichen Dienstes. Nachdrücklich wiesen sie die Vorschläge der Unternehmer zurück, den öffentlichen Dienst nach „privatrechtlichen Prinzipien“ zu führen. Das aber würde zu einem weiteren Abbau sozialer Leistungen führen. Auch Fragen der Bildung, die wachsende Zahl der arbeitslosen Lehrer und die Jugendarbeitslosigkeit wurden von mehreren Diskussionsrednern angesprochen. Unter Beifall verlangte Christine Saurer von der Postgewerkschaft vom DGB, die von der Postgewerkschaft eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung zu unterstützen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung protestierte der Beamtentag gegen die Behinderung durch die Polizei anlässlich der von der GEW initiierten Urabstimmung der Lehrer in Westberlin. Wörtlich heißt es: „Der Einsatz von Polizei in Zivil- und Dienstkleidung während der Urabstimmung ist zu verurteilen.“ Die Konferenz bekräftigte erneut ihre Forderungen nach Vereinheitlichung des Dienst- und Besoldungsrechtes. Das Streikrecht müsse auch für Beamte durchgesetzt werden. G. M.

## 20000 Behinderte ohne Arbeit

Mit dem zum 1. Mai 1974 in Kraft getretenen neuen Schwerbehindertengesetz und dem seit dem 1. Oktober des vergangenen Jahres geltenden Rehabilitations-Angleichungsgesetz wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Eingliederung der Schwerbehinderten, vor allem auch der zivilen Behinderten, in Arbeit und Gesellschaft verbessert. Kernstück der Rehabilitation Behindelter ist die Schaffung und Sicherung eines angemessenen, sicheren Arbeitsplatzes. Gerade das aber ist unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer allgemeinen und zyklischen Krisenerscheinungen auch mit den besten Gesetzen nicht „machbar“.

Der in dem neuen Schwerbehinderten-gesetz verbesserte Kündigungsschutz hat nicht verhindert, daß die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten vom 31. Januar 1974 bis zum 31. Januar 1975 von 10 108 auf 20 067 gestiegen ist, sich also fast verdoppelt hat. Das Schwerbehindertengesetz verpflichtet zwar alle Unternehmungen und öffentlichen Dienststellen zur Beschäftigung von Schwerbehinderten. Aber nach wie vor gibt es vor allem Großunternehmen, die monatlich lieber 100 DM Ausgleichs-abgabe für jeden nichtbesetzten Pflichtplatz bezahlen, als ihre Beschäftigungspflicht zu erfüllen, weil das ihren Profit schmälern könnte.

Geradezu katastrophal sieht es mit den Ausbildungsmöglichkeiten für schwerbehinderte Jugendliche aus. Die erpresserische Einschränkung der Ausbildungsplätze durch die Unternehmer hat diese Situation noch verschärft. Nach den Feststellungen des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behindelter und Sozialrentner (VdK) konnten rund 80 Prozent der schwerbehinderten Jugendlichen beruflich nicht ausgebildet werden!

Was für alle Arbeiter und Angestellten gilt, gilt für Schwerbehinderte erst recht: Ungelernte verlieren in einer Krise zuerst ihren Arbeitsplatz. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten (20 000) mag angesichts der Gesamtzahl von zwei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern Ende Januar 1975 gering erscheinen. Doch auch in früheren Krisen hat sich gezeigt, daß Schwerbehinderte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, in der Regel länger arbeitslos blieben als Nichtbehinderte. Oft sind sie nicht so „mobil“. Schwerbehinderte im vorgeschrittenen Alter können nach einer Entlassung vielfach überhaupt nicht mehr mit einem neuen Arbeitsplatz rechnen. ppe

## Tausende Jugendliche aus der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen

Interview mit Jochen Richert, stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender

Die Jugendarbeitslosigkeit hat gravierende Ausmaße angenommen. Zahlreiche Jugendliche finden keine Ausbildungsstelle. Sie werden direkt von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit entlassen. Mit umfangreichen Aktionen will nun die hessische DGB-Jugend auf die Situation aufmerksam machen und Abhilfe verlangen. Zu dem brennenden Problem der Jugendarbeitslosigkeit stellte NACHRICHTEN-vorsitzenden des hessischen DGB einige Fragen. Nachfolgend das Interview im Wortlaut.

**NACHRICHTEN:** Tausende Jugendliche werden gegenwärtig von der allgemeinbildenden Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen. Sie finden weder einen Ausbildungsplatz noch eine Arbeitsstelle. Worauf ist die Lehrstellenverknappung und die Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen?

**Jochen Richert:** Die Vorknappung der Ausbildungsstellen ist regional sehr unterschiedlich und weist in einigen Betrieben einen Rückgang von 20 und mehr Prozent auf. Dieser Rückgang wird insbesondere durch die Ballungsgebiete in Hessen wieder kompensiert. Am härtesten von der Ausbildungsstellenverknappung werden strukturschwache und einseitig orientierte Regionen betroffen. Durch die stärkere Konzentrierung der Ausbildung in vielen Großbetrieben auf die Ballungsgebiete finden Jugendliche nicht mehr den von ihnen gewünschten Ausbildungsplatz.

Durch neue Ausbildungsordnungen sind die Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe gewachsen. Viele Betriebe sind nicht mehr bereit, neue Investitionen im Bereich der Berufsausbildung vorzunehmen. Um die Ausbildungsziele zu erreichen, wird es notwendig sein, mehr Zeit den Auszubildenden zu widmen. Dies bedeutet, daß Kleinbetriebe nicht mehr in der Lage sind, den Anforderungen zu genügen. Gleichzeitig drängen Abiturienten in Ausbildungsberufe, die früher Jugendlichen mit einem mittleren Bildungsabschluß vorbehalten waren. Diese Jugendlichen verdrängen wiederum Hauptschüler aus den vorhandenen Ausbildungsplätzen.

Die Wirtschaft paßt sich hier dem Angebot an und erleichtert sich durch diesen Verdrängungseffekt ihre Ausbildung durch den höheren Allgemeinbildungsstand dieser Jugendlichen. Gleichzeitig kann hier das Engagement des einzelnen Ausbildungsbetriebes reduziert werden. Die am schlimmsten Betroffenen sind dann jugendliche Hauptschüler und Jugendliche ohne

Hauptschulabschluß. Für sie bleibt selbst bei bestem Willen nur noch das Ausweichen auf Ausbildungsberufe, die ihnen nur noch sehr wenige Wahlmöglichkeiten bieten.

Die bewußte und gezielte Kampagne der Unternehmer und ihrer Verbände über das tatsächliche Ausbildungsangebot wird genutzt, gesetzliche Änderungen im Bereich der beruflichen Bildung zu unterlaufen und die Jugendlichen und ihre Eltern bewußt zu verunsichern, um zu erreichen, daß berechnete Forderungen der Jugendlichen auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz, auf den Jugendarbeitsschutz von ihnen selber im Interesse der Möglichkeiten einer Ausbildung nicht mehr gestellt werden. Die Schutzgesetze für die arbeitende Jugend werden hier zum Nachteil gegen sie ausgelegt.

Verlängerte Berufsschulzeit, Arbeitszeitbegrenzung durch das Jugendarbeitsschutz-Gesetz und verbesserte Einstufungen im Tarifvertrag führen dazu, daß Betriebe bei strenger Kalkulation andere Arbeitnehmer den Jugendlichen vorziehen und so der Jugend verstärkt die Arbeitslosigkeit droht. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen ist in den strukturschwachen Gebieten besonders hoch, hier spiegelt sich die Tatsache wider, daß es in Großstädten mehr Möglichkeiten für weiterführende Schulen gibt.

**NACHRICHTEN:** Welche Sofortmaßnahmen verlangt der DGB Hessen, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen?

**Jochen Richert:** Der DGB sieht kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen. Kurzfristige Maßnahmen wären: Vorhandene Ausbildungskapazitäten nutzen, hier insbesondere bei Bahn und Post, und weiterhin müßten Ausbildungsbetriebe, die nicht voll die Anforderungen der Ausbildungsordnung erfüllen können, durch gezielte überbetriebliche Maßnahmen in die Lage

gesetzt werden, wieder ihre Ausbildung voll zu erfüllen. Wege der Kooperation sind hier noch völlig ungenutzt. Dabei könnten Auszubildende verschiedener Betriebe untereinander für Einzelphasen der Ausbildung ausgetauscht werden. Die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres kann erheblich zur Verbesserung der Situation beitragen. Weiterhin sollen Förderkurse zur Erreichung des Hauptschulabschlusses und der Berufsreife verstärkt angeboten werden.

Mittelfristige Maßnahmen wären: Die generelle Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in der Schule als erstes Jahr der Berufsausbildung; die Erweiterung des Angebotes der Berufsschule und die Abstimmung der Lehrpläne mit den Ausbildungsordnungen; die Errichtung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten zur Unterstützung der Berufsbildung im Betrieb und zur Schaffung von Alternativangeboten, insbesondere in wirtschaftlich schwachen Räumen zur Vermittlung der Fachstufe nach dem Berufsgrundbildungsjahr.

**NACHRICHTEN:** Mehrfach hat der DGB erklärt, daß mit dem Berufsbildungsgesetz von 1969 die entscheidenden Mängel der beruflichen Bildung nach wie vor bestehen. Der DGB verlangt vom Bundestag ein neues Berufsbildungsgesetz. Welches sind die Kernforderungen des DGB Hessen an dieses Gesetz?

**Jochen Richert:** Der DGB geht davon aus, daß ohne eine Lösung der Finanzierung der außerschulischen Berufsbildung ein neues Berufsbildungsgesetz nicht die Wirkung haben kann, die wir erwarten. Durch die Zahlung einer Umlage von allen Betrieben und Verwaltungen in einen Fonds könnte die Grundlage zur Verbesserung der Berufsbildung und zur Schaffung von Alternativangeboten im Falle eines nicht ausreichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen geschaffen werden.

Weiterhin müßte die Organisation in Form einer Selbstverwaltung durchgegliedert von der Bundes- über die Landes-, bis auf die Regionsebene geschaffen werden. Nur in einer so geschaffenen Selbstverwaltung sehen wir die Möglichkeit, daß sachliche und fachliche Kompetenzen und die Mitwirkung der Arbeitnehmer gesichert werden können. In allen Einrichtungen, die der beruflichen Bildung dienen, muß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer gesichert sein. Dies gilt in gleicher Weise für überbetriebliche Ausbildungsstätten ohne Rücksicht auf den Träger. Ein neues Berufsbildungsgesetz muß die jetzt ausgeklammerten Bereiche der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst miteinbeziehen. Gleichzeitig müßte durch die Schaffung von Landes- und Bundesstatistiken eine Übersicht über den Bedarf an Ausbildungsplätzen geschaffen werden, um rechtzeitig Ausbil-



## Verleger bestimmen, was in Zeitungen steht

Es war ihm sichtlich unangenehm, daß das Thema, um das er sich gerne herumgedrückt hätte, doch noch zur Sprache kam — das Problem der „inneren Pressefreiheit“. Gemeint ist der Verleger der „Neuen Wetzlarer Zeitung“ (WNZ), Elfinger, der am 22. Januar 1975 als Beklagter in der Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht in Frankfurt/Main stand. Der Kläger Erwin Güdinger, durch einen Rechtsschutz-Sekretär des hessischen DGB vertreten, will vom Arbeitsgericht feststellen lassen, daß die Kündigung des Verlegers ungültig ist.

Güdinger war am 9. Oktober 1973 fristlos entlassen worden. Als Begründung gab der Verleger damals eine „Arbeitsverweigerung“ an. Sie bestand darin, daß 14 Tage vor dieser Kündigung die gesamte aus sieben Redakteuren bestehende Dillkreis-Redaktion der „Neuen Wetzlarer Zeitung“ für mehrere Stunden die Arbeit niederlegte, um zu verhindern, daß der Chefredakteur der WNZ eine bereits fertig gesetzte und umbrochene Seite aus der Zeitung rauszensierte. Diese Seite enthielt Informationen über die militärischen Sprengkammern, die im Dillkreis angelegt worden sind.

Die gesamte Redaktion vertrat damals die Meinung, die Bevölkerung hätte ein

dungswünsche und Ausbildungsmöglichkeiten aufeinander abzustimmen.

**NACHRICHTEN:** Gegen die Forderung des DGB haben vor allem die Unternehmerverbände erhebliche Einwände. Sind vom DGB Hessen, insbesondere von der Gewerkschaftsjugend, Aktionen geplant oder schon angelaufen, um die gewerkschaftlichen Zielvorstellungen gegen Lehrstellenverknappung für die Reform der beruflichen Bildung durchzusetzen?

**Jochen Richert:** Der DGB wird in der nächsten Zeit gezielte Maßnahmen zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Reform der beruflichen Bildung durchführen. Es ist notwendig, daß die Öffentlichkeit in Kenntnis gesetzt wird, daß die jetzt anstehenden Probleme nicht durch Einzelmaßnahmen grundsätzlich geändert werden können. Nur die Schaffung eines neuen Berufsbildungsgesetzes und alle damit verbundenen Neuregelungen können den Jugendlichen ein Recht auf Bildung und Ausbildung sichern. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden gemeinsam diese Aktionen tragen, dabei wird die Gewerkschaftsjugend aktiv beteiligt sein.

Recht, über diese Sprengkammern informiert zu werden. Erst nachdem der Verleger die Zusage gemacht hatte, über die Veröffentlichung sollte die Redaktionskonferenz entscheiden, und nachdem der geschäftsführende Redakteur der Dill-Redaktion versichert hatte, daß aus der Arbeitsniederlegung keine Konsequenzen gezogen würden, nahm die Redaktion ihre Arbeit wieder auf. Zwei Wochen später erfolgte die fristlose Kündigung Güdingers, die dann am 8. November 1973 in eine fristgemäße Kündigung umgewandelt worden ist. Zu diesem Zeitpunkt aber war dann von einer Arbeitsniederlegung als Kündigungsgrund nicht mehr die Rede; der Verleger gab „journalistische Gründe“ an.

Um die schlechte journalistische Arbeitsweise zu „beweisen“, legte der Anwalt des Verlegers bei der Verhandlung am 22. Januar zwei willkürlich ausgesuchte Arbeiten Güdingers vor. Es handelte sich um je eine Stellungnahme eines SPD- und eines DKP-Sprechers, die der Redakteur angeblich „journalistisch nicht bearbeitet“ hatte, wie das doch eigentlich üblich sei. Daß es durchaus üblich ist, Stellungnahmen von Parteien in der Zeitung wörtlich wiederzugeben, wenn sie im Vorspann als solche gekennzeichnet sind, dürfte bestimmt auch dem Verlegeranwalt bekannt sein.

Etwas anderes wird bei diesem Prozeß wiederum deutlich, wenn man die Hintergründe genau betrachtet: Noch immer bestimmen in diesem Land die Verleger, was in den Zeitungen steht und welche Berichte in den Papierkorb wandern, ohne gedruckt zu werden. Diesen Zustand kann man nur dadurch ändern, daß man die Redaktionen endlich unabhängig macht von den Interessen der Verleger und der großen Anzeigenkunden. Sei es nun durch die Änderung der bestehenden Pressegesetze oder durch Abschluß von Tarifverträgen. Nur so kann gewährleistet werden, daß aus dem Verlegerprivileg der Presse- und Informationsfreiheit ein wirkliches Grundrecht für die Mehrheit der Bevölkerung wird. Otto Schloß

## Stabile Preise

Wenn wir in die Zeitungen schauen, wird behauptet, die Weltmarktpreise steigen, und deshalb müsse man z. B. für Waren des täglichen Bedarfs mehr bezahlen. Das sei überall so.

Ist es wirklich überall so? Nehmen wir die DDR. Dort sind die Einzelhandelspreise für Nahrungsgüter und Industriewaren, die Mieten, Verkehrstarife und Dienstleistungspreise stabil und sie bleiben es. Wirken sich dort die gestiegenen Weltmarktpreise etwa nicht aus? Natürlich gehen die steigenden Preise, besonders für Roh- und Brennstoffe, auch an der Volkswirtschaft der DDR, die bekanntlich ein rohstoffarmes Land ist, nicht spurlos vorüber.

Neben ihren festen Bindungen an das sozialistische Wirtschaftssystem unterhält die DDR sich ständig erweiternde Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern. Bei den Rohstoffeinkäufen aus den nichtsozialistischen Ländern wird die DDR unmittelbar mit dem dort vorhandenen starken Preisauftrieb konfrontiert. So stiegen beispielsweise die Durchschnittspreise je Tonne bei Erdöl von 36 Valuta-Mark im Jahre 1972 auf 192 Valuta-Mark im Jahre 1974. Bei Getreide erhöhte sich der durchschnittliche Preis je Tonne im gleichen Zeitraum von 131 auf 317 Valuta-Mark, bei Kakaobohnen von 1702 auf 3857 Valuta-Mark.

Die gestiegenen Preise auf den Weltmärkten haben Auswirkungen auf die Industriepreise, das heißt auf jene Preise, die zwischen den Betrieben bei der Bezahlung von Materialien und Zulieferungen gelten. Aber die DDR wälzt diese erhöhten Preise nicht auf die Verbraucher ab. Durch die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit werden die Auswirkungen der steigenden Weltmarktpreise auf die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR so gering wie möglich gehalten.

Hinzu kommt die enge Kooperation zwischen den sozialistischen Ländern. Sie garantiert langfristige Stabilität in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Darüber hinaus werden durch erhöhte staatliche Subventionen die gestiegenen Weltmarktpreise aufgefangen und jährlich aus dem Staatshaushalt der DDR mehr als 10 Milliarden Mark aufgewendet, um die niedrigen Verbraucherpreise zu stützen. So nimmt beispielsweise jeder DDR-Bürger beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln für 100 Mark rund 25 Mark staatliche Zuwendungen in Anspruch. Mehr als zwei Milliarden Mark werden jährlich aus dem Staatshaushalt bereitgestellt, um die niedrigen Mieten beizubehalten. H.K.

## Kritische Anmerkungen zum „Internationalen Jahr der Frau“

Das „Internationale Jahr der Frau“ ist nun gerade ein paar Wochen alt. Schaut man sich im Lande um, kommt man nicht umhin, ein dumpfes Unbehagen zu spüren. Damit sollen keine frühzeitigen finsternen Prognosen getroffen werden. Die Erfahrungen aber sollten Anlaß sein, wie im Nebel kurz anzuhalten, um in den kommenden Monaten nicht die Orientierung zu verlieren, kurz, um auf dem richtigen Weg realistisch gesteckte Ziele zu erreichen.

Da gab es eine „repräsentative“ Großveranstaltung in der Bonner Beethovenhalle, auf der von einigen Prominenten eine Menge über die Frauen ausgesagt worden ist. Daß wir das alles schon wußten, lag nicht alleine an denen, die es sagten, es zeigte uns aber wieder einmal, wie lange es dauert, bis in den nun wirklich nicht neuen Forderungen nach Gleichberechtigung auch spürbare Veränderungen durchgesetzt werden. Und so blieben auch die Aussagen weitgehend in der Analyse stecken; bei der Ankündigung von Aktivitäten und wirksamen gesetzgeberischen Maßnahmen wurde es mehr als dünn. Und übrigens: Wie wäre es gewesen, wenn man eine Gewerkschafterin, eine Arbeiterin und eine Angestellte aus Fabrik und Büro oder eine Krankenschwester, eine Verkäuferin oder eine Betriebsrätin oder eine alleinstehende Mutter oder eine Hausfrau über ihre Erfahrungen hätte berichten lassen?

Entdeckt wurde überraschend der Deutsche Frauenrat, der offiziell mit der Vorbereitung von Maßnahmen beauftragt worden ist. Die Bundesregierung von 1969 hielt zwar den Deutschen Frauenrat „mit rund sechs Millionen Mitgliedern... neben den Gewerkschaften für die stärkste organisierte Macht in der Bundesrepublik“ und begründete diese „Macht“ wohl auf die annähernd dreißig Bundesorganisationen, die Mitglied in diesem Rat sind (u. a. DGB, DAG, Arbeitsgemeinschaft katholischer deutscher Frauen, Ärztinnenbund, Akademikerinnenbund, Hausfrauenbund, Landfrauenbund, Juristinnenbund usw.). Sechs Millionen Mitglieder — das sind Frauen, die bisher von der Arbeit des hohen Rates nichts hörten, außer einem Informationsdienst an einige Funktionärinnen, in dem fein säuberlich Gesetze aufgeführt und manchmal kommentiert werden.

Und da gibt es ein von Ministerin Katharina Focke einberufenes Kuratorium zum „Internationalen Jahr der Frau“. Niemand wird bestreiten, daß guter Wille und gute Absicht zur Gründung eines solchen Gremiums anregte, in dem „alle gesellschaftlich relevanten Gruppen“ vertreten sind. Allerdings die Zusammensetzung gibt Anlaß zu berechtigter Kritik. So muß doch die Fra-

ge erlaubt sein, was vom Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Dr. Hanns Martin Schleyer, an Anträgen und Vorschlägen erwartet wird. Er wird doch nicht etwa die sofortige Abschaffung der Leihlohngruppen, der Lohndiskriminierungen der Frauen in den Betrieben überhaupt oder eine Verbesserung der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen im Akkord und am Fließband fordern?

Welche Vorschläge zur Realisierung des Artikels 3 Grundgesetz mögen wohl vom Bauernpräsidenten, Freiherrn von Heereman, eingebracht werden? Oder — kann man vom engagierten Wortführer gegen jede Liberalisierung des § 218 StGB, dem katholischen Bischof Tenhumberg, erwarten, daß er seine Meinung ändert und in diesem Jahr eintritt für die jährlich rund hunderttausend Mädchen und Frauen, die in diesem Lande unter erbärmlichsten Umständen einen noch immer verbotenen Eingriff über sich ergehen lassen müssen, voller Angst und zu Preisen, die sie meist nicht bezahlen können?

Natürlich sitzen in diesem Kuratorium auch noch andere: Vertreterinnen der Parteien, Gewerkschaften (sie wirken wie eine ganze kleine Minderheit), der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, der ZDF-Intendant Holzamer, ein Vertreter des Zentralrates der Juden, eine Vertreterin der radikalen Feministinnen usw. Da als nächster Tagungstermin der Monat Juni (!) 1975 anvisiert worden ist, darf man wirklich gespannt sein, ob man in einem solchen Gremium des politischen Pluralismus zu Anträgen, gemeinsamen Beschlüssen und wirksamen Aktionen kommen wird...

Gewerkschafterinnen stehen gemeinsam mit ihren Kollegen Tag für Tag und Jahr für Jahr in der Auseinandersetzung, um für die Kolleginnen eine Verbesserung ihrer Situation durchzudrücken, denn noch kein Stück des sozialen Fortschritts ist wie ein Geschenk vom Himmel gefallen, alles haben wir gemeinsam erkämpfen müssen. So werden wir auch in diesem Jahr im Geiste des Aufrufs der Vereinten Nationen unseren wohlverstandenen Beitrag dazu leisten:

Wenn wir — wie bisher und noch mehr — zu den Kolleginnen und Kollegen in die Betriebe gehen, um in den Betriebsversammlungen mit ihnen zu diskutieren;

wenn wir — wie bisher und noch mehr — die überbetrieblichen gewerkschaftlichen Veranstaltungen so anlegen, daß die Kolleginnen weitgehend selbst zu Wort kommen;

wenn wir — wie bisher und noch mehr — mit ihnen über ihre Rechte in Betrieb und Gesellschaft und die Möglichkeiten der Durchsetzung weiterer Rechte in all unseren Schulungsveranstaltungen reden und ihnen somit als Betriebsrätinnen, als gewerkschaftliche Vertrauensleute, als engagierte Gewerkschafterinnen den Rücken stärken, dann sind gute Voraussetzungen geschaffen, damit sie selbstbewußt für ihre Interessen und damit gegen die Diskriminierungen eintreten können.

Oder sind es etwa keine Diskriminierungen:

— Wenn die Kolleginnen fast ausschließlich in den unteren Lohngruppen zu finden sind?

— Wenn ihre bildungsmäßigen Voraussetzungen ihrer heutigen wirtschaftlichen Bedeutung bedenklich hinterherhinken?

— Wenn heute ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit entschieden höher ist als der der Männer?

— Wenn in den Betrieben laufend schamlos gegen die erkämpften Rechte des Frauenarbeitsschutzes verstoßen wird?

— Wenn ihre Gesundheit bei Akkord- und Prämienentlohnung frühzeitig verschlissen wird?

— Wenn sie eine Altersversorgung erhalten, die durchschnittlich um fast die Hälfte weniger ist als die der Kollegen?

— Wenn sie, selbst bei gleicher Ausbildung, weit weniger Aufstiegschancen im Beruf haben?

— Wenn die Mehrzahl der erwerbstätigen Mütter nicht weiß, wie und wo sie ihre Kinder unterbringen können?

— Wenn sie nach einem vollen Arbeitstag im Beruf noch neunhundertneunundneunzig Pflichten in Familie und Haushalt zu erledigen haben?

Und rufen die Vereinten Nationen nicht mit Fuß und Recht auch die Frauen auf, über die Grenzen des Landes hinauszusehen, um sich für mehr Menschlichkeit, für mehr Frieden auf dieser Welt einzusetzen? So kann man es halten mit Erich Kästner, der einmal sagte: Es ist schon so: Die Fragen sind es, aus denen das, was bleibt, entsteht. Denkt an die Frage jenes Kindes: „Was tut der Wind, wenn er nicht weht?“ (Gekürzt aus „Druck und Papier“.)

Gisela Kessler

## Enttäuschung über Kindergeld Teilweise echte Verschlechterung

Große Enttäuschung hat es in den ersten Monaten dieses Jahres bei Arbeitern und Angestellten nicht nur über die realen Auswirkungen der „Steuerreform“, sondern auch über die damit verbundene Kindergeldreform gegeben. Was regierungsamtlich so uneingeschränkt als großer sozialer Fortschritt angepriesen wird, sieht in der Praxis für eine große Zahl der Arbeiter und Angestellten und vor allem für einen Teil der ausländischen Kollegen sehr viel ungünstiger aus. Er hat teilweise zu einer echten Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation geführt.

Mit der Kindergeldreform wurde einer Grundsatzforderung des DGB entsprochen: Kindergeld wird jetzt auch in der Bundesrepublik ab dem ersten Kind gezahlt. Die neuen Sätze, 50 DM für das erste Kind, 70 DM für das zweite Kind und 120 DM für das dritte und jedes weitere Kind, sind jedoch, vor allem für das erste und zweite Kind, unzureichend. Bereits 1963 hat der DGB ein Kindergeld von 40 DM und 50 DM für das erste und zweite Kind gefordert. Aber in den zwölf Jahren, seit die Gewerkschaften diese Forderung formulierten, sind die Lebenshaltungskosten gerade für Kinder enorm gestiegen! Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfamilienministerium hat schon 1970 den Mindestbedarf für ein Kind mit 140 DM ermittelt.

Zwar sind die ab Januar geltenden neuen Kindergeldsätze wesentlich höher als die Kindergeldbeträge, die bis dahin gezahlt wurden (25 DM für das zweite, 60 DM für das dritte und vierte Kind und 70 DM für das fünfte und die weiteren Kinder (für das erste Kind gab es kein Kindergeld bis Januar 1975), aber das Kindergeld ist vorher, seit Inkrafttreten des Bundeskindergeldgesetzes im Jahre 1964, bis auf eine zweimalige Aufstockung des Drittkindergeldes um je zehn DM und mehrmaliger Heraufsetzung der Einkommensgrenzen für das Zweitkindergeld nicht verbessert worden.

Ab Januar dieses Jahres sind mit dem Inkrafttreten des neuen Kindergeldrechtes auch die bisherigen Kinderfreibeträge bei der Lohn- und Einkommenssteuer weggefallen. Auch das entspricht einer Forderung des DGB, da die Steuerfreibeträge vor allem die Großverdiener begünstigten, während Arbeiter und Angestellte mit geringem Verdienst durch die Steuerfreibeträge nur minimal oder überhaupt nicht begünstigt wurden. Durch den völligen Wegfall der Steuerfreibeträge für Kinder wird aber trotzdem der finanzielle Effekt der Kindergeldreform auch für die vielen Arbeiter und Angestellten spürbar gemindert. Das trifft vor allem

dann zu, wenn beide Elternteile arbeiten und beide durch die Kinderfreibeträge bisher beim Steuerabzug begünstigt waren.

Besonders hart wirkt sich der völlige Wegfall der Steuerfreibeträge für Kinder bei beiden Elternteilen dann aus, wenn die Eltern getrennt leben, geschieden sind oder es sich um Eltern von unehelichen Kindern handelt. Das Kindergeld wird dann in der Regel an den Elternteil gezahlt, bei dem die Kinder wohnen und der das Sorgerecht für die Kinder hat. Auch wenn der andere Elternteil voll den finanziellen Aufwand für den Unterhalt der Kinder leistet, erhält er dafür jetzt keinerlei staatliche Hilfe und Vergünstigung mehr. Der Steuerfreibetrag ist weg, Kindergeld erhält dieser Elternteil nicht. Eine echte Verschlechterung!

Ein besonders unsoziales Kapitel der Kindergeldreform aber ist die Schlechterstellung eines Teiles der ausländischen Arbeiter. Es gibt keine sachliche und schon gar soziale Begründung dafür, daß jetzt Arbeiter aus Staaten, die nicht der EG angehören, schlechtergestellt werden als ihre Kollegen aus den EG-Ländern und der Bundesrepublik und für ihre in der Heimat und nicht in der Bundesrepublik lebenden Kinder nicht das volle Kindergeld erhalten. Das ist um so weniger gerechtfertigt, als es in der BRD für ein menschenwürdiges Leben und die chancengleiche Entwicklung ihrer Kinder in vieler Hinsicht an den dafür erforderlichen Voraussetzungen und Bedingungen fehlt (Wohnungsmangel, Bildungsmisere, nationalstische Vorurteile).

Von allen ausländischen Arbeitern wird eine volle Arbeitsleistung zum Nutzen der westdeutschen Wirtschaft und der Profite der großen Konzerne erwartet. Sie müssen — wie ihre deutschen Kollegen — die vollen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Zu Recht können sie deshalb auch uneingeschränkt das volle Kindergeld erwarten! Nebenbei bemerkt: Wenn jetzt als Folge ihrer Benachteiligung im neuen

Kindergeldrecht vermehrt die Kinder der davon betroffenen ausländischen Kollegen in die Bundesrepublik kommen, so würde allein die Gewährleistung einer vollwertigen Schulbildung für diese Kinder in der BRD mehr Kosten verursachen als die Zahlung des vollen Kindergeldes.

Ein weiterer eklatanter Mangel der Kindergeldreform ist die starre Festlegung der Kindergeldsätze. Das Kindergeld ist nicht dynamisiert. Nach dem Sozialbudget 1974 soll es bis 1978 nicht erhöht werden. Und das bei dem anhaltenden rapiden Steigen der Lebenshaltungskosten!

Die Mängel und sozialen Härten der Kindergeldreform lassen sich auch nicht mit der bei Kanzler Schmidt beliebten schnodderigen Erklärung abtun, daß man es eben nicht allen recht machen kann. Sie sollten schnellstens korrigiert werden! Am dringendsten wären folgende „sozialen Korrekturen“ der Kindergeldreform:

1. Soweit beide Elternteile als Arbeiter und Angestellte tätig sind, sollte vor allem bei getrennt lebenden, geschiedenen und den Eltern von unehelichen Kindern, für den Elternteil ein Steuerfreibetrag wieder eingeführt werden, der keinen Anspruch auf Kindergeld hat, aber wesentlich den Unterhalt der Kinder finanziell bestreitet. Der Steuerfreibetrag sollte in einem festen DM-Betrag festgelegt werden, um eine progressive Begünstigung der höheren Verdienste auszuschließen.
2. Wer in der Bundesrepublik als Arbeiter und Angestellter tätig ist, muß unabhängig von seiner Nationalität und seiner Staatsangehörigkeit und dem Aufenthaltsort seiner Kinder das volle Kindergeld erhalten.
3. Das Kindergeld ist jährlich der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem den steigenden Lebenshaltungskosten für Kinder, anzupassen.

Für die Finanzierung dieser „sozialen Korrekturen“ gibt es viele Möglichkeiten. Als „Ausgleich“ für die volle Zahlung des Kindergeldes an alle in der BRD beschäftigten ausländischen Arbeiter und Angestellten könnte man die Transferierung von Gewinnen, die von den Millionen Werktätigen in der Bundesrepublik erarbeitet werden, ins Ausland, auch die von den US-amerikanischen Ölkonzernen in großem Umfang praktizierte „verdeckte“ Transferierung von Riesengewinnen, und jede andere Form von Steuerhinterziehung und Steuerflucht („Briefkastenfirmen“ und Holdings in „Steuerparadiesen“) unterbinden. Allein damit würden weit mehr Mittel zur Verfügung stehen, als für die erforderlichen „sozialen Korrekturen“ an der Kindergeldreform benötigt werden. A. B.

## Solidarität stärkt die Arbeiter und isoliert die Junta Chiles

Gespräch mit Luis Figueroa, CUT-Präsident

Neununddreißig Stockwerke hoch ragt das Hotel „Stadt Berlin“ am Alexanderplatz in den Himmel. Heute, am 29. Januar 1975, ist es ebenso ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der DDR-Hauptstadt wie auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Im Kongreßsaal des 1. Stockwerks tagt das Büro des Weltgewerkschaftsbundes. Die Verschärfung der Krise in den kapitalistischen Ländern und die Aufgaben der Gewerkschaften sind Themen der Beratungen. Unter den Teilnehmern: Luis Figueroa, Präsident der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT. Seit dem Sommer 1974, als er die schwedische Botschaft in Santiago, in die er sich nach dem faschistischen Putsch in Chile flüchten konnte, verlassen durfte, lebt er in Stockholm. Im Pressezentrum des „Stadt Berlin“ bietet sich die Gelegenheit zu einem langen Gespräch mit Figueroa.

Wie sieht es heute in Chile aus, wie leben die Menschen? Figueroa ist erstaunlich gut informiert. Man spürt sofort, daß er enge Beziehungen zu seinem Land, zu den chilenischen Gewerkschaftern unterhält. Eindrucksvoll schildert er, wie seit dem Putsch gegen die Unidad Popular und der Ermordung Präsident Allendes die Inflation grassiert, die Produktion zurückgeht und Arbeitslosigkeit rapide ansteigt.

Das Elend der Arbeiter und Landbevölkerung ist unbeschreiblich. Die Pinochet-Junta hatte sich gegenüber der Weltbank verpflichtet, die Inflation wirksam zu bekämpfen. Aber statt dessen sind 1974 die Preise nach ihrem eigenen Eingeständnis um 375 (!) Prozent gestiegen. Die Weltbank recherchierte dagegen, daß die tatsächliche Inflationsrate um 600 Prozent betrug. Unter solchen Bedingungen schmelzen die Löhne, die mit allen Mitteln des Terrors konstant gehalten werden, zu einem Nichts zusammen.

Nur an diesem Elend kann man ermesen, wie hart die Arbeiterfamilien mit kleinen Kindern getroffen wurden, als die Junta den kostenlos zugeteilten täglichen halben Liter Milch für alle Kinder strich — weil er von der Regierung Allende eingeführt worden war und weil die Junta ein Herrschaftsinstrument der Monopole, der chilenischen Bourgeois ist.

Sie hat dies vor allem mit der unverzüglichen Rückgabe der Banken, Kupferminen und der übrigen verstaatlichten Unternehmen an die — vorwiegend amerikanischen — vorherigen Kapitalbesitzer dokumentiert und mit der Annullierung der Bodenreform. Rund ein Fünftel der chilenischen Arbeiterschaft, das sind etwa 600 000, waren bei Jahreswechsel arbeitslos. Teils ist das Ausdruck des neu installierten kapitalistischen Herrschaftssystems und der

damit verbundenen Unfähigkeit, stabile Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze zu garantieren, zum andern aber auch die Folge einer posthumen „Strafaktion“ gegen die Anhängerschaft der Unidad Popular.

Mit Empörung und Verachtung spricht Luis Figueroa über die politischen und physischen Terrormaßnahmen der militär-faschistischen Herrschaftsclique in Santiago. Und mit Bewunderung und Achtung nennt er die Namen und Zahlen der ermordeten, gefolterten, gefangenen Gewerkschafter und Demokraten. Ihnen gilt vor allem die Hilfe und Solidarität, um die sich Figueroa und seine im Exil lebenden Kollegen der CUT in aller Welt bemühen.

Haben unter den Bedingungen des faschistischen Regimes, dieser brutalsten Form der Herrschaft des Kapitals, die Arbeiter und Gewerkschafter die Kraft und die Chance, sich zu wehren, ihre elementaren Lebensinteressen zu verteidigen?

Ja, die chilenischen Demokraten aller politischen Strömungen lehnen sich gegen Terror und Unterdrückung auf. Es ist ein Kampf, der viele Opfer fordert, sagt Figueroa, ein Kampf, der durch die weltweite moralische und materielle Solidarität nachhaltig gefördert wird. „Es gab erste Streiks in mehreren Betrieben um die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitskollegen. Es gibt Aktionen gegen das Einfrieren der Löhne. Und es gibt erste Erfolge in diesem Kampf. Aber das ist nicht einfach und erfordert großen Mut, wenn im Gegenzug Tausende auf die Straße geworfen werden, weil sie an einem Streik teilgenommen oder ihn unterstützt haben. Sie werden verhaftet, verhört, erschossen.“

Luis Figueroa schildert anschaulich die Formen und Finessen, mit denen sich

die Arbeiter und Gewerkschafter in den Betrieben gegen Drangsalierung und Bespitzelung zur Wehr setzen, wie sie auch materielle Forderungen durchsetzen und ihre Gewerkschaftsfunktionäre schützen. Immer sind in den wichtigen und großen Betrieben Militärs anwesend, und ein Netz von Spitzeln durchsetzt die Belegschaften.

Der Kampf gegen die Spitze des Pinochet-Regimes spielt in den Betrieben eine wichtige Rolle und fördert täglich neu den Widerstandswillen und die Solidarität der Arbeiter und Gewerkschafter. „Die Arbeiter rächen sich an den Spitzeln nicht mit den Mitteln der Gewalt“, sagt der CUT-Präsident, „es werden feinere Methoden angewandt. Etwa die: Setzt sich im Speisesaal ein Spitzel an einen Tisch, stehen die dort anwesenden Arbeiter schweigend auf und lassen ihn allein. Mit Spitzeln wird grundsätzlich nicht gesprochen, sie werden isoliert und auf Eis gelegt. Dadurch hat sich ihre Zahl in letzter Zeit stark verringert.“

Gegen die Verräter an der Arbeiterklasse sei eine umfassende Bewegung entstanden, die auch von der katholischen Kirche unterstützt werde. „In Predigten rufen die Geistlichen die Werktätigen auf, sich nicht gegenseitig zu bespitzeln und die Brüderlichkeit und Einigkeit zu fördern.“

Außerordentlich schwierig und mit persönlichen Opfern verbunden ist es, Forderungen der Belegschaften an die Betriebsleitungen heranzutragen und durchzusetzen. Einzelne Sprecher und mehrköpfige Verhandlungskommissionen der Arbeiter wurden und werden regelmäßig verhaftet, gefoltert, in die KZs geworfen und häufig umgebracht. Aus diesen blutigen Erfahrungen haben ganze Betriebsbelegschaften neue Kampfformen entwickelt.

„Heute hängt plötzlich an der Bürotür der Direktion ein Zettel mit den Forderungen der Arbeiter und dem Zusatz, daß gestreikt werde, wenn diese binnen drei Tagen nicht erfüllt sind.“ Luis Figueroa schildert eine dieser Kampfmethoden. „Nach Ablauf dieser Frist wird ein Betrieb die Arbeit niedergelegt. Ein „Anführer“ ist für niemand sichtbar. Die Junta schickt Militär, läßt den Betrieb umzingeln und die Belegschaft zu einer großen Untersuchung antreten. Die „Rädelsführer“ sollen gefunden werden. Aber die Arbeiter schweigen. Betriebsleiter und Offiziere fordern die Arbeiter auf, einen Sprecher oder eine Verhandlungskommission zu benennen. Aber nichts tut sich, die Arbeiter durchschauen den Plan. Nach ein bis zwei Stunden Schweigen kommt plötzlich ein Gemurmel auf und schlagartig rufen die angetretenen Arbeiter ihre Forderungen und: „Wir wollen keine Kommission!“

Auf diese Weise sei schon manches erreicht worden, sagt der chilenische Ge-



# Ingenieure und Techniker erkennen immer mehr ihre Abhängigkeit

Interview mit André Jaegle, Sekretär der UGICT

Zum ersten Male in der Gewerkschaftsgeschichte findet vom 15. bis 17. April 1975 in Turin (Italien) eine internationale Gewerkschaftskonferenz statt, um über die spezifischen Probleme der Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten zu beraten. Über Inhalt und Ziel einer solchen Tagung stellten NACHRICHTEN André Jaegle, Sekretär der französischen Gewerkschaft der Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten (UGICT) und Mitglied im Vorbereitungskomitee der Turiner Konferenz, einige Fragen.

**NACHRICHTEN:** Können Sie präzisieren, wer der Initiator einer solchen Konferenz ist?

**André Jaegle:** Verschiedene Konsultationen, bilaterale Aussprachen und ein Seminar im Jahre 1972 in der Pariser Gegend haben nach und nach die Idee einer internationalen Konferenz heranreifen lassen. Daraus entstand auch das vorbereitende Komitee, das sich aus etwa 20 Organisationen der verschiedenen internationalen oder selbstständigen Gewerkschaftsverbände zusammensetzt: Organisationen aus England, Italien, Japan, Indien, aus den sozialistischen Ländern sowie aus Entwicklungsländern.

Auch die Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten sind abhängig. Aber sie stellen innerhalb der Lohnabhängigen eine besondere Schicht dar. Ihre starke zahlenmäßige Entwicklung und ihre qualitative Umwandlung haben ihre Ursachen in der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Frage der

sozialen Rolle der Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten wird zunehmend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in einem breiten Umfang diskutiert. Das Anwachsen ihrer Zahl veranlaßt die Unternehmer, sie wie die anderen Arbeitnehmer zu behandeln. Ihre Entlohnung unterliegt demselben Druck, sie spüren die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern und bis zu einem gewissen Grade auch die Ausbeutung. Sie haben demnach auch Forderungen bei der Entlohnung und der Beschäftigung und infolgedessen Grund, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Aber andererseits legen ihnen die Unternehmer besondere Pflichten auf. Von ihnen wird verlangt, daß sie nicht nur ihre Fachkenntnis und ihr Wissen in den Dienst des Unternehmens stellen, sondern auch die unternehmerische Ideologie vertreten. In manchen Ländern sind die Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch Gesetze festgelegt, die für die Ingenieure, Techniker und leitenden Ange-

stellten nicht anwendbar sind. In anderen Ländern wiederum sind die Gesetze auf sie theoretisch anwendbar, aber in der Realität werden sie durch die Unternehmer in Abrede gestellt. Unbestritten ist es eine Tatsache, daß die Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten einen besonderen Platz im Betrieb einnehmen. Dieser Platz wird durch einen bestimmten Grad der Verantwortung charakterisiert. Aber das neue Phänomen, das der Aufmerksamkeit der Gewerkschaften bedarf, ist, daß heute Verantwortlichkeit nicht gleichzusetzen ist mit „Leiten“. Es ist eher gleichzusetzen mit Können.

**NACHRICHTEN:** Der Zweck der Konferenz von Turin ist also, diese Veränderungen zu studieren?

**André Jaegle:** Das gemeinsame Ziel aller Teilnehmer auf der Turiner Konferenz ist, auf folgende Fragen Antwort zu geben:

— Wie kann man eine wachsende Zahl von Ingenieuren, Technikern und leitenden Angestellten zum Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen bringen?

— Wie kann man es erreichen, daß sie ein positives Verhalten gegenüber den allgemeinen Zielen der Gewerkschaftsbewegung einnehmen?

Die wirkliche Rolle der leitenden Angestellten besser zu erkennen, ist weitaus schwieriger, als sie vorbehaltlos der Unternehmerrschaft zuzuordnen oder auch umgekehrt, jeden Unterschied zur Arbeiterklasse zu negieren. Aber ohne jeden Zweifel ist diese Erkenntnis der einzige Weg, die Hindernisse zu überwinden, die ihrer Organisation in der Gewerkschaftsbewegung an der Seite der Arbeiter und Angestellten entgegenstehen.

**NACHRICHTEN:** Was sind die gravierenden Unterschiede zwischen den Forderungen der leitenden Angestellten und denen der anderen Lohn- und Gehaltsabhängigen?

**André Jaegle:** Da auch die Arbeitnehmer sind, sind die grundsätzlichen Interessen der Ingenieure, Techniker und leitenden Angestellten die gleichen wie die der Arbeiter und Angestellten. Eine andere Frage ist, ob sie sich dessen bewußt sind. Dazu noch einige Bemerkungen: Die erste ist, daß die allgemeinen Forderungen, die allen gemeinsam sind, ihrer besonderen Situation angepaßt werden müssen, z. B. das Recht auf Studienurlaub ohne Gehaltsausfall. Wenn ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz verläßt, wird er entweder vertreten oder die Maschine bleibt stehen. Wenn ein Ingenieur an seinen Schreibtisch zurückkehrt, hat sich die Arbeit gestapelt. Er hat also die besondere Forderung nach einer Garantie einer echten Entlastung im Dienst während der Zeit seiner Fortbildung.

stand aller Demokraten. Figueroa würdigte in diesem Zusammenhang die solidarischen Leistungen der Gewerkschafter in der Bundesrepublik.

Zwei Wochen nach diesem Gespräch beschloß der Bundesjugendausschuß des DGB die Übergabe der auf dem Solidaritätskonto der DGB-Jugend bisher eingegangenen Spende von 100 000 DM an den CUT. Anlaß war der 22. Jahrestag der Gründung der chilenischen Einheitsgewerkschaft am 12. Februar. Die DGB-Jugend erneuerte in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach sofortiger Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter und aller politischen Gefangenen Chiles, die künftig nicht mehr gezwungen werden dürften, das Land zu verlassen. Außerdem wird die Wiedezulassung der CUT und die Rückgabe des von der Junta beschlagnahmten Gewerkschaftseigentums verlangt.

Gerd Siebert

werkschaftsführer. So habe sich angesichts des Junta-Terrors eine Kampfform entwickelt, die erfolgreich ist und gleichzeitig die Führer der Arbeiter schützt. Stolz sagt Figueroa: „Der Kampf um die Erhaltung der Gewerkschaften muß heroisch genannt werden. Die CUT existiert, wenn sie auch über keine Büros und Gebäude verfügt. Mit diesen großen Kraftreserven der Arbeiterklasse hat die Junta nicht gerechnet.“

Der Präsident der chilenischen Gewerkschaften würdigt in diesem Zusammenhang die starke Wirkung der internationalen Solidarität. Jede Unterschrift gegen das faschistische Regime, jede Mark Spende für die chilenischen Demokraten, jede solidarische Handlung helfe mit, die Macht und die Lebensdauer der Pinochet-Clique, die vor allem vom US-amerikanischen Kapital ausgehalten werde, zu verringern. Gleichzeitig verstärkte sich der Wider-

## Ein notwendiger Denkanstoß

Norbert Koubek, Hans-Detlev Küller, Ingrid Scheibel-Lange (Hrsg.), Betriebswirtschaftliche Probleme der Mitbestimmung, Fischer Athenäum Taschenbücher — Wirtschaftswissenschaft, Frankfurt/Main 1974, 255 S.

In der Reihe „Das aktuelle Buch“ beschäftigen wir uns heute mit einem Werk, das in der Reihe Wirtschaftswissenschaft beim Fischer Athenäum Verlag erschienen ist. Der Anlaß ist in der Tat aktuell. Wenn auch der Termin 1. Januar 1975 nicht eingehalten wurde, so wird doch in der nächsten Zeit damit zu rechnen sein, daß ein „Mitbestimmungsgesetz“ für alle Großunternehmen und Konzerne in der BRD eingeführt wird. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß dieses Gesetzesvorhaben unter dem Druck des Kapitals und

ten kurz skizziert und versucht, die gewerkschaftlichen Fragestellungen an die Betriebswirtschaftslehre herauszuarbeiten. 2. werden diverse Funktionsbereiche des Unternehmens auf mögliche Änderungen durch Einführung der Mitbestimmung untersucht und 3. werden von unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen Vorschläge für den weiteren Verlauf der betriebswirtschaftlichen Diskussion um Mitbestimmungsfragen formuliert.

Besonders in Teil 2 — Was ändert sich durch die Mitbestimmung oder was muß sich im Betrieb ändern, um eine effektive Mitbestimmung wirksam werden zu lassen? — ragen die Aufsätze heraus, die einen näheren Bezug der Autoren zur gewerkschaftlichen Praxis erkennen lassen. Es ist dabei an Beiträge gedacht wie von Bartölke/Wächter: „Mitbestimmung und betriebswirtschaftliche Organisationstheorie“, die besonders die organisatorische Verankerung der Mitbestimmung und die Probleme ihrer Realisierung herausarbeiten.

Weiter müssen Briefs/Küller/Scheibel-Lange erwähnt werden, die mit ihrem Aufsatz „Betriebliches Rechnungswesen und Mitbestimmungsinformationen“ besonders plastisch die Bedeutung einer umfassenden Information zur Kontrolle von Unternehmensplanung und -entscheidung herausarbeiten. Hervorzuheben ist hier noch der Artikel von Strothauer, „Gewinn und externe Rechnungslegung in mitbestimmten Unternehmen“, der Gewinnmanipulation und Gewinnverschleierung in der Bilanz aufdeckt und so den Ansatzpunkt der Mitbestimmung in diesem Teilbereich einer Unternehmung skizziert. Diese Artikel, wie auch der Aufsatz von Koubek im abschließenden dritten Teil, in dem er versucht, das Konzept der arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre des WSI zu entwickeln, zeichnen sich dadurch aus, daß sie vom gewerkschaftlichen Funktionsträger bzw. von einem Mitglied des Wirtschaftsausschusses bereits heute in der täglichen Praxis genutzt werden können.

Abschließendes Urteil: Das Buch ist Zwischenergebnis eines notwendigen Denkanstoßes, der herrschenden Betriebswirtschaftslehre, bei gleichzeitiger Veränderung der gesellschaftlichen Machtstrukturen alternative Handlungs-

### DAS AKTUELLE BUCH

seiner politischen Handlung mehr und mehr verwässert wird, so wirkt diese Änderung der Unternehmensverfassung sowohl für die Theorie als auch für die Praxis neue Fragestellungen auf. Untersucht wurden diese bislang allerdings noch nicht.

Herausgeber des vorliegenden Buches sind Mitarbeiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB bzw. Mitarbeiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Autoren einzelner Beiträge sind Hochschullehrer, Fachhochschullehrer und Assistenten der Betriebswirtschaftslehre.

Bereits 1973 hatte das WSI auf einem Forum eine „Erarbeitung von Grundelementen einer arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre“ vorgestellt, die gegen die herkömmliche, allein kapitalorientierte Betriebswirtschaftslehre gerichtet war. Wenn auch die Schlußfolgerungen des WSI-Projekts umstritten waren, so war man sich doch in einem einig. Die Vernachlässigung der Mitbestimmung in der Entwicklung und praktischen Umsetzung der herkömmlichen Betriebswirtschaftslehre wurde allgemein als Mangel empfunden.

Dieses Buch stellt eine erste Ergebnissammlung des WSI-Denkanstoßes dar. Wir finden daher — mit Absicht — keine aufeinander abgestimmten Aufsätze, sondern einen relativ breiten Aufriß der möglichen Probleme, allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Drei Schwerpunkte lassen sich feststellen: 1. wird der Gang der Mitbestimmungsdiskussion innerhalb der Gewerkschaft-

möglichkeiten aufzuzeigen. Wenn auch deutlich wird, vor allem durch praxisfernes oder oberflächliches Herangehen einiger Artikel, daß dieses Vorhaben noch in den Kinderschuhen steckt, so kann dieses Buch doch insgesamt als ein nicht unwesentlicher Schritt zur Entfaltung einer weiteren Diskussion betrachtet werden. Der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften kann es nicht gleichgültig sein, was an Hochschulen gelehrt, was in den Betrieben in die Praxis umgesetzt wird. Deshalb ist das Erscheinen dieses Buches zu begrüßen.

a.p.

### VERLAGSINTERNES

Nach der Ankündigung unseres Arbeiterseminars in Nr. 2/75 baten uns zahlreiche Leser um nähere Informationen. Wir kommen diesen Wünschen gern nach. Zu dem bereits genannten Thema „Investitionen — Konzerne — Kontrolle“ wird mit Zustimmung des Hauptvorstandes seiner Gewerkschaft, Manfred Balder, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier Hessen, das Hauptreferat halten.

In der Diskussion der Teilnehmer, überwiegend Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, soll anhand konkreter Beispiele das Thema noch vertieft und Alternativen aufgezeigt werden. Es soll versucht werden zu ermitteln, in welcher Richtung sich die Investitionen entwickeln und wer die wesentlichen Träger der Investitionstätigkeit sind. Es soll des weiteren untersucht werden, welcher Zusammenhang zwischen Investitionslenkung und -kontrolle, Mitbestimmung und Gemeineigentum besteht.

Wie bereits nach den drei vorangegangenen Arbeiterseminaren der Nachrichten, werden Referat und wesentliche Diskussionsbeiträge im Herbst in einem Buch veröffentlicht.

Unser Spendenaufruf in der vorigen Ausgabe hat ein erfreuliches Echo gefunden. Kleinere und größere Beträge gingen bei uns ein. Dazu schrieb uns ein Jugendvertreter aus Bremerhaven: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich Euch im Namen einiger Kollegen aus ‚unserem‘ Betrieb für die hervorragenden Informationen, die wir aus NACHRICHTEN beziehen, bedanken. Im Namen meiner Kollegen kann ich nur bestellen, macht weiter so ... Statt eines Schecks aus der DDR (wie es ‚unsere Freunde‘ immer behaupten) 20 DM Spende von uns.“

## Terminkalender

- **25. bis 31. Mai 1975**  
10. ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Hamburg
- **31. Mai bis 1. Juni**  
Bundeshandwerkstagung der IG Bau-Steine-Erden in Mainz
- **6. bis 8. Juni**  
Bundestagung junger Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden in Koblenz
- **10. bis 13. Juni**  
Woche der Wissenschaft im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen
- **14. und 15. Juni**  
Arbeiterseminar '75 der Zeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frankfurt/Main
- **8. bis 10. Juli**  
18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock
- **12. September**  
9. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **6. bis 11. Oktober**  
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg
- **12. bis 17. Oktober**  
Aktionswoche des DGB zum „Internationalen Jahr der Frau 1975“
- **13. bis 17. Oktober**  
11. Bundeskongreß der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Wiesbaden
- **13. bis 14. November**  
Bundespersonalrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Saarbrücken
- **28. bis 29. November**  
3. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Hamm

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Aufruf von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Organisationen mit dem Titel: „30 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus – 30 Jahre Frieden in Europa“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

## Zu guter Letzt

In nur wenigen Tagen haben sich Anfang Februar die Grundstückspreise im Raum Schandelah/Lehre im Kreis Helmstedt verdoppelt, verdreifacht und zum Teil noch stärker erhöht. Der Grund: Es ist bekanntgeworden, daß die Braunschweigischen Kohlenbergwerke vom Land Niedersachsen die Schürfrechte für dort lagernden Ölschiefer erworben haben.

Da müssen in Wirklichkeit wohl irgendwelche Erderbeiter kräftige Lohnerhöhungen bekommen haben, denn nach der Unternehmerlogik sind bekanntlich Löhne und Gehälter an Preissteigerungen schuld.

Etwa 350 000 DM Steuergelder kostete die Herstellung der in vier Millionen Exemplaren gedruckten ersten Ausgabe einer Regierungszeitung mit dem Titel „Wir“. Sie wurde vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Auftrag gegeben und soll der publizistischen Unterstützung der Bonner Politik dienen. Dabei unterlief dem Presseamt ein Mißgeschick: Ein Mitteilungsblatt gleichen Namens gibt es schon – bei der NPD in Nordrhein-Westfalen. Das Presseamt wies am 14. Februar die Titelschutzklage der NPD zurück und erklärte, eine Verwechslungsgefahr des Regierungs-„Wir“ mit dem neofaschistischen „Wir“ bestehe nicht.

Das sollte man wohl erwarten dürfen!

In seiner Passauer Aschermittwoch-Rede hatte der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß in seiner offenbar vom Goebelsschen Vorbild abguckten Art die Bundesrepublik als einen „Sautall“ bezeichnet. Dies sei sie geworden, seit die CDU/CSU nicht mehr regiert.

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter antwortete Strauß am 20. Februar auf dem Beamtenstag des DGB in Mainz: „Wenn der CSU-Vorsitzende Strauß unser Land als einen ‚Sautall ohnegleichen‘ bezeichnet, dann müssen wir dem Schweinehirten von Passau diese Hetzparolen in den geschwollenen Hals zurückstoßen.“

Franz Josef Strauß reagierte so wie jede Mimose, die hart im Geben aber schwach im Nehmen ist. Er verklagte Vetter. Dieser wird Herrn Strauß, wie er wissen ließ, nichts schenken.

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Herausgeber: Arthur Böppe, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58 029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,- DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Bad Nauheim; Sabine Eilermann, Gießen; Claus Friedrich, DDR; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Meyer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herwart Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main